

Cynthia Möller · Matthias Koch · Johannes Streitberger
Marius Miehke · Andreas Beelmann

Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Rechtsextremismus und politische Entfremdung

Expertise für das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

September 2022

KomRex
Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

 **KOMREX**

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Einstellungen der Thüringer Bevölkerung.....	8
2.1	Einstellungen zur Demokratie	8
2.2	Rechtsextreme Einstellungsmuster.....	14
2.3	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	18
3	Neue Entwicklungen rechtsextremer Strukturen in Thüringen	24
3.1	Regionalisierung und Parzellierung rechtsextremer Strukturen in Thüringen.....	25
3.2	Formell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen.....	27
3.3	Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen	33
3.4	Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld	36
3.5	Fazit: Keine Erosion rechtsextremer Strukturen und der Problemfall AfD	40
4	Sekundäre Viktimisierung und Gefährdung der demokratischen Kultur	44
5	Reaktionen auf die Corona-Pandemie: Narrative und Einstellungen.....	46
5.1	Einstellungen der Bevölkerung zur Corona-Pandemie	47
5.2	Narrative auf Demonstrationen gegen Pandemiemaßnahmen.....	49
6	„Dammbruch“ 2020 in Thüringen: Ein Beispiel für die Demokratiegefährdung durch die AfD.....	65
7	Analyse der Wahlergebnisse	70
8	Zusammenfassendes Fazit	79
	Literatur	81

Abbildungen

Abb. 1: Demokratieverständnis der Thüringer*innen (Antwortmöglichkeit „sehr wichtig“ in Prozent, Reiser et al. 2021, 22).....	9
Abb. 2: Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al. 2021, 28).....	11
Abb. 3: Institutionenvertrauen (in Prozent, Reiser et al. 2021, 31)	12
Abb. 4: Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et. al 2021, 38)	14
Abb. 5: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al., 80).....	17
Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdarken (in Prozent, Reiser et al. 2020: 9)	22
Abb. 7: Zweit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent).....	28
Abb. 8: Gedicht zum Volkstrauertag (Gedicht im Ausschnitt)	32
Abb. 9: Verharmlosung des Holocausts im Telegram-Kanal von Freies Thüringen (Ausschnitt)	35
Abb. 10: Grundvorstellungen des Vaterländischen Hilfsdienstes	39
Abb. 11: „Einschätzung der Befragten bezüglich der Anerkennung des politischen Motivs der Tat durch die Polizei (N=32) in Prozent“ (Quent et al. 2014, 28).....	45
Abb. 12: „Vertrauen in die Polizei bei Opfern rechter Gewalt und der Thüringer Bevölkerung im Vergleich in Prozent“ (Quent et al. 2014, 47).	45
Abb. 13: Prozentpunkte, um die die abgebildeten Antwortmöglichkeiten zum Institutionenvertrauen („Vertrauen in:“) bei den Befragten Opfern öfter gewählt wurde als bei den Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021.	45
Abb. 14: Thematische Netzwerkvisualisierung (Themenfelder abgekürzt).....	52
Abb. 15: Verhältnis zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Zweitstimmen	72
Abb. 16: Bivariate Darstellung – AfD-Zweitstimmen Bundestagswahl 2021/Rechtsextremistische Einstellungen in Prozent.	73
Abb. 17: Rechtsextreme-, ethnozentrische Einstellungen und AfD-Zweitstimmen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Prozentuale Abweichung vom jeweiligen thüringischen Mittelwert. Daten: Wahlleiter Thüringen und THÜRINGEN-MONITOR.....	75
Abb. 19: Vergleich der Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Kleinparteien und der AfD zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen (jeweils in Prozent).....	76

Tabellen

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent, Reiser et al., 79)	15
Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2015-2021	19
Tab. 3: Ergebnisse der NPD in Thüringen bei den letzten landesweiten Wahlen.....	29
Tab. 4: Wahlergebnisse in Kloster Veßra für ausgewählte Parteien bzw. Personen.....	30
Tab. 5: Extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen in Thüringen	42
Tab. 6: Einordnung der Themenfelder in die Bewertungskategorien.....	51
Tab. 7: Beispiele für fließende Übergänge bei Themenfeldern	51
Tab. 8: Bei den untersuchten Demonstrationen angesprochene Themenfelder	57
Tab. 9: Entwicklung AfD-Stimmverteilung in Thüringen (Bundestagswahlen).....	72

1 Einleitung

Die vorliegende Gefährdungsanalyse ist nach 2010, 2016 und 2020 (Edinger 2010; Quent et al. 2016; Michelsen et al. 2020) die nunmehr vierte Zusammenstellung von Daten und Befunden zu Einstellungen, Aktivitäten und Ereignissen im Freistaat Thüringen, die die demokratische Kultur gefährden oder gefährden können. Anders als bei den letzten Gefährdungsanalysen waren die vergangenen zwei Jahre stark durch die Corona-Pandemie und zuletzt dem Ukraine-Krieg sowie den damit zusammenhängenden Folgen für die deutsche Gesellschaft geprägt. Noch ist es jedoch zu früh über diese Folgen für die demokratische Kultur im Freistaat und darüber hinaus Prognosen abzugeben. Der Umgang mit und die Ereignisse um die Corona-Pandemie machen aber sehr deutlich, dass gesellschaftliche Krisen von populistischen und extremistischen Gruppen und Gruppierungen aufgenommen und vereinnahmt werden, um ihren Einfluss auf die Bevölkerung zu vergrößern. Die Analysen in diesem Bericht zeigen, dass es diesen Bewegungen vielfach nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung geht, sondern stets die mehr oder weniger offene Infragestellung humanitärer und demokratischer Werte mitschwingt. Individuelle und gesellschaftliche Krisen bergen stets das Risiko undemokratische, illiberale Einstellungen, Bewegungen und Aktivitäten zu akzentuieren. Insofern ist es notwendig, jeweils aktuell über die Verhältnisse im Freistaat und darüber hinaus informiert zu sein. Dazu soll der vorliegende Bericht beitragen.

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor und auch ohne das aktuelle Krisengeschehen die größte Herausforderung des demokratischen Verfassungsstaates. Die in diesem Bericht zusammengestellten Daten und Analysen sowie die bundesweiten Umfragen (Decker et al. 2020a; Zick/Küpper 2021) und Officialstatistiken zur politisch motivierten Kriminalität (Bundeskriminalamt 2021; Bundesamt für Verfassungsschutz 2022) machen dies deutlich, insbesondere im Hinblick auf schwere Straftaten. Der vorliegende Bericht stellt Daten und Befunden aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Erhebungen und Quellen zusammen, die über die Gefährdungslage im Freistaat Thüringen informieren. Es werden ausgewählte Ergebnisse der letzten THÜRINGEN-MONITORE (Kap. 2) sowie die Aktivitäten von alten und neuen rechtsextremen Gruppen und Strukturen in Thüringen aus den Topographie-Berichten (Kap. 3) präsentiert. Die Daten zeigen durchaus positive Entwicklungen in den Einstellungsmustern von Thüringerinnen und Thüringern (z.B. hohe Demokratieunterstützung, sinkende Befürwortung alternativer Gesellschaftsordnungen) sowie einen Einflussverlust und die Regionalisierung von rechtsextremistischen Gruppen jenseits der parlamentarischen Aktivitäten der völkisch-nationalistischen AfD. Zugleich war jedoch zu beobachten, dass die Corona-Pandemie und das damit verbundene Demonstrationsgeschehen zu einer Revitalisierung der rechtsextremen Szene beigetragen hat. Überhaupt ließ sich feststellen, dass die Krise bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung zu einem stärkeren Misstrauen in staatliche Organe geführt hat, ohne dass die Demokratie als solche aktiv abgelehnt wird (Kap. 5). Die parlamentarischen Ereignisse rund um die Ministerpräsidentenwahl 2020 (Kap. 6) und die Analyse von Ergebnissen der Bundestagswahl 2021 in Thüringen mit speziellem Fokus auf die Ergebnisse der Thüringer AfD (Kap. 7) beschließen den vorliegenden Bericht. Sie zeigen, dass nach wie vor von völkisch-rechtsextremen Gedanken und Äußerungen eine erhebliche Gefährdung der demokratischen Kultur im Freistaat ausgeht. Es bleibt eine kontinuierliche Aufgabe von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sich aktiv für die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

2 Einstellungen der Thüringer Bevölkerung

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITOR (TM) informieren seit seiner ersten Auflage im Jahr 2001 über aktuellen politische Einstellungsmuster und Einschätzungen der Thüringer*innen. Der TM bietet somit die Möglichkeit, die gegenwärtige Verfasstheit der demokratischen Kultur in Thüringen auf empirischem Wege festzustellen. Eine solche Forschung ist angesichts des von der Corona-Pandemie ausgehenden Stresstests für die Demokratie (Gusy 2021) notwendiger denn je. Sie gibt unter anderem Auskunft darüber, wie sich die politischen Einstellungen der Thüringer*innen in den letzten Jahren unter dem Einfluss der Corona-Krise veränderten. Sie beantwortet Fragen, an denen sich die demokratische Kultur messen lässt: Verstehen sich die Bürger*innen als Subjekte im politischen Prozess? Akzeptieren sie die demokratischen Entscheidungsverfahren, befürworten sie die gewaltfreie politische Kommunikation und Interessenartikulation? Anerkennen sie einen gesellschaftlichen und politischen Pluralismus (Edinger 2010)? Nicht zuletzt macht der THÜRINGEN-MONITOR deutlich, dass rechtsextreme Einstellungsmuster, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die sich radikalisierte Szene der Corona-Skeptiker*innen (weiterhin) die demokratische Kultur und Gesellschaft bedrohen. Zusätzliche Relevanz gewinnt diese Meinungsforschung dadurch, weil sie ermöglicht, gewisse Rückschlüsse auf die Bereitschaft für bestimmte Verhaltensweisen (z.B. rechtsextreme Parteien zu wählen) zu ziehen (Michelsen et al. 2020, 8).

2.1 Einstellungen zur Demokratie

Demokratieverständnis der Thüringer*innen

Eine demokratische Kultur „bedarf (...) der alltäglichen Praxis und der beständigen Erneuerung“ (Edinger 2010, 5). Entscheidend ist dabei, was Menschen eigentlich unter Demokratie verstehen. Demokratie ist ein „multidimensionales Konzept“ (Ferrín/Kriesi 2016b, 3), das in der Geschichte nicht nur verschieden aufgefasst und ausgelegt wurde, sondern auch unterschiedlichste Ausprägungen annahm (Vorländer 2010). Die Vorstellungen, was den Wesenskern der Demokratie ausmache, gehen also seit jeher auseinander. Sie beeinflussen aber, ob die Demokratie unterstützt oder abgelehnt wird und wie man an ihr partizipiert (Canache 2012). Deshalb erhob der THÜRINGEN-MONITOR 2021 nicht nur wie üblich die Einstellungen zur Demokratie, sondern auch welches Verständnis von Demokratie Thüringer*innen haben. Außerdem untersuchte er, wie die Corona-Pandemie diese Einstellungen und Vorstellungen beeinflusste (Reiser et al. 2021, 3, 16).

Der THÜRINGEN-MONITOR 2021 trug den vielfältigen Demokratiekonzeptionen Rechnung. Er näherte sich dem Demokratieverständnis der Thüringer*innen mit einer Kombination aus einer offenen und mehreren geschlossenen Fragen. Dabei identifizierte die offene Frage, was die Befragten ungefiltert für das wichtigste Merkmal der Demokratie hielten. Hingegen erfassten die geschlossenen Fragen, für wie wichtig Thüringer*innen bestimmte aus Ferrín/Kriesi (2016a) abgeleitete Attribute der Demokratie hielten (Reiser et al. 2021, 17).

Freiheitsrechte und Partizipation waren für die Thüringer*innen die zwei bedeutendsten Merkmale der Demokratie. Dabei stellte sich ein Alterseffekt ein: Während Ältere die Freiheitsdimension hochhielten, identifizierten Jüngere häufiger Teilhabe als wichtigstes Merkmal und bestätigten damit die These vom Wertewandel (Inglehart 1997). Weitaus weniger fielen bei der offenen Frage Begriffe, die sich unter den Oberbegriffen Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit subsumieren ließen. Noch seltener war dies der Fall bei den beiden Kategorien Pluralismus & Minderheitenschutz und Elemente der sozialen Dimension der Demokratie. Zudem nannte jeder Zehnte Attribute wie Frieden o.ä., die der Kategorie Sonstiges zugeordnet wurden. 14 % der

Befragten konnten mit ihren eigenen Worten kein für sie wesentliches Merkmal der Demokratie definieren (Reiser et al. 2021, 18ff.). Auch wenn die assoziative Abfrage in Form einer offenen Frage nicht gerade niedrighschwellig ist, offenbarte dieses Antwortverhalten doch gewisse Defizite bei der politischen Bildung der Thüringer*innen.

Die überwiegende Mehrheit der Thüringer*innen teilte im Jahr 2021 „ein weites und facettenreiches Demokratieverständnis“ (ebd., 110), das in großen Teilen mit dem Demokratieverständnis der Europäer*innen übereinstimmte (Ceka/Magalhães 2016). Die Auswertung der geschlossenen Abfrage einzelner Attribute der Demokratie ergab, dass mindestens zwei Drittel der Befragten beinahe alle erhobenen Facetten der Demokratie als „sehr wichtig“ einstufte. Im Schnitt wurden 10 der 14 abgefragten Aspekte als „sehr wichtig“ bewertet. Wie in Abb. 1 zu sehen ist, war den Thüringer*innen die politische Gleichheit am wichtigsten, gefolgt von der Chancengleichheit und der Responsivität. Etwas über 80 % der Befragten erachteten es als sehr wichtig, dass sich Politiker*innen über die Wünsche der Bürger*innen informieren und ihnen ihre Entscheidungen erklären. Ob sich die konkrete Politik auch an ihren Wünschen ausrichtet, war für einen etwas geringeren Anteil der Befragten (71 %) wichtig. Jeweils mehr als drei Viertel befanden Inklusivität, Meinungsfreiheit und freie Wahlen als sehr wichtig (Reiser et al. 2021, 20f.).

Das breite Demokratieverständnis der Thüringer*innen zeigte sich vor allem darin, dass soziale Gerechtigkeit und Deliberation für nicht weniger oder nur kaum weniger wichtig eingeschätzt wurden als der Kern des liberalen Demokratiemodells. Gerade Menschen mit niedriger formaler Bildung und (Ost-)Deprivation maßen der sozialen Dimension der Demokratie eine hohe Bedeutung bei. Demgegenüber fielen andere über die Kerndefinition hinausgehende Elemente wie Active Citizenship, deskriptive Repräsentation und horizontale Gewaltenteilung ab. Sie spielten für die Thüringer*innen nur eine untergeordnete Rolle (ebd., 21ff.).

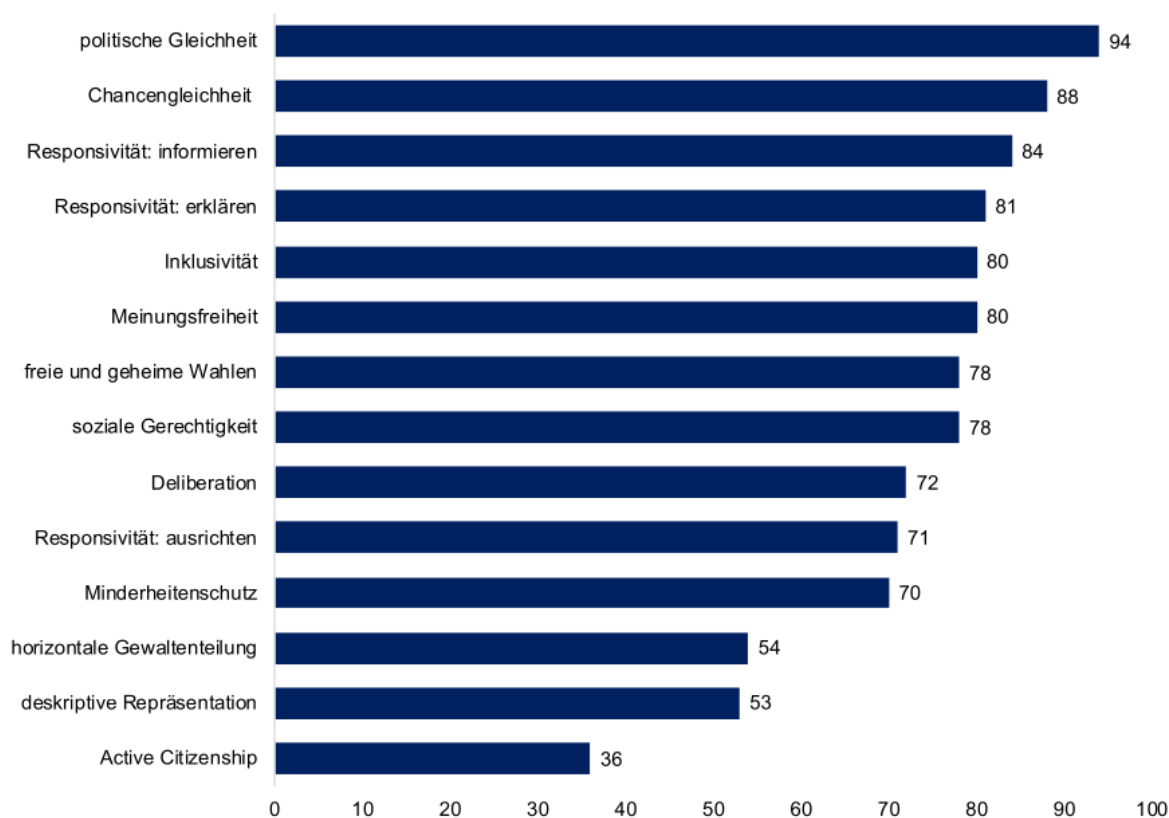


Abb. 1: Demokratieverständnis der Thüringer*innen (Antwortmöglichkeit „sehr wichtig“ in Prozent, Reiser et al. 2021, 22)

Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung

Die grundsätzliche Demokratieunterstützung war in Thüringen im Jahr 2021 trotz Corona-Krise ungebrochen hoch. Der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsformen“ stimmten 89 % der Thüringer*innen zu. Nachdem im Vorjahr ein leichter Rückgang um drei Prozentpunkte zu verzeichnen gewesen war, stieg die Zustimmung wieder leicht an und lag 2021 nur minimal hinter dem bisherigen Rekordwert von 90 % aus dem Jahr 2019. Die Pandemie hatte also trotz aller Befürchtungen keinen negativen Einfluss auf die längerfristige Befürwortung der Idee und Herrschaftsform Demokratie (Reiser et al. 2020, 59, 2021, 25f.).

Demgegenüber ging die Demokratiezufriedenheit leicht zurück. Sie ist mit dem theoretischen Konzept der Demokratieunterstützung zwar verwandt, aber nicht identisch (Easton 1975). Die Frage nach der Zufriedenheit „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“, zielt stärker darauf, wie die aktuelle demokratische Praxis konkret bewertet wird. Entsprechend ist sie anfälliger für kurzfristige und tagespolitische Entwicklungen. Traditionell ist dieser Wert geringer ausgeprägt. Im Jahr 2020 hatte die Zufriedenheit mit der Demokratie ihren bisherigen Höchstwert erreicht und im Folgejahr kam es zu einem leichten Rückgang auf 65 %. Rund zwei Drittel der Thüringer*innen waren also 2021 weiterhin zufrieden mit der gegenwärtigen demokratischen Praxis (Reiser et al. 2020, 59, 2021, 26) – trotz der Corona-Krise und ihren Begleiterscheinungen wie der Kritik am staatlichen Pandemiemanagement, den Warnungen der Corona-Skeptiker*innen vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ oder wissenschaftlichen Befürchtungen einer Entparlamentarisierung oder Entdemokratisierung (u.a. Merkel 2020; Reiser et al. 2020, 59, 2021, 26; Römmele 2021).

Mit der Demokratie eher zufrieden waren Menschen, die ihre individuelle ökonomische Lage als gut einschätzten, der Bundesregierung und dem Rechtsstaat hohes Vertrauen entgegenbrachten und die Corona-Politik auf Bundes- und Landesebene goutierten. Negativ wirkten das Gefühl, als Ostdeutsche benachteiligt zu werden, und der Eindruck, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben (externe politische Selbstwirksamkeit). Keinen signifikanten Effekt hingegen hatte die Corona-Skepsis (Reiser et al. 2020, 60, 2021, 27).

Um herauszufinden, in welcher Verfassung die demokratische Kultur in Thüringen ist, lohnt es einen Blick darauf zu werfen, wie Thüringer*innen ihre politische Selbstwirksamkeit und die Responsivität des politischen Systems einschätzen (Rosa 2016; Buchstein 2018). Grundsätzlich ließ sich in den letzten zwei Jahren hierbei ein positiv zu bewertender Trend beobachten, der jedoch gleichzeitig klare Defizite offenlegte. Aus der Abb. 2 geht hervor, dass sich die Einschätzung der individuellen politischen Selbstwirksamkeit weiterhin im Aufwind befand. 82 % der Thüringer*innen hatten im Jahr 2021 den Eindruck, sie können „politische Fragen gut verstehen und einschätzen“. Damit erreichte die interne politische Selbstwirksamkeit ihren bisherigen Spitzenwert. Ähnlich sah es bei der Einschätzung der externen politischen Selbstwirksamkeit aus: Etwas mehr als ein Drittel der Thüringer*innen glaubte, dass sie das Regierungshandeln beeinflussen können. Schlechter bestellt war es allerdings um die wahrgenommene Responsivität, obwohl auch hier positiv zu bewertende Entwicklungen ausgemacht werden konnten. Die Einschätzung, dass das politische System responsiv sei, erhöhte sich im Vergleich zum Jahr 2020 um zwei Prozentpunkte. Sie lag damit im Jahr 2021 auf dem bisher zweithöchsten Wert. Auch die Parteienverdrossenheit setzte ihren im Jahr 2018 begonnenen Abwärtstrend fort und erreichte im Jahr 2021 69 %. Diese Werte geben aber weiterhin Grund zur Sorge: Eine klare Mehrheit der Thüringer*innen vertrat die Auffassung, dass ihre Anliegen „nicht mehr wirksam vertreten“ würden und Parteien nur in ihrem eigenen Interesse handelten (Reiser et al. 2020, 62, 2021, 27f.).

Das Vertrauen in die Kerninstitutionen der Demokratie driftete im Jahr 2021 auseinander. Das Vertrauen der Thüringer*innen in die Polizei blieb auf hohem Niveau stabil (72 %) und jenes in die Gerichte erhöhte sich sogar leicht um zwei Prozentpunkte auf 59 %. Allerdings fiel das Vertrauen in die Bundesregierung und Thüringer Landesregierung wieder ab, nachdem es in den letzten Jahren rasant gestiegen war. Dieser Anstieg war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in Krisen wie der Corona-Pandemie generell die Stunde der Exekutive schlägt. Dieser Effekt ließ im Jahr 2021 wieder nach: Der Vertrauenswert für die Landesregierung sank unter die Mehrheitsschwelle auf 45 % und nur noch 37 % der Thüringer*innen vertrauten der Bundesregierung. Da diese Zahlen grundsätzlich volatiler Natur und niedriger sind, ist ein solcher Rückgang nicht ungewöhnlich. Vergleicht man sie mit den bisherigen Messwerten, gehören sie noch immer zu den Spitzenwerten. Somit ist in dieser Perspektive „keine Vertrauenskrise in die staatlichen Institutionen zu erkennen“ (Reiser et al. 2020, 64f., 2021, 30). Gleichwohl zeigen die Werte in Abb. 3, dass mehr als ein Drittel der Thüringer*innen im Jahr 2021 zwei der höchsten Institutionen des Landes und der Bundesrepublik misstraute. Ob aus einem solchem Befund zwangsläufig eine Gefährdung für die demokratische Kultur abgelesen werden kann, darüber ist sich die Sozialwissenschaft jedoch nicht einig. Schließlich ist Misstrauen eine „ambivalente Ressource liberaler Demokratien“ (Batzler/Michelsen 2022). Die Corona-Krise wirkte sich auf die Vertrauenswerte negativ aus. Alle mit der Pandemiebewältigung befassten Institutionen verzeichneten rückläufige Vertrauenswerte. Neben den Regierungen traf dieser Rückgang auch das RKI, dem statt 13 % im Jahr 2021 nur noch 8 % der Thüringer*innen vertrauten. Diesen Eindruck bestätigte auch die um neun Prozentpunkte zurückgegangene Zustimmung (2021: 61 %) zur Aussage „Wichtige Entscheidungen in einer Demokratie sollten besser von unabhängigen Experten als von gewählten Politikern getroffen werden“ (Reiser et al. 2020, 64ff., 2021, 29ff.).

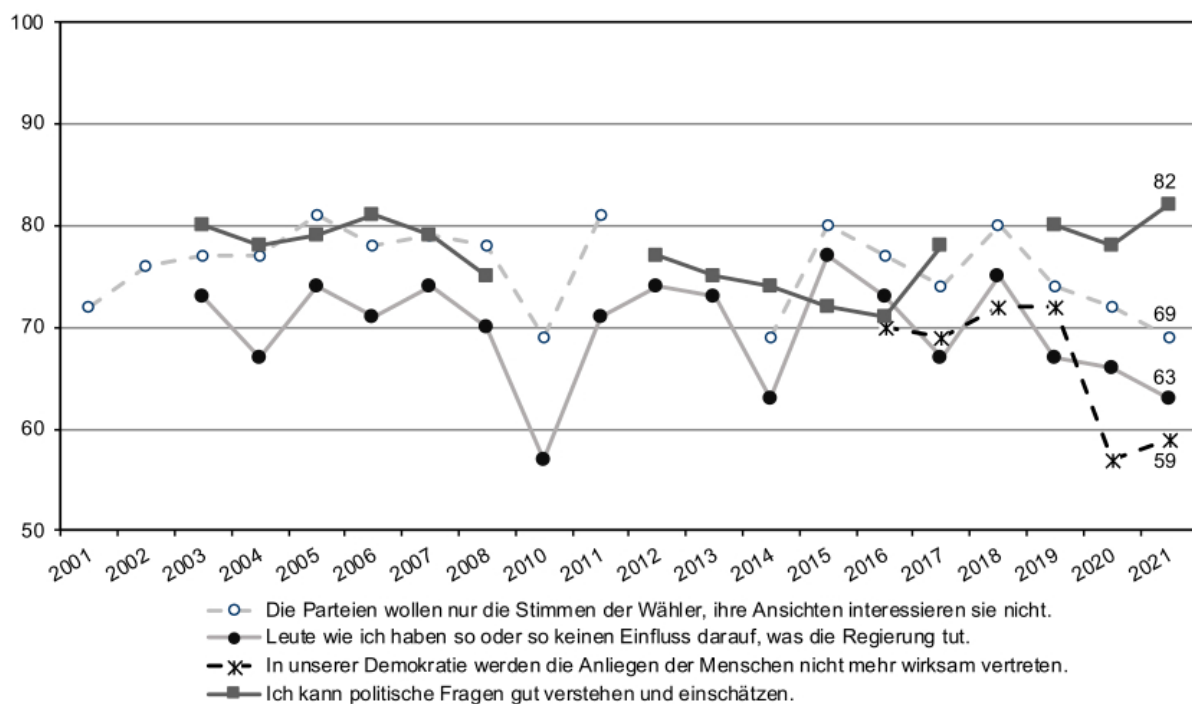


Abb. 2: Selbstwirksamkeit und Responsivität 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al. 2021, 28)

Partizipation

Eine demokratische Kultur kennzeichnet, dass möglichst viele Bürger*innen sich an ihr aktiv beteiligen und ihre politischen Interessen artikulieren sowie Entscheidungen dialog- und konsensorientiert getroffen werden. Sie darf nicht zu einer „Zuschauerdemokratie“ (Wassermann 1989) verkommen, bei der sich Bürger*innen „aus dem politischen Leben zurückziehen und bei periodischen Wahlen nur noch als Punktrichter Noten für die politischen Repräsentanten verteilen“ (Edinger 2010, 7). Gleichwohl sollte eingeschränkt werden, dass das Modell des „Aktivbürgers“ ein normatives Optimum darstellt. Das Fundament einer starken demokratischen Zivilgesellschaft ist noch breiter. Sie stützt sich neben dem „reflektierten Zuschauer“ vor allem auf eine im besten Fall große Zahl von „interventionsfähigen“ Bürger*innen, die bereit und fähig sind, sich in den politischen Prozess einzubringen, wenn sie es für notwendig erachten (Ackermann 1999; Himmelmann 2001).

Die Corona-Pandemie wirkte sich negativ auf die politische Partizipation der Thüringer*innen aus. Einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens brachten auch Einschränkungen für die Freiheits- und Grundrechte mit sich. Menschen, die sich wegen Covid-19 um ihre Gesundheit sorgten, beteiligten sich politisch weniger. Nachdem im Jahr 2020 die politische Partizipation im Durchschnitt sehr deutlich um 9 Prozentpunkte zurückgegangen war, kam es aber 2021 zu einem gewissen Erholungseffekt: Das abgefragte Teilhabepotential und dessen praktische Umsetzung stiegen im Mittel wieder um 6 Prozentpunkte an. In einer Partei mitzuarbeiten, blieb weiterhin die unbeliebteste Beteiligungsform. Am anderen Ende der Beliebtheitsskala befand sich der langjährige Spitzenreiter: die Unterschriftensammlung (Reiser et al. 2020, 67f., 2021, 39f.).

Insbesondere bei der digitalen Partizipation ergaben sich sehr große Defizite. Lediglich 9 % der Thüringer*innen gaben an, ihre Meinung zu einem politischen Thema online geäußert zu haben oder sich dies vorstellen zu können. Die übergroße Mehrheit (82 %) schloss beides hingegen

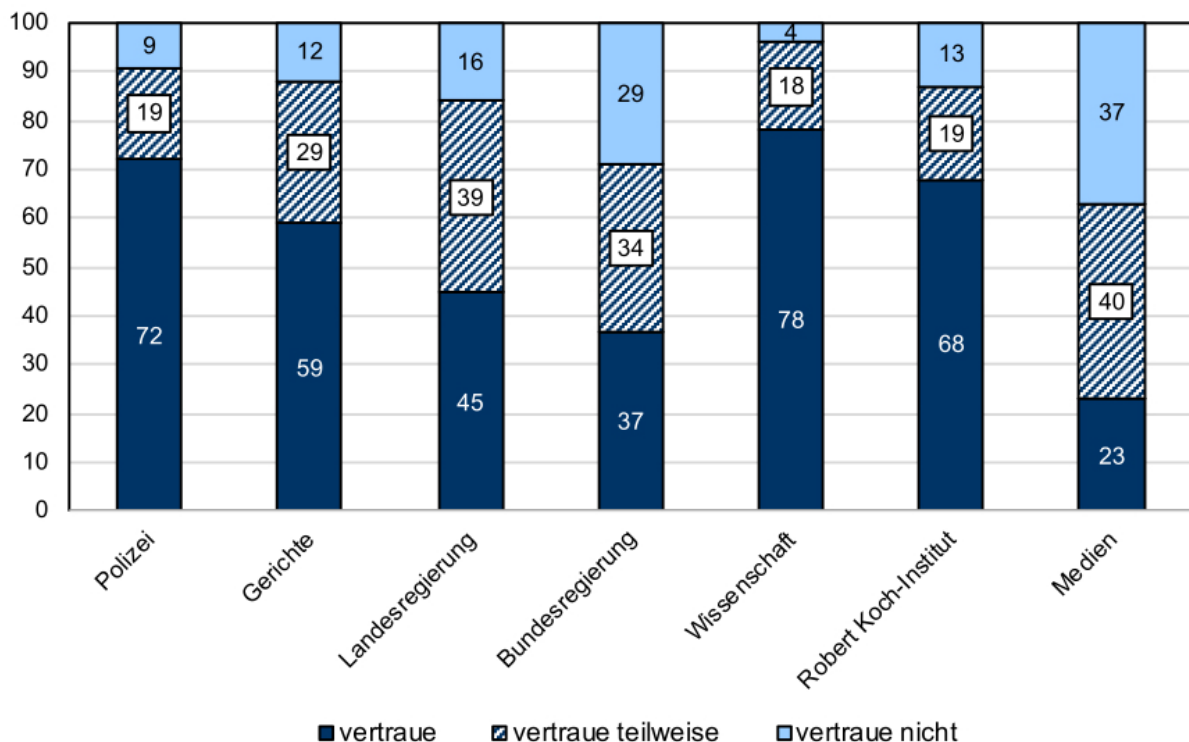


Abb. 3: Institutionenvertrauen (in Prozent, Reiser et al. 2021, 31)

aus. Junge Menschen tendierten zwar eher zur Meinungsäußerung im Digitalen, jedoch lehnten auch 59 % der 18-24-Jährigen und unter den 25-34-Jährigen 65 % diese Beteiligungsform ab. Von den über 60-Jährigen gaben lediglich 2 % an, sich schon einmal online politisch positioniert zu haben, und nur 5 % sahen darin eine mögliche Teilhabeoption. Allein mit Blick auf diesen Alterseffekt wird deutlich, dass das Meinungsbild in den digitalen Kommentarspalten mitnichten die Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung widerspiegelt (ebd., 41).

Dabei bietet der digitale Raum, gerade unter Bedingungen der Pandemie, vielfältiges Potential für die demokratische Kultur. Er hält aber auch Herausforderungen bereit (Steinicke/Witt 2021). Um die demokratische Teilhabe und Diskurskultur im Digitalen zu stärken, braucht es eine Reihe von Initiativen: Unter anderem müssen die Medienbildung und die digitale Zivilgesellschaft gestärkt (Rasmussen 2019) und digitale Barrieren abgebaut werden (Peter/Lühr 2021). Es bedarf wirksamer Strategien, um (rechtsextremen) Hass im Netz zurückzudrängen (u.a. Fielitz/Schwarz 2020). Auch müssen Antworten auf die grundsätzliche soziale Selektivität der politischen Partizipation gefunden werden. Beteiligte sich doch politisch vor allem eher jüngere, erwerbstätige und höher gebildete Männer, die sich für Politik interessieren, mit einer Partei identifizieren und glauben, sie hätten Einfluss auf das Handeln der Regierung (Reiser et al. 2021, 45).

Alternative Demokratiemodelle und Gesellschaftsordnungen

Wie zufrieden Thüringer*innen mit der aktuellen Praxis der Demokratie sind, lässt sich auch über die Abfrage ermitteln, wie sie zu alternativen demokratischen Modellen und Gesellschaftsordnungen stehen. Menschen bevorzugen eher ein alternatives Demokratiekonzept wie die Technokratie, direkte Demokratie oder deliberative Demokratie, wenn sie damit unzufrieden sind, wie die Demokratie gegenwärtig funktioniert. Beinahe zwei Drittel der Menschen in Thüringen befürworteten im Jahr 2021, dass „das Volk, und nicht die Politiker, (...) die wichtigsten Entscheidungen treffen“ sollte. Dieser Aussage stimmten nicht nur eher Unzufriedene mit der Demokratiepraxis zu, die immerhin ein Drittel der Thüringer Bevölkerung ausmachten, sondern auch jene Thüringer*innen, die ihre politische Selbstwirksamkeit als gering einschätzten. Die Präferenz für direkte Demokratie stieg, je niedriger das Einkommen der Menschen war. Ärmere hatten den Eindruck, ihre Bedürfnisse werden nicht gehört und die Politik kümmere sich nicht um ihre Wünsche (ebd., 33f.).

Dies befördert die politische Entfremdung von sozioökonomisch Abgehängten und macht sie empfänglich für den Rechtspopulismus (ebd., 87), woraus eine Gefährdung für die demokratische Kultur erwächst. Die politischen Entscheidungsträger*innen müssen also auf das weitere Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich Antworten finden. Die Herausforderungen werden dabei gegenwärtig nicht kleiner. Zu den sozial ungleich verteilten ökonomischen Lasten der Corona-Krise gesellen sich, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022, massiv ansteigende Energiepreise und die Inflation (Statistisches Bundesamt 2022), die das „soziale Band“ (Bedorf/Herrmann 2016) weiter unter Spannung setzen werden.

Die Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen setzte im Jahr 2021 ihren Abwärtstrend fort. Im Schnitt fiel sie erneut um mehr als vier Prozentpunkte. Dies bekräftigte indirekt die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie. So meinten beispielweise nur noch 13 % der Thüringer*innen, „im nationalen Interesse“ sei „unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“. Im Vergleich dazu lag dieser Wert zum Zeitpunkt der letzten Gefährdungsanalyse noch bei 26 %. Eine mögliche Ursache ist, dass durch den Topos der „Corona-

Diktatur“ eine weitere negative Bedeutungsebene mit der Diktatur verknüpft wurde. Noch bemerkenswerter war der Rückgang bei der Zustimmung für den Nationalsozialismus, der vom bisherigen Maximalwert von 26 % im Jahr 2019 auf 11 % im Jahr 2021 fiel. Auch nahm die Zustimmung dafür ab, dass die „DDR (...) mehr gute als schlechte Seiten“ gehabt habe. Während dies in den 2000er-Jahren im Mittel noch über 50 % der Thüringer*innen befürwortet hatten, lag der Wert im Jahr 2021 nur noch bei 37 % (Reiser et al. 2021, 37f.).

Angesichts dieser Entwicklungen ging auch der Anteil von Demokratie-Skeptiker*innen und Antidemokrat*innen im Jahr 2021 auf 11 % weiter zurück. Abb. 4 zeigt, dass deren Anteil in den 2000er-Jahren noch bei knapp einem Fünftel gelegen hatte und sich in den letzten Jahren bei rund 10 % einpegelte. Skeptisch gegenüber der Demokratie sind jene, die die Demokratie als Staatsidee ablehnen, aber doch zufrieden mit der aktuellen politischen Praxis sind. Antidemokrat*innen hingegen lehnen die demokratische Idee als auch die gegenwärtige Demokratiepraxis ab. Unter ihnen befanden sich bei der Befragung 2021 häufig Menschen, die sich als Ostdeutsche benachteiligt fühlten und das Gefühl hatten, sie hätten keinen Einfluss auf die Politik. Auffällig war zudem, dass über die Hälfte der antidemokratisch eingestellten Personen über 60 Jahre alt war. Dagegen stand jedoch eine klare Mehrheit von Befürworter*innen der Demokratie: Beinahe zwei Drittel der Thüringer*innen waren im Jahr 2021 zufriedene Demokrat*innen und 27 % unzufriedene Demokrat*innen (ebd., 38f.).

2.2 Rechtsextreme Einstellungsmuster

In den letzten zwei Jahren setzte sich ein positiv zu bewertender Abwärtstrend fort: Immer weniger Thüringer*innen stimmten den Aussagen zu, mit denen der THÜRINGEN-MONITOR rechtsextreme Einstellungen misst. Diese Aussagen wurden auf Basis der in der Wissenschaft etablierten (Minimal-)Konsensdefinition konzipiert. Sie erfassen Vorstellungen der Ungleichwertigkeit, die sich im Sozialen durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen äußern und im Politischen in chauvinistischen Einstellungen, NS-Verharm-

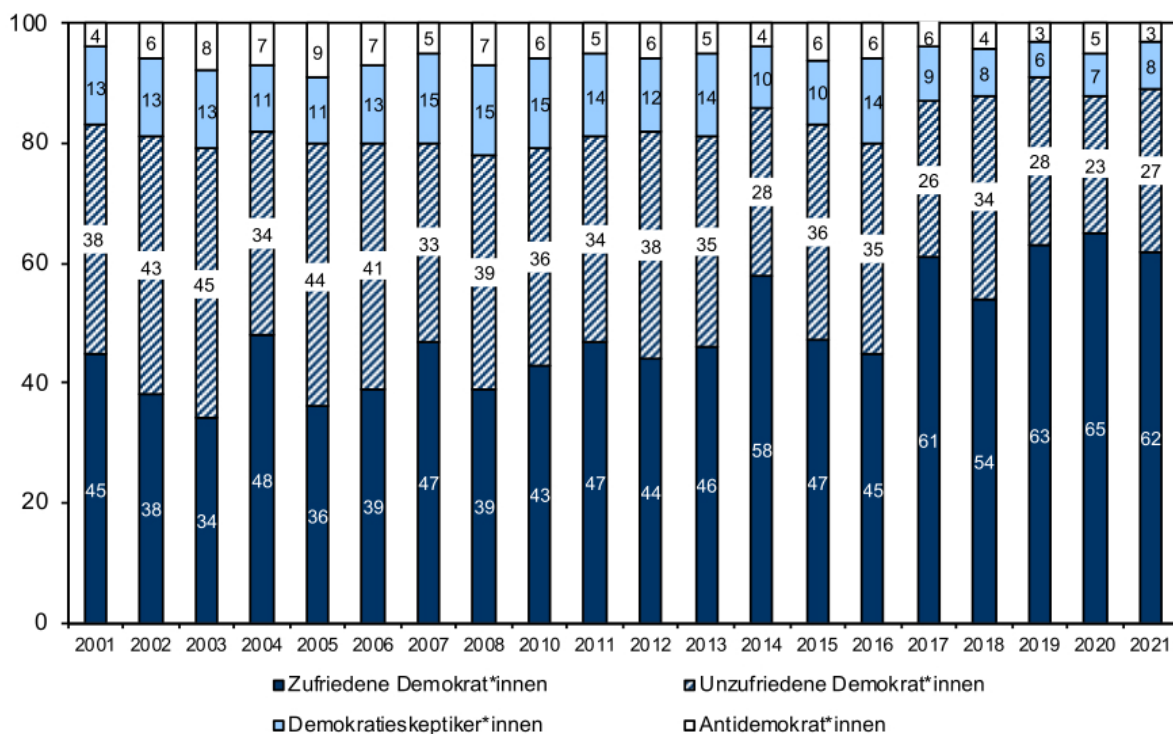


Abb. 4: Demokratietypen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et. al 2021, 38)

losung und einer Affinität zu diktatorischen Regierungsformen ihren Ausdruck finden (Decker/Brähler 2006, 20). Diese sechs Facetten hängen wiederum unterschiedlich stark miteinander zusammen und lassen sich deshalb unter die zwei Dimensionen Ethnozentrismus und Neonationalsozialismus subsumieren (Best 2018, 107). Wer allen zehn ethnozentrischen und neonationalsozialistischen Aussagen im Durchschnitt überwiegend zustimmt bzw. mehr Aussagen befürwortet als ablehnt, den bewertet der THÜRINGEN-MONITOR als rechtsextrem eingestellt. Somit werden Verzerrungen durch kurzfristig wirkende Einflüsse und Fremddimensionen minimiert. Außerdem ermöglicht der THÜRINGEN-MONITOR, die langfristige Entwicklung der rechtsextremen Einstellungen zu beobachten, da er seit 2001 mit unveränderten Aussagen und Antwortkategorien arbeitet (Reiser et al. 2020, 69f., 72f., 2021, 75f.).

Im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse, die mit Daten aus den Jahren 2018 und 2019 arbeitete, gingen die Zustimmungswerte zum Teil erheblich zurück (vgl. Tab. 1). Alleinige Ausnahme war die Aussage, es gebe unwertes Leben. Dieser stimmte weiterhin fast jede*r Vierte zu (2019: 25 % - 2021: 22 %). Mehr als halbiert hat sich dagegen die Zahl der Thüringer*innen, die ethnisch segregiertes Heiraten befürworten (2019: 23 % - 2021: 9 %) oder die den Nationalsozialismus verharmlosen (2019: 25 % - 2021: 11 %). Nahezu halbiert hat sich in der Bevölkerung die Annahme, deutsche Leistungen seien jenen im Ausland überlegen (2019: 34 % - 2021: 18 %). Die Zustimmung zur antisemitischen Aussage sank im Vergleich zu 2019 sogar um 12 Prozentpunkte auf 4 %. Diese Zustimmungswerte sind die niedrigsten, die vom THÜRINGEN-MONITOR je gemessen wurden. Auch die Zahl jener, die ein robustes Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland unterstützten, und jener, die Deutschland für gefährlich überfremdet hielten, erreichte in den letzten zwei Jahren ein Allzeittief (Reiser et al. 2020, 70ff., 2021, 77ff.).

Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen (in Prozent, Reiser et al., 79)

		2021	2020	2019	2011-18	2001-10
Ethnozentrismus	Nationalismus und Chauvinismus					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	48	50	61	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	23	34	31	33
	Fremdenfeindlichkeit					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	42	44	56	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	41	45	44	50
Neo-Nationalsozialismus	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	9	18	23	20	22
	Sozialdarwinismus					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	22	22	25	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	17	19	22	20	23
	Verharmlosung des Nationalsozialismus					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	11	14	25	18	19
	Antisemitismus					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	4	8	16	11	12
	Unterstützung einer rechten Diktatur					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	15	21	15	17	

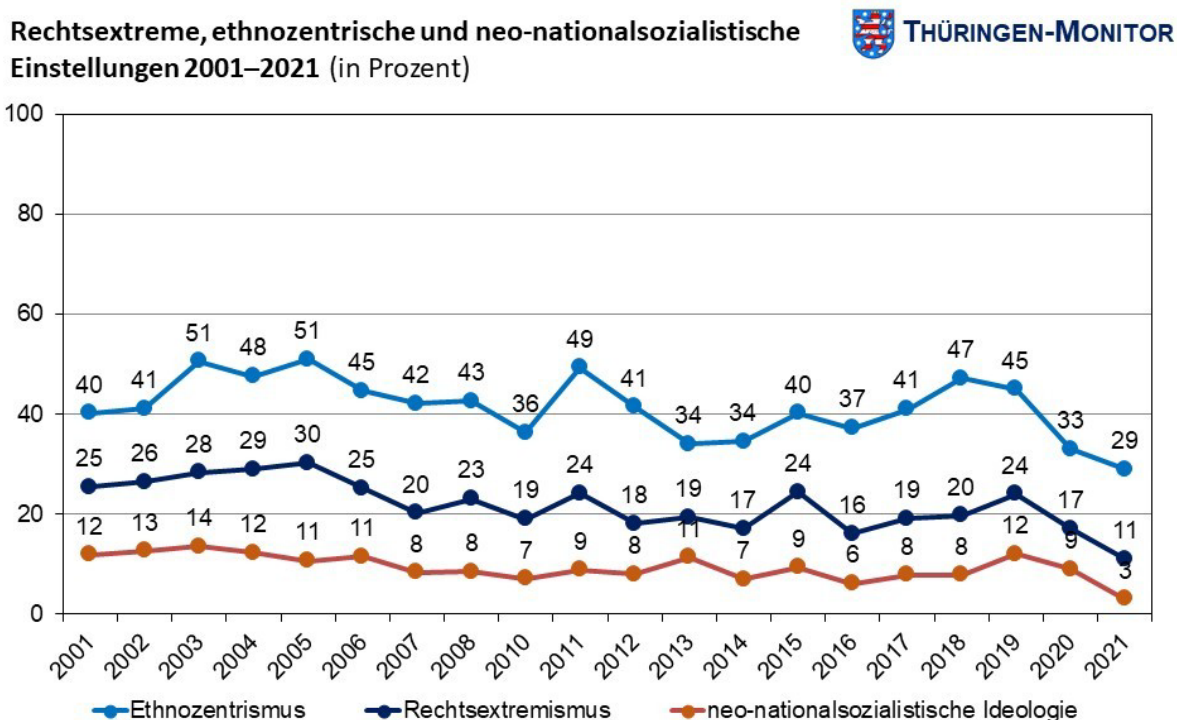
Allerdings darf der rückläufige Trend nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Jahr 2021 erschreckend viele Thüringer*innen vor allem ethnozentrischen Aussagen zustimmten. Obwohl der Zustimmungswert abnahm, stimmte noch immer die Hälfte der Menschen im Bundesland dem harten Durchsetzen deutscher Interessen zu. Diesem stetigen Spitzenreiter im Thüringen-Monitor folgten die beiden fremdenfeindlichen Aussagen: 42 % der Thüringer*innen hielten Deutschland für gefährlich überfremdet und 37 % glaubten, Ausländer*innen kämen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen. Mit großem Abstand dahinter, aber nicht weniger beunruhigend, fanden sich zwei neonationalsozialistische Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosten und eine rechte Diktatur unterstützten. Beiden stimmte etwa jeweils eine*r von zehn Thüringer*innen zu. Insofern blieb die grundlegende Struktur der rechtsextremen Einstellungen unverändert, auch wenn die Zustimmungswerte im Allgemeinen zurückgingen (Reiser et al. 2020, 72, 2021, 78f.).

Korrespondierend mit diesen zurückgegangenen Zustimmungswerten bei den Einzelaussagen, sank im Jahr 2021 der einstellungsmäßige Rechtsextremismus in Thüringen auf einen neuen Tiefstwert von 11 %. Die Abb. 5 macht ersichtlich, dass die seit 2016 kontinuierlich gestiegene Zahl rechtsextrem Eingestellter innerhalb von zwei Jahren deutlich zurückging. Während die Abnahme im Jahr 2020 vor allem darauf zurückzuführen war, dass deutlich weniger Menschen ethnozentrischen Aussagen zustimmten, lässt sich das weitere Absinken im darauffolgenden Jahr damit erklären, dass insbesondere die Zustimmung für neonationalsozialistische Aussagen zurückging (Reiser et al. 2020, 74, 2021, 79f.).

Diese Ergebnisse fügten sich in den bundesweiten Trend, wonach rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung abnahmen (Decker et al. 2020b, 79f.; Küpper et al. 2021, 108). Allerdings liegen die für Ostdeutschland gemessenen Werte seit zehn Jahren konstant und mitunter deutlich über jenen für Westdeutschland (Kiess et al. 2021, 18). Selbst unter diesen höheren Werten im Osten¹ stach der einstellungsmäßige Rechtsextremismus in Thüringen aber noch einmal heraus: Gemittelt über die Jahre 2012 bis 2020 lag er mit 17,6 % beinahe acht Prozentpunkte höher als der Mittelwert für Ostdeutschland (9,8 %).

Um den Rückgang zu erklären, stellte der Thüringen-Monitor 2021 seine bisherige Rechtsextremismus-Skala, mit der er rechtsextreme Einstellungen misst, auf den Prüfstand. Stand doch die Frage im Raum, ob der aus der Konsensdefinition resultierende Messfokus den gegenwärtigen Rechtsextremismus in seiner Bandbreite adäquat erfasst. Denn extrem rechte und rechtsextreme Akteure beweisen eine außerordentliche Flexibilität dabei, wie sie den Resonanzboden nutzen, der sich ihnen durch die wandelbaren gesellschaftlichen Diskurse und Strukturen bietet. Entsprechend haben in der extremen Rechten bestimmte Denkfiguren, Ideologeme und Phänomene unterschiedlich Konjunktur (Funke 2009). Der Thüringen-Monitor 2021 integrierte deshalb weitere Aussagen in die Befragung, um aktuelle ideologische Ausprägungen in der extremen Rechten zu erheben. Insbesondere untersuchte er, wie populistische und neurechte Einstellungen mit dem Rechtsextremismus in Verbindung standen (Reiser et al. 2021, 81).

¹ Die Vergleichbarkeit ist jedoch eingeschränkt, da trotz vieler gemeinsamer Einzelitems mitunter unterschiedliche Aussagen in anderer Anzahl abgefragt werden und die Formulierungen voneinander abweichen.

**Überwiegende Zustimmung**

Die insgesamt 10 Aussagen entsprechend der Konsensdefinition zur Messung **rechtsextremer Einstellungen** (2001).

4 Aussagen erfassen **ethnozentrische Einstellungen**, 6 Aussagen erfassen **neo-nationalsozialistische Ideologie**.

Die Berechnung basiert auf Mittelwertskalen; pro Teilskala ist max. 1 fehlende Antwort möglich. Befragte gelten als rechtsextrem eingestellt, wenn ihr Skalenmittelwert einer überwiegenden Zustimmung zu allen 10 Aussagen entspricht.

Abb. 5: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2021 (in Prozent, Reiser et al., 80)

Es zeigte sich, dass die neu untersuchten Aussagen dieselben latenten Einstellungsmuster erfassten, die der THÜRINGEN-MONITOR auch bisher mit seiner Rechtsextremismus-Skala erfasst hatte. Der Ethnozentrismus, wie ihn der THÜRINGEN-MONITOR erhob, identifizierte diskriminierende Einstellungen gegenüber einer Vielzahl von Gruppen, selbst wenn diese nicht explizit in der Befragung erwähnt wurden. Die Methodik des THÜRINGEN-MONITOR 2021 war also geeignet, die gegenwärtigen Entwicklungen und Phänomene im „Rechtsaußenspektrum“ in den Einstellungen nachzuzeichnen (ebd., 93).

Unter den Thüringer*innen kristallisierten sich im Jahr 2021 drei grundlegende Einstellungsmuster heraus: Populismus, rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus und rechtsextreme Demokratieablehnung. Ihre Grenzen waren jedoch fließend, sie ließen sich weder in eins setzen, noch klar voneinander trennen. Trotz der vielfältigen Quer- und Wechselbeziehungen unterschieden sich populistische und rechtsextreme Einstellungen deutlich. Populist*innen standen im Jahr 2021 ihrer Selbstwahrnehmung nach der Demokratie nicht systematisch ablehnend gegenüber, wiesen aber eine Nähe zum Ethnozentrismus auf. Demgegenüber basierte der Rechtsextremismus deutlicher als in den bisherigen Erhebungen auf dem rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus sowie der Ablehnung und negativen Wahrnehmung der Demokratie (ebd., 89).

Nahezu jede*r zweite Thüringer*in (48 %) war im Jahr 2021 populistisch eingestellt (ebd., 90). Dem Populismus liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich die Gesellschaft in zwei homogene, sich antagonistisch gegenüberstehende Blöcke spaltet: das Volk und die Elite. Politik soll nach der Vorstellung von Populist*innen einen als einheitlich imaginierten Volkswillens ausdrücken.

Sie lehnen deshalb Institutionen der liberalen Demokratie und politische Kompromisse ab (Mudde 2017). Das vom THÜRINGEN-MONITOR gemessene populistische Einstellungsmuster zeichnete sich vor allem durch die Ablehnung der Eliten und Misstrauen gegenüber den Institutionen der liberalen Demokratie aus. So glaubte etwas mehr als die Hälfte der Thüringer*innen, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handelten und dass „in unserer Demokratie (...) die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten“ würden. Beinahe vier von fünf Befragten stimmten der Aussage zu, dass „die Politiker“ sich „immer einig“ seien, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Auch hielten 38 % der Thüringer*innen, dem manichäischen Weltbild des Populismus entsprechend, einen Kompromiss in der Politik für einen Verrat an Prinzipien. Gleichwohl nahm die populistische Ablehnung der Institutionen der liberalen Demokratie seit 2019 insgesamt ab (Reiser et al. 2021, 84ff.).

Nur eine Minderheit der populistisch eingestellten Thüringer*innen war auch rechtspopulistisch: Etwa ein Drittel der Populist*innen teilte rechtsextrem-autoritär und ethnozentrische Vorstellungen oder lehnte die Demokratie aus rechtsextremen Motiven heraus ab. Damit waren im Jahr 2021 29 % der Thüringer*innen populistisch eingestellt, aber nicht rechtspopulistisch. Daneben gingen bei 10 % der Befragten ein rechtsextrem-autoritärer Ethnozentrismus mit populistischen Einstellungen einher und weitere 6 % lehnten zusätzlich aus rechtsextremem Antrieb heraus die Demokratie ab (ebd., 90f.).

Nicht identifizieren ließ sich ein neurechtes Einstellungsmuster im engeren Sinne. Die Zustimmung zu einzelnen neurechten Aussagen war vielmehr Ausdruck einer populistischen Haltung oder rechtsextremen Demokratieablehnung, selbst wenn einzelne neurechte Aussagen mitunter hohe Zustimmungswerte erzielten. So stimmten etwas mehr als die Hälfte der Thüringer*innen dafür, „endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus“ zu ziehen. Dagegen fielen andere neurechte Positionen in ihren Zustimmungswerten ab. Trotzdem geben sie Anlass zur Sorge: 15 % der Thüringer*innen stimmten der antifeministischen Aussage zu, wonach der Feminismus Männer systematisch benachteilige. Ähnlich niedrig war die Zahl jener, die an die Verschwörungserzählung des sogenannten „Großen Austauschs“ glaubten (ebd., 85f.). Diese wird von der Neuen Rechten bis hin zu extrem rechten Terroristen verbreitet. Sie besagt, dass herrschende Eliten beabsichtigten, die weiße Bevölkerung in Europa durch Migrant*innen auszutauschen (Önnerfors 2021).

2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Für das demokratische Zusammenleben ist die Gleichwertigkeit der Menschen essentiell und unumstößlich. Vorstellungen und Zuschreibungen der Ungleichwertigkeit stehen dem Zusammenhalt, der Teilhabe und der Integration in einer demokratisch verfassten Gesellschaft konträr gegenüber, gefährden den offenen und demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft und im schlimmsten Falle die Integrität von bestimmten Gruppen (Zick/Klein 2014, 13f.; Michelsen et al. 2020, 12).

Der THÜRINGEN-MONITOR misst jedes Jahr nach dem Heitmeyerschen Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie die Thüringer Bevölkerung gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen eingestellt ist. Das Fundament der dabei erfassten Vorurteile und Ablehnungen ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2002). Da die jeweiligen THÜRINGEN-MONITORE inhaltliche Schwerpunkte setzten, wurden bei den jeweiligen Erhebungen in der Regel bestimmte Facetten dieses multidimensionalen Einstellungssyndroms ausgewählt. Eine Ausnahme bildete der THÜRINGEN-MONITOR 2015, der alle zwölf Aspekte erhob. Tab. 2 gibt einen Überblick darüber, zu welchen Aussagen die Zustimmungswerte seitdem erhoben wurden.

Tab. 2: Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen 2015-2021

Daten: THÜRINGEN-MONITOR

	2021	20	19	18	17	16	15
Migrant*innenfeindlichkeit							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“	42	44	56	58	53	52	52
„Thüringen ist [...] in einem gefährlichen Maße überfremdet.“		26	34	36		23	
„Meine Wohnumgebung ist [...] in einem gefährlichen Maß überfremdet.“		9	11	11		7	
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	37	41	45	49	44	37	40
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	9	18	23	25	22	17	22
(Klassischer) Rassismus							
„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“		17	19				13
Negative Einstellungen gegenüber Muslim*innen							
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ (Aussage invertiert)	39	47	45	54	48	47	47
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“		51	63	61	62	60	62
„Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“		24	27	28	28		
Negative Einstellungen gegenüber Asylbewerber*innen, Einstellung zu Asyl und Integration							
„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“	43	54	57	58	54	56	55
„Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.“ (Aussage invertiert)		78	81	85	83	73	70
„Die meisten Flüchtlinge und Asylsuchenden sind aufgrund ihrer Kultur gar nicht in Deutschland integrierbar.“			63	64		58	
„Sobald Krieg und Verfolgung beendet sind, sollten alle Flüchtlinge und Asylsuchenden wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren.“			71	74		66	
„Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen verpflichtet werden.“				97		96	
„Die in Deutschland lebenden Zuwanderer sollten ihren Lebensstil beibehalten dürfen, auch wenn er sich vom Lebensstil der Deutschen unterscheidet.“			48	48		51	
Antisemitismus							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ (primärer Antisemitismus)	4	8	16	9	14	10	9
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ (sekundärer Antisemitismus)	19	21	27	26	21		29
„Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand.“ (Schuldabwehr/Relativierung)	45						
„Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus)	24	23	32	34	27		
„Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen.“ (s.o.)	17						
Antiziganismus (Ablehnung von Sinti*innen und Rom*innen)							
„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“		28	40				39
Etabliertenvorrechte							
„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“		36		32			27
Abwertung von Langzeitarbeitslosen							
„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“				55	58		55
Abwertung von Obdachlosen							

„Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“							40
Abwertung von Behinderten							
„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“							5
Antifeminismus/Gender-Rollenkonventionalismus							
„Frauen sollen sich wieder mehr auf Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“				11			14
„Durch den Feminismus werden in unserer Gesellschaft die Männer systematisch benachteiligt.“	15						
Negative Aussagen über Homosexuelle und Trans*-Personen							
„Homosexuelle sollten aufhören, so einen Wirbel um ihre Sexualität zu machen.“			43	45			
„Es ist NICHT in Ordnung, wenn Menschen ihr Geschlecht ändern, z.B. durch Operationen und hormonelle Behandlungen.“ (Aussage invertiert)			14	23			

Anmerkung: Zustimmung in Prozent „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst; Freifeld: die Frage wurde im angegebenen Jahr nicht gestellt.

Die bei der Befragung erhobenen unterschiedlichen Vorurteile und Ablehnungen haben nicht nur einen gemeinsamen Kern, sondern auch gemeinsame Ursachen. Die empirische Forschung belegt, dass die Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen statistisch miteinander korrelieren. Mit anderen Worten: Wer einer der Aussagen zustimmt, stimmt auch eher einer weiteren zu. Dies bestätigt, dass die Vorstellung der Ungleichwertigkeit die einzelnen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander verbindet. Außerdem zeigt sich, dass Autoritarismus, individuelle wie kollektive Gefühle der Benachteiligung, Statusverlustangst und niedrige Bildung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, einer der Aussagen zuzustimmen (Zick et al. 2012; Reiser et al. 2021, 97f.).

Im THÜRINGEN-MONITOR 2021 kristallisierten sich zwei grundlegende Einstellungsdimensionen heraus: Die Ablehnung gegenüber Migrant*innen, Asylsuchenden und Muslim*innen ließ sich mit dem Antifeminismus zu einer Dimension zusammenfassen. Unterdessen bestimmte der Antisemitismus allein eine zweite Dimension (ebd., 98).

Die Internationale Holocaust Remembrance Alliance schlägt vor, Antisemitismus als eine bestimmte Wahrnehmung von Juden*Jüdinnen zu verstehen, die sich als Hass gegenüber ihnen ausdrücken könne. „Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Er könne sich auch gegen den Staat Israel richten, „der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird“ (IHRA 2016). Wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen zu fassen und auf einen Begriff zu bringen sind, darüber herrscht in der Forschung kein Konsens (Nonn 2008; Ben-Yehoshua 2020, 20f.; Botsch 2020). Um möglichst viele unterschiedliche Ausdrucksformen des Antisemitismus zu erfassen, nahm der THÜRINGEN-MONITOR 2021 fünf Aussagen auf, die er dem primären, sekundären, israelbezogenen und schuldabwehrenden Antisemitismus zuordnete (Reiser et al. 2021, 96, 99).

10 % der Thüringer*innen waren im Jahr 2021 antisemitisch eingestellt. Das waren Personen, die den fünf antisemitischen Aussagen im Durchschnitt mindestens zustimmten. Ein Lichtblick ist aber, dass beinahe die Hälfte der Befragten (46 %) alle antisemitischen Aussagen ablehnte (ebd., 100). Dem primären Antisemitismus, wonach Juden „einfach etwas Besonders und Eigentümliches an sich“ hätten und „nicht so recht zu uns“ passten, stimmten 4 % der Befragten zu. Das entsprach nur noch einem Viertel des Zustimmungswerts von 2019. Damit befand sich die unverblümmteste Form der Judenfeindlichkeit auf einem Allzeittief (ebd., 78-79, 99). Hinsichtlich des sekundären und des israelbezogenen Antisemitismus fielen die Ergebnisse allerdings nicht so positiv aus. Hier ließen sich zwar leichte Rückgänge zu den Werten

aus den Jahren 2018 und 2019 identifizieren, aber seit 2020 verharrten diese auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Der Aussage, Juden „versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen“ seien, stimmte im Jahr 2021 beinahe jede*r fünfte Thüringer*in zu. Und annähernd jede*r Vierte konnte „bei der Politik, die Israel macht, (...) gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (ebd., 96, 98).

Zum israelbezogenen Antisemitismus nahm der THÜRINGEN-MONITOR 2021 eine neue Aussage auf: „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen“. Dieser stimmten 17 % der Thüringer*innen zu, von denen sich auffällig viele selbst politisch rechts der Mitte verorteten (ebd., 100). Der israelbezogene Antisemitismus ist die „Übertragung der Kritik an der Politik Israels auf alle Juden“ (Heyder et al. 2005, 148f.). Er stellt eine Umwegkommunikation dar, mit der antisemitische Ressentiments als Kritik an Israel ausgedrückt werden (Rensmann 2004). Die Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR waren so formuliert, dass eine Zustimmung ausgeschlossen werden kann, ginge es den Befragten nur um die legitime Kritik am Staat Israel oder darum, Partei für die Palästinenser*innen zu ergreifen. Sie klagten stattdessen „den Juden“ als Kollektivsingular an und im Topos „das wahre Gesicht der Juden“ klangen altbekannte antisemitische Stereotype an.

Beinahe jede*r Zweite (45 %) meinte, es werde „immer nur von der Judenverfolgung geredet“, aber „wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“. Auch diese Frage fand im Jahr 2021 erstmals Aufnahme in den Fragekatalog des THÜRINGEN-MONITOR (REISER ET AL. 2021, 99). Diese Schuldabwehr ist eine Facette des sekundären Antisemitismus, der die deutsche Schuld am Holocaust verdrängt, relativiert oder sogar leugnet (Rensmann 1998, 231ff.). Der antisemitische Unterton dieses geschichtsrelativierenden Vergleichs offenbarte sich auch dadurch, dass antisemitisch Eingestellte im THÜRINGEN-MONITOR derartige Aussagen signifikant seltener ablehnten (Reiser et al. 2021, 102). Es zeigte sich, dass das Opfernarrativ der Deutschen weiterhin virulent ist, mit dem seit über 75 Jahren Schuld und Verantwortung an NS- und Kriegsverbrechen abgewehrt wurden (Frei 2009; Sabrow 2015; Salzborn 2020). Dies bestätigten 52 % der Befragten, die „endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen“ mochten (Reiser et al. 2021, 86). Die Zustimmungswerte für die Forderung eines solchen Schlussstrichs lagen in Thüringen weitaus höher als jene im Bundesgebiet. Der vom Multidimensionalen Erinnerungsmonitor erhobene und im Sinne der Vergleichbarkeit mit dem THÜRINGEN-MONITOR angepasste Wert betrug im Jahr 2020 etwa 27 % (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung 2020, 26).

In der Corona-Pandemie trat der Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und der Affinität zu Verschwörungserzählungen besonders plastisch hervor (Reiser et al. 2020, 91). Dies veranschaulicht Abb. 5. Antisemitisch eingestellte Personen tendierten im Jahr 2021 signifikant häufiger dazu, Aussagen zuzustimmen, in denen eine Corona-Verschwörung behauptet oder vor einer angeblichen „Corona-Diktatur“ gewarnt wurde (Reiser et al. 2021, 102). Dies ist wenig überraschend. Ein zentrales Motiv im modernen Antisemitismus ist schließlich die judenfeindliche Verschwörungserzählung, die unter Nutzung vormoderner Bilder und Metaphern eine angebliche geheime jüdische Lenkung und Kontrolle des Weltgeschehens postuliert. Sie ist ein Vorgang der projektiven Reduktion unverstandener gesellschaftlicher Komplexität und drückt gleichzeitig ein Unbehagen an der Moderne aus (Diner 2014). Dabei muss nicht zwingendermaßen offen von Juden*Jüdinnen gesprochen werden, denn entscheidend sind die

verwendeten Spekulationen, vermeintlichen Argumentationslogiken und Mythenstrukturen (Frindte 2021).²

Laut dem THÜRINGEN-MONITOR besaßen im Jahr 2021 antisemitisch eingestellte Menschen tendenziell eine eher niedrigere formale Bildung, fühlten sich signifikant häufiger individuell oder kollektiv benachteiligt, fürchteten einen Statusverlust und neigten stärker zu Anti-Establishment-Positionen. Sie waren außerdem autoritärer (Reiser et al. 2021, 100f.). Letzteres betont die Leipziger Mitte-Studie, die die „Verschwörungsmentalität“ als Ausdruck eines autoritären Syndroms begreift (Schießler et al. 2020). Thüringer*innen, die sich selbst dem politisch rechten Lager zuordneten, waren im Jahr 2021 sehr wahrscheinlich auch antisemitisch. Aber noch häufiger war es, dass Thüringer*innen, die sich politisch in der „Mitte“ oder „links“ davon orteten, einer der fünf antisemitischen Aussagen zustimmten (Reiser et al. 2021, 100). Antisemitismus blieb also „ein milieu- und lagerübergreifendes Phänomen“ (Reiser et al. 2020, 90). Gerade jene 45 % der Thüringer*innen, die einer oder zwei der antisemitischen Aussagen im THÜRINGEN-MONITOR zustimmten, sollten von historisch-politischer Bildung und zielgruppenspezifischer Antisemitismusprävention adressiert werden.

Das zweite vom THÜRINGEN-MONITOR identifizierte Einstellungsmuster im Kontext der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit umfasste den Antifeminismus sowie ablehnende und negative Einstellungen gegenüber Migrant*innen, Muslim*innen und Asylsuchenden. Die Verbindung ergab sich im Jahr 2021 aus statistischen Zusammenhängen im Antwortverhalten und gemeinsamen Einflussfaktoren. In der Regel erhöhte ein formal geringer Bildungsgrad, ein höheres Alter, Autoritarismus, (Ost-)Deprivation und Statusverlustangst die Wahrscheinlichkeit, dass Befragte einer Aussage zustimmten, hinter der eine dieser Vorstellungen der Ungleichwertigkeit stand (Quent et al. 2016, 20; Reiser et al. 2021, 103ff.).

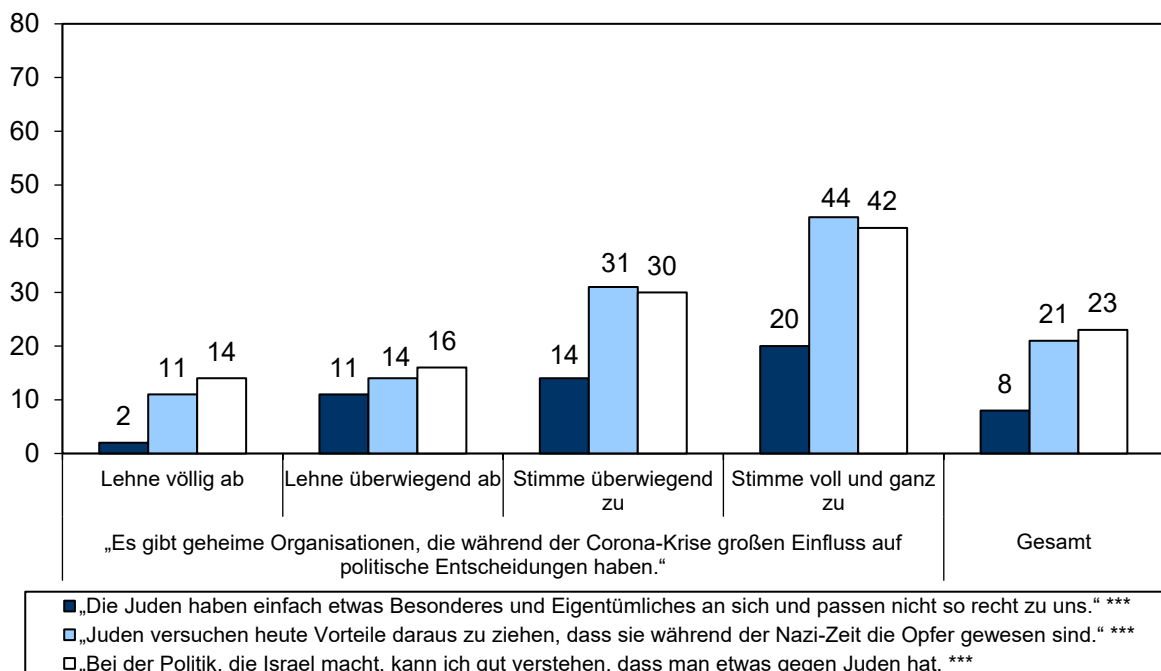


Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Aussagen zur Erfassung von Antisemitismus und Corona-Verschwörungsdenken (in Prozent, Reiser et al. 2020: 9)

² Die Vergleichbarkeit ist eingeschränkt, da MEMO mit einer „teils/teils“-Antwortkategorien arbeitet, die im THÜRINGEN-MONITOR hingegen fehlt. Man könnte im Sinne der Vergleichbarkeit davon ausgehen, dass sich etwa die Hälfte der „teils/teils“-Antwortenden zu „eher ja“ orientieren, wenn diese Antwortmöglichkeit fehlen würde. Dann ergäbe sich für die Schlussstrichforderung ein Wert von rund 37 %.

In den letzten beiden Jahren ging die Migrant*innenfeindlichkeit in Thüringen weiter leicht zurück. Dennoch stand auch im Jahr 2021 annähernd jede*r Vierte Migrant*innen ablehnend gegenüber. Dies gefährdet eine integrative demokratische Kultur. Beispielsweise waren 42 % der Thüringer*innen der Meinung, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer“ gefährlich überfremdet sei, und 37 % glaubten, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft kämen nur hierher, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Diese Einstellungen waren vor allem vorurteilsgeleitet und stark durch mediale und politische Diskurse beeinflusst. Eigene oder auch kollektive Erfahrungen, das tatsächliche Migrationsgeschehen oder reale Kontakte und Begegnungen spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle (ebd., 102ff.). Ebenfalls zurückging der Anteil der Thüringer*innen, die in Frage stellten, dass Asylsuchende schutz- und hilfebedürftig seien. Mit 43 % war dieser Anteil so niedrig wie noch nie seit seiner Erhebung ab 2015. Als stärkster Einflussfaktor wirkte hier die empfundene Benachteiligung als Ostdeutsche. Selbst wenn diese sich als ökonomisch gut situiert sahen und dies auch anerkannten, betrachteten sie Asylsuchende als eine Bedrohung und im Sinne der autoritären Aggression als zu unterwerfende „Andere“ (ebd., 104f.). 39 % der Thüringer*innen waren der Meinung, dass die meisten Muslime in Deutschland „unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“, nicht akzeptierten. Unter ihnen befanden sich signifikant mehr Frauen (48 %) als Männer (39 %). Auch schlug sich hier ein Stadt-Land-Unterschied nieder, der auf mangelnde, positiv bewertete Kontakterfahrungen hinweisen könnte (ebd., 104).

15 % der Thüringer*innen glaubten im Jahr 2021, der Feminismus führe zu einer systematischen Benachteiligung der Männer. Diese antifeministische Einstellung delegitimiert die Gleichstellung von Frauen, weil sie diesen verfassungsrechtlich begründeten und berechtigten Anspruch in eine angebliche Bevorzugung umdeutet. Antifeminismus dient innerhalb der antimodernen Bewegung als eine Art „Brückenideologie“ (Decker/Brähler 2020, 12) und hat in der Neuen Rechten, insbesondere in der Incel-Subkultur, Konjunktur (Kracher 2020). In der jüngsten Vergangenheit ist in der extremen Rechten eine unheilvolle Allianz aus Misogynie, Verschwörungsideologie und Rassismus zu beobachten, die im schlimmsten Fall den ideologischen Unterbau für Rechtsterroristen bilden kann (Blum/Rahner 2020; Rahner 2021).

Zusammenfassung

In der Gesamtschau zeichneten sich im THÜRINGEN-MONITOR 2021 positive Entwicklungen ab, aber die Gefahr der Reaktivierung rechtsextremer Einstellungen und der bundesweite Vergleich geben gleichwohl Anlass zur Sorge. Korrespondierend mit der Abnahme der rechtsextremen Einstellungen gingen auch ablehnende und diskriminierende Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen zurück. Dieser erfreuliche Trend bedeutet allerdings aus zweierlei Gründen keine Entwarnung: Zum einen ist der Rückgang vor allem darauf zurückzuführen, dass in den letzten Jahren die öffentliche Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie die Themen Migration, Asyl und Integration in den Schatten stellte (Reiser et al. 2020, 75, 2021, 94). Zum anderen lähmte die Corona-Pandemie auch die Aktivitäten und Strukturen der extremen Rechten in Thüringen, wie das folgende Kapitel zeigt. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass einzelne Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wiederbelebt werden können, sobald diese Themen wieder stärker Eingang in den politischen Diskurs erhalten und mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen. Außerdem liegen die vom THÜRINGEN-MONITOR gemessenen Werte mitunter deutlich über den aktuellen deutschlandweiten Vergleichszahlen der jüngsten Mitte-Studie (Küpper et al. 2021, 86ff.). Insbesondere die Migrant*innenfeindlichkeit scheint in Thüringen weitaus virulenter. Allerdings schränken die abweichenden Antwortkategorien in den Studien die Vergleichbarkeit ein (Reiser et al. 2021, 94f.).

3 Neue Entwicklungen rechtsextremer Strukturen in Thüringen

In Thüringen waren im Beobachtungszeitraum weiterhin dutzende extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen (z.B. Parteien, Vereine, Kameradschaften, lose organisierte Personenzusammenschlüsse) existent und aktiv (MOBIT 2022; 2021a, 2021b; AfV 2021). Tab. 5 listet geordnet nach den Landkreisen und kreisfreien Städten auf, welche dieser Strukturen im Zeitraum zwischen 2020 und Juli 2022 in Thüringen aktiv waren (unabhängig davon, ob sie gegenwärtig noch aktiv sind bzw. wie lange sie innerhalb des Zeitraums aktiv waren). „Aktiv“ bedeutet, dass diese rechtsextremen Organisationen etc. in Thüringen im Zeitraum seit bzw. nach 2020 als Personenzusammenschluss organisiert waren bzw. auftraten und sie öffentlich nach außen bzw. im öffentlichen Raum wahrnehmbar waren (z.B. regelmäßige Aktionen). Die Organisation bzw. Durchführung rechtsextremer interner bzw. erlebniswelt-bezogener Aktivitäten (z.B. Vorträge, Musikveranstaltungen, Wanderungen) zählten hierbei auch als „aktiv“. Gruppen, die lediglich virtuell und nicht erkennbar realweltlich aktiv waren, wurden in Tab. 5 nicht aufgelistet (siehe Abschnitt 3.3).

Die Anzahl an extrem und neu rechten Strukturen, die im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 in Thüringen nach Quellenlage aktiv waren, ist im Vergleich zur Auflistung für den Zeitraum 2014-2018 (Best et al. 2018, 235) insgesamt zurück gegangen. In einigen Regionen ist sie jedoch gleichgeblieben oder gar angestiegen (siehe rechte Spalte in Tab. 5). Im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) hat es Änderungen und Neuerungen gegeben, die zumeist bei informell organisierten sowie sub- und jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen stattfanden. Organisationen etc., die seit diesen Zeiträumen nicht mehr aktiv waren (z.B. durch Auflösung), wurden nicht aufgelistet.

Was war bei dieser Auflistung zu beachten? Welche Einschränkungen gab es?

Bei der Auflistung in Tab. 5 war Folgendes zu beachten. Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sie gibt den gegenwärtigen Erkenntnis- bzw. Recherche- und Quellenstand wieder (Juli 2022). Nicht alle der aufgelisteten Organisationen waren im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 gleichzeitig oder durchgängig aktiv. Die Tabelle listet prinzipiell nur jene Akteure auf, die im Zeitraum in organisierter Form sichtbar bzw. erkennbar agierten (z.B., wenn eine Jugendclique durch Übergriffe auf sich aufmerksam machte). Im Verborgenen bis konspirativ agierende oder private Freundeskreise, die sich regelmäßig trafen, trainierten etc., aber nach außen nicht oder kaum in organisierter oder ähnlicher Form in Erscheinung traten (z.B. ohne Übergriffe zu verüben), konnten durch das Raster fallen. Beispielsweise war bekannt, dass Neonazis in Jena, Weimar und dem Weimarer Land bei örtlichen Kampfsportvereinen trainierten. Ob sich dahinter eine festere Organisationsform/-struktur verbarg, ist nicht bekannt. Außerdem gab es einige Grenzfälle, bei denen fraglich ist, ob sie als aktiv bezeichnet werden können. Die NPD-Kreisverbände und deren tatsächliche Aktivitäten sind ein solcher Grenzfall. Die NPD gewann zur Kommunalwahl 2019 z.B. ein Mandat für den Kreistag des Weimarer Landes. Der Kandidat der NPD war dort auch anwesend. Davon abgesehen waren von der NPD im Landkreis keine öffentlichen oder internen Aktivitäten bekannt. Ein weiteres Problem stellten Gruppen dar, die überregional organisiert bzw. aktiv waren und/oder sich geografisch nicht genau eingrenzen ließen. Beispielsweise waren die Mitglieder der Gruppe „Jungsturm Erfurt“ nicht nur in Erfurt wohnhaft und nicht nur dort aktiv. Sie führten Angriffe unter anderem in Saalfeld (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) durch oder nutzten die Szene-Immobilie in Kirchheim (Ilm-Kreis) als Treffpunkt und zum Kampfsporttraining. Schließlich war zu bedenken, dass der Vergleichszeitraum nicht dieselbe Dauer bzw. Länge umfasst. Die erste Auflistung nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten (Best et al. 2018: 235) umfasste vier Jahre

von 2014 bis 2018, die vorliegende Auflistung in Tab. 5 mit dem Zeitraum von 2020 bis Juli 2022 nur gut eineinhalb Jahre. Die Darstellung in der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) ist zudem inhaltlich anders aufgebaut und enthält keine separate Auflistung nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Dies sollte bei Vergleichen bedacht werden.

3.1 Regionalisierung und Parzellierung rechtsextremer Strukturen in Thüringen

Im Vergleich zur Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise hat mittlerweile eine stärkere Regionalisierung und Parzellierung der rechtsextremen Strukturen in Thüringen stattgefunden. Während 2015 und 2016 infolge der Aktivitäten des organisations- und regionsübergreifenden rechtsextremen Netzwerkes „Thügida“ sich viele lokale „Wir lieben“-Ableger und ähnliche Gruppierungen bildeten (Best et al. 2018), gibt es diesen zentralen Organisationsmodus nicht mehr.

Regionalisierung beschreibt in Anlehnung an Miliopoulos (2020) die rechtsextreme Strategie, sich auf eine Region (Bundesland, Kommune, Stadt) zu fokussieren und sich dort strukturell und personell zu verankern anstatt bundesweit (im Sinne von global) zu agieren. Dadurch soll die Chance erhöht werden, Einfluss auf die regionale (kommunale, lokale) Politik und Zivilgesellschaft nehmen zu können. Ferner soll es für rechtsextreme Akteure attraktiver werden, sich dort anzusiedeln. Regionalisierung schließt nicht aus, dass rechtsextreme Akteure weiterhin versuchen, sich mit anderen Akteuren, Organisationen und/oder Regionen zu vernetzen. Allerdings gibt es gegenwärtig in Thüringen (unter Ausklammerung des völkisch-rechtsextremistischen AfD-Landesverbandes) keine landesweit organisierte oder tätige rechtsextreme Struktur. Im Gegenteil haben sich **regionale Netzwerke** gebildet: In Eisenach hat sich um die NPD ein „[m]ilitantes Neonazi-Netzwerk [...] etabliert“ (Hemkentokrax/MDR Thüringen 2022), das über die Stadt und über Thüringen hinaus vernetzt ist, aber beispielsweise in Gotha oder Ostthüringen nicht aktiv bzw. etabliert ist. Dort wiederum sind andere rechtsextreme wie „Patrioten Ostthüringen“ und sogar „mafiose“ (Budler 2022) Strukturen wie etwa die „Bruderschaft Thüringen“, die „Turonen“ oder „Garde 20“ aktiv bzw. etabliert.

Die zunehmende organisationale Regionalisierung und Parzellierung ist auf strategische und ideologische Gründe zurückzuführen und lässt sich exemplarisch an der rechtsextremen Erfurter Szene festmachen. In Erfurt sind rechtsextreme aktivistische Akteure in unterschiedlichen, voneinander getrennten Gruppen organisiert. Die Kader um die Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer betreiben seit über einem Jahrzehnt rechtsextreme Graswurzelarbeit im Südosten von Erfurt. Sie wollen unverhohlen eine Volksgemeinschaft (so der langjährige Vereinsname) schaffen. Hierfür versuchen sie, Jugendliche zu rekrutieren, sich als soziale Kümmerer zu inszenieren sowie nationalbefreite Zonen und Angsträume zu etablieren. Dabei agieren sie häufig sektiererisch und nicht selten gewalttätig und straffällig, z.B. durch Übergriffe mit Körperverletzungen wie im August 2020 (Klaus 2020). Um bei diesen Vorhaben aktions- und kampagnenfähig zu bleiben und mögliche behördlich-staatliche Einschränkungen zu erschweren, bemühten sie sich stets um den uneingeschränkten Zugriff bzw. Besitz eigener Szene-Immobilien als Treffpunkt und um oben genannte Aktivitäten und weitere Veranstaltungen durchführen zu können. Sie waren in den letzten Jahren fast durchgängig parteiförmig organisiert (durch das Parteienprivileg gem. Art. 21 GG werden staatliche Eingriffe und Verbote erschwert). Dabei haben sie sich allerdings bisher mit jeder rechtsextrem-neonazistischen Partei, die in Thüringen aktiv war bzw. ist, überworfen – zuletzt mit „Der III. Weg“, davor mit „Die Rechte“ und mit der NPD (Best et al. 2018; Michelsen et al. 2020). Mittlerweile sind sie als „Neue Stärke Partei“ (NSP) organisiert (siehe Abschnitt 3.2). Nach dem Austritt der NSP-Kader

aus „Der III. Weg“ gibt es in Erfurt weiterhin Personen, die für „Der III. Weg“ Aktivitäten durchführen (z.B. Flyer verteilen). Das ist neu, weil bis dato die Parteistrukturen in Erfurt wegbrachen, wenn die Kader um Biczysko/Fischer austraten. Parallel zu diesen beiden neonazistischen Kleinstparteien gibt es die neu rechte, islamfeindlich Gruppe „Erfurt zeigt Gesicht“, die im Kern aus zwei Personen besteht. Sie suchen stets Anschluss an andere größere, nicht neonazistische Gruppen und Organisationen: Anfangs suchten sie die Nähe zur Identitären Bewegung, seit einigen Jahren zur Thüringer AfD, während der Corona-Pandemie zu verschiedenen Protestbewegungen (von bürgerlich-rechtspopulistischen bis hin zur „Querdenken“-Bewegung). Dauerhaft unterstützen sie antiislamische Proteste (sogenannte Bürgergottesdienste) gegen die Moschee in Erfurt-Marbach (Best et al. 2019; Beelmann et al. 2022). Für „Erfurt zeigt Gesicht“ lässt sich konstatieren, dass sie eher die neu rechte Strategie der Erlangung kultureller Hegemonie durch aktivistische Desinformationskampagnen verfolgen, die sich dabei vornehmlich gegen den Islam bzw. die vermeintliche „Islamisierung“ richten, aber auch durch eine eliten- und regierungskritische Haltung anschlussfähig sind an nicht-rechtsextreme Milieus (Beelmann et al. 2022). Das Ziel der neonazistisch-rassistischen, gewaltbereiten Hooligan-Gruppe „Jungsturm Erfurt“ wiederum war es, gegnerische, v.a. vermeintlich linke Fußballfans anzugreifen (siehe Abschnitt 3.4). Hierfür trainierten sie bei sogenannten Ackermatches und in einer rechtsextremen Szene-Immobilie in Kirchheim (Ortsteil der Gemeinde Amt Wachsenburg im Ilm-Kreis) (EXIF Recherche 2021a). Gründe dafür dürften unter anderem ein chauvinistisch und sozialdarwinistisch aufgeladenes Bild von Männlichkeit sein (Michelsen et al. 2020: 25).

Diese lokale Parzellierung lässt sich auf Thüringen übertragen und ist mehr als nur eine organisationale Fragmentierung oder Zersplitterung: Die NPD kann anhand ihrer eigenen sogenannten Vier-Säulen-Strategie gemessen und bewertet werden (Best et al. 2018). Allerdings haben sich um die verbleibenden relevanten Parteistrukturen offenkundig gewaltbereite Strukturen gebildet („Knockout 51“ und um Thorsten Heise), die zuletzt immer häufiger dadurch auffielen, nationalbefreite Zonen schaffen zu wollen (sogenannter Kampf um Straße und Köpfe); nachdem der sogenannte Kampf um die Parlamente mit dem strukturellen und personellen Niedergang der NPD in Thüringen (Best et al. 2018) sowie mit dem Auftreten der AfD immer schwieriger wurde. Die gegenwärtig in Ostthüringen organisierten rechtsextremen Akteure versuchen ähnlich wie „Erfurt zeigt Gesicht“ durch aktionistische Desinformation (angereichert mit Verschwörungs- und Reichsbürger*innen-Ideologie) kulturelle Hegemonie und Anschluss an bürgerliche, nationalkonservative Milieus zu erlangen. Im Großraum Gotha ist zu beobachten, wie eine neonazistische, gewalttätige Gruppierung zunächst als „Hausgemeinschaft Jonastal“, dann rockerähnlich und elitärer organisiert als „Bruderschaft Thüringen“ bzw. „Turonen“ und „Garde 20“ versucht hat, aus ihrer Ideologie und ihren Aktivitäten und Strukturen heraus eigene finanzielle Einnahmequelle zu generieren – zuerst via Rechtsrock, ab 2019 als Drogenkartell (Exakt - Die Story 2022).

Der Fluchtpunkt ist, dass es in Thüringen gegenwärtig (abseits der AfD) an einem rechtsextremen Akteur mangelt, der all das verbindet. Keine der gegenwärtigen rechtsextremen Strukturen ist landesweit aktiv oder organisationsübergreifend vernetzt, geschweige denn identitätsstiftend genug. Darunter leidet die Fähigkeit, Aktionen oder Kampagnen durchzuführen, die über die Mobilisierung der eigenen Klientel hinaus geht. Im Gegenteil arbeiten rechtsextreme Akteure aus unterschiedlichen strategischen und ideologischen Gründen, nicht selten auch aus persönlichen Animositäten, nicht (eng/er) zusammen. Lieber bilden sie ihre eigene Untergruppe oder wandern von einer rechtsextremen Organisation zur nächsten. Je kleiner solche Gruppen werden, desto wahlweise elitärer, abgeschotteter, sektiererischer oder auch radikaler und gewaltbereiter können diese Kleinstgruppen werden.

Ausschlaggebend ist nun, dass die Anzahl an aktiven Untergruppen dadurch regional zunehmen kann, aber es erhöht sich nicht insgesamt die Anzahl an aktiven rechtsextremen Personen, d.h. die vorhandenen rechtsextremen Akteure haben sich, im Sinne eines Grundstückes, organisatorisch in kleinere Stücke aufgeteilt (parzelliert) ohne die rechtsextreme Bewegung damit tatsächlich zu vergrößern. Ob der im Juli 2022 gegründete rechtsextreme „Koordinierungsrat in Thüringen“ daran etwas ändern wird, bleibt abzuwarten (siehe Abschnitt 3.2). Ebenfalls fraglich ist, wie erfolgreich die Kopie des Mimikry-Konzeptes der „Freien Sachsen“ in Ostthüringen sein wird (siehe Abschnitt 3.3). Dahingehend ist zu beobachten, dass die Rekrutierung neuer Akteure und die Suche nach neuen bzw. anderen Aktivitätsfeldern (z.B. interne und öffentliche Veranstaltungen, Rechtsrock, Kampfsport) nicht selten und eher zufällig einher geht mit dem Rückzug oder Verschwinden anderer Akteure (z.B. durch Umzug, Strafverfahren, Misserfolge, Ausstieg).

Diese Regionalisierung und Parzellierung sind durch die Corona-Krise verstärkt worden. Bedingt durch die Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie brachen die internen und öffentlichen Aktivitäten rechtsextremer Angebotsstrukturen deutlich ein. Allerdings verschwanden die Akteure dadurch nicht, sondern sie reagierten unterschiedlich auf die Krise. Es wurde versucht, Ersatzangebote zu schaffen (z.B. Online-Konzerte) oder auf den Zug der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen aufzuspringen (z.B. Teilnahme an regionalen und überregionalen Hygienespaziergängen und Demonstrationen oder Organisation dessen). Einige rechtsextreme Organisationen (z.B. „Erfurt zeigt Gesicht“) und Ideologeme (z.B. Verschwörungsideologien, die extrem bzw. neu recht konnotiert sind oder werden können, beispielsweise zum „Großen Austausch“, aus dem Milieu der sogenannten Reichsbürger*innen oder von Q-Anon) erlebten dadurch eine Revitalisierung und größere Verbreitung.

Veränderungen bei den rechtsextremen Strukturen gab es im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nicht nur aufgrund der Corona-Pandemie. In einigen Fällen ist der Staat gezielt gegen kriminelle und gewalttätige rechtsextreme Akteure und Organisationen vorgegangen (siehe Abschnitt 3.3). Auch der bis vor wenigen Jahren sehr umtriebige Greizer-Neonazi und Thügida-Mitbegründer David Köckert verringerte in den letzten Jahren seine politischen Aktivitäten infolge von Untersuchungshaft und Gerichtsverfahren gegen ihn (unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung) und konzentrierte sich dafür auf seine geschäftlichen Tätigkeiten, ohne sich jedoch von seinem Rassismus oder seiner Neonazi-Ideologie zu trennen (Best et al. 2018; Beelmann et al. 2022).

Im Folgenden wird schlaglichtartig auf relevante und neue rechtsextreme Strukturen aus der Auflistung in Tab. 5 eingegangen. Rechtsextreme Organisationen, Gruppen usw. lassen sich analytisch unterscheiden in formell (Abschnitt 3.2) und informell (Abschnitt 3.3) organisierte Angebotsstrukturen sowie in sub- und jugendkulturelle (Abschnitt 3.4) Angebotsstrukturen (Michelsen et al. 2020).

3.2 Formell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen

Bei den formell organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen (partei- und vereinsförmige Gruppen bzw. Organisationen mit fester Mitgliedschaft und höherem Institutionalisierungsgrad) hat sich in den letzten Jahren und im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) relativ wenig verändert.

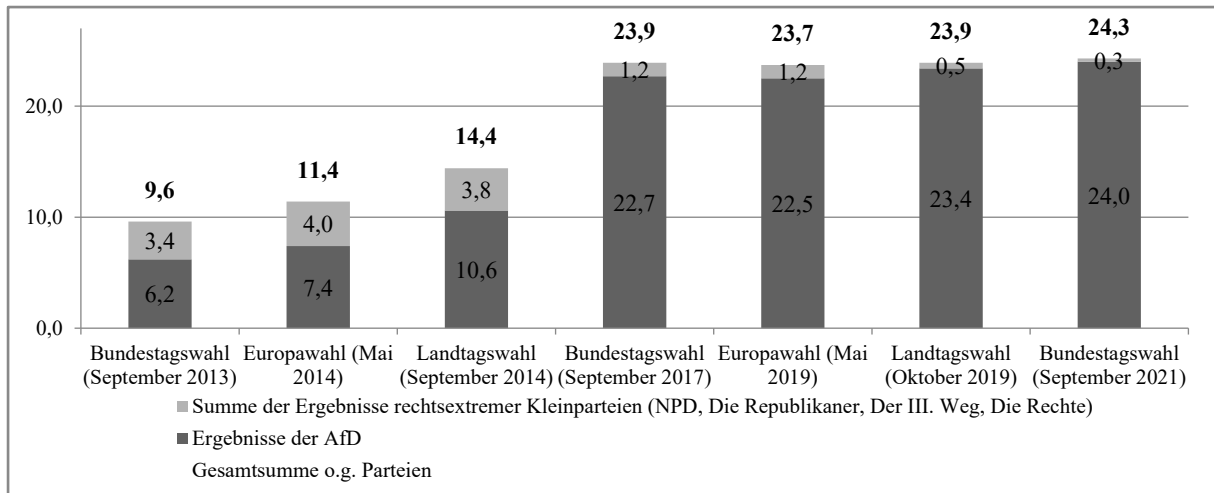


Abb. 7: Zweit- bzw. Parteistimmen rechtsextremer Kleinparteien und der AfD in Thüringen bei landesweiten Wahlen seit 2013 (in Prozent)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Parteiförmiger Rechtsextremismus in Thüringen

Neben dem völkisch-nationalistischen, vom Verfassungsschutz beobachteten Landesverband der „Alternative für Deutschland“ (AfD) (siehe auch Kapitel 0) sind in Thüringen gegenwärtig vier weitere rechtsextreme, ideologisch dezidiert neonazistisch-rassistische Kleinstparteien bzw. regionale Wählervereinigungen aktiv (NPD; BZH; Der III. Weg; neu: NSP). Keine dieser Kleinstparteien verfügt über landesweite Strukturen. Sie sind auf Thüringen bezogen seit Jahren elektoral und politisch bedeutungslos (vgl. Abb. 7). Allerdings verfügen sie über regionale Hochburgen (insbesondere Eisenach, Erfurt und im Landkreis Hildburghausen) und sind dort sowie überregional unterschiedlich stark verankert bzw. vernetzt (z.B. hat NSP sogenannte Abteilungen in Hessen oder Niedersachsen gegründet). Die organisationale und regionale Aufteilung sind hauptsächlich auf die personelle Zerstrittenheit der maßgeblichen Akteure und deren programmatisch-strategische Differenzen zurückzuführen. Die führenden Mitglieder der jeweiligen Kleinstparteien bzw. Wählervereinigungen sind seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Bewegung aktiv bzw. integriert. Die meisten davon sind vorbestraft und gewaltbereit bzw. gewalttätig. Insbesondere von der NPD (siehe „Knockout 51“) und der NSP gehen konkrete Gefahren für die lokale Zivilgesellschaft und markierte Feindbilder (z.B. People of Color, Journalist*innen, „Linke“) aus. Daher sind diese Kleinstparteien und deren Mitglieder nicht zu unterschätzen.

Der Landesverband der verfassungsfeindlichen „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD) ist die am längsten aktive rechtsextreme Partei in Thüringen. Allerdings sind deren Personal und Strukturen in den letzten Jahren auf wenige Regionen in Nord- und Südwestthüringen (mittlerweile v.a. Eichsfeld, Wartburgkreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen) zusammengeschrumpft (Best et al. 2018). Die Hochburg der NPD in Thüringen ist Eisenach (Wartburgkreis), wo sie als verankert gilt und seit Jahren eine eigene Parteizentrale („Flieder Volkshaus“) besitzt, in der regelmäßig Partei- und Szeneaktivitäten stattfinden (Salheiser 2021; AfV 2021, 19; Beelmann et al. 2020: 20 f.; Michelsen et al. 2020: 17 f.). Politisch ist es um die NPD in den letzten Jahren und während der Corona-Pandemie ruhiger geworden. Bei landesweiten Wahlen ist die NPD in Thüringen dem bundesweiten Abwärtstrend folgend (BfV 2022, 83) zuletzt mit deutlich unter 1 % der Zweitstimmen elektoral immer bedeutungsloser geworden (vgl. Tab. 3). Dadurch sind sie aus der staatlichen Parteienfinanzierung vorerst herausgefallen. Zur neu angesetzten Wahl des Kreistages im Wartburgkreis (Juni 2021) infolge der Fusion zwischen Eisenach und dem Wartburgkreis trat die NPD nicht an, obwohl sie bei der Kreistagswahl 2019

noch ein Mandat im Wartburgkreis errang. Stattdessen rief sie „im Sinne der patriotischen Kräftebündelung“ zur Wahl der parteilosen Kandidat*innen der AfD auf, weil sich die „AFD [sic] programmatisch der NPD immer weiter annähert und in einigen wesentlichen Punkten kaum mehr von uns unterscheidet“.³ Zur Bundestagswahl 2021 gab es vereinzelt wahlkampfbezogene Aktivitäten. Aufsehen erregte die Thüringer NPD zuletzt in anderen Zusammenhängen. Im April 2018 griffen zwei Personen aus dem persönlichen Umfeld des NPD-Neonazis Thorsten Heise nahe Fretterode (Eichsfeld) zwei Journalisten brutal an und verletzten diese schwer. Die Urteile im diesbezüglichen Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Mühlhausen wurden September 2022 gesprochen. Im Februar 2021 waren bei einer Stadtratssitzung in Eisenach etwa zehn Neonazis im Besucherbereich anwesend. Als die Sitzung unterbrochen werden musste, weil Stadträte der NPD und AfD sich weigerten, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, unterstützten die Neonazis „die organisierte Maskenverweigerung“ (haskala 2021). Mit der Wahl des mehrfach vorbestraften und umtriebigen Eisenacher Patrick Wieschke zum neuen Landesvorsitzenden (Juli 2022) und Bundesorganisationsleiters der NPD (Mai 2022) hat der Landesverband im Sommer 2022 wieder mehr Aktivitäten entfaltet. Wieschke strebt eine „Neuausrichtung der Gesamtpartei an“ (NPD Thüringen 2022a). Dazu gehört die Gründung eines „**Koordinierungsrat in Thüringen**“ im Juli 2022 unter offenkundiger Federführung der NPD. Hierbei handelt es sich um ein partei- und organisationsübergreifendes Netzwerk bzw. um eine Sammlungsbewegung für „staatskritische bis patriotische“ (NPD Thüringen 2022b) bzw. für die „nationalen, heimattreuen und patriotischen Kräfte“.⁴ Damit will die NPD, angelehnt an den sogenannten Kampf um den organisierten Willen (Best et al. 2018, 77 f.), offenbar verstärkt als Koordinator von rechtsextremen Strukturen abseits der AfD in Thüringen auftreten (siehe auch „Sache des Volkes“, Abschnitt 3.3).

Tab. 3: Ergebnisse der NPD in Thüringen bei den letzten landesweiten Wahlen

Wahl (Datum)	Zweitstimmen (absolut)	Änderung zur vorherigen Wahl
Europawahl (Mai 2019)	1,0 % (10003)	-2,4 %
Landtag (Okt. 2019)	0,5 % (6044)	-3,1 %
Bundestag (Sept. 2021)	0,3 % (4103)	-0,9 %

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Das „**Bündnis Zukunft Hildburghausen**“ (BZH) ist eine regionale, rechtsextreme Wählervereinigung im Landkreis Hildburghausen, die 2009 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet wurde. Die Wählervereinigung wird seit ihrer Gründung vom NPD-sozialisierten bzw. NPD-nahen Neonazi und rechtsextremen Bewegungsunternehmer Tommy Frencz geführt (Best et al. 2018, 104 f.; Michelsen et al. 2020, 18). Das BZH versucht programmatisch gemäßiger und bürgernäher als beispielsweise die NPD aufzutreten (Best et al. 2019, 18 ff.). Allerdings macht Frencz, unter anderem als Betreiber eines Versandhandels, der chiffriert „Druck Adolf Hitler“ bedeutet und ein entsprechendes Sortiment anbietet, keinen Hehl aus seiner neonazistischen, geflüchteten- und islamfeindlichen Ideologie. Die Entwicklung, d.h. die intensive Graswurzelarbeit, relativen Wahlerfolge und weitflächige Verankerung von Frencz und des BZH (zur Kommunalwahl 2019 erhielt das BZH insgesamt 16 Mandate in mehreren kommunalen Vertretungen, unter anderem drei im Kreistag) spiegeln eine bedenkliche Normalisierung des Rechtsextremismus im Landkreis wider (Michelsen et al. 2020, 18). Das zeigte sich zuletzt bei der Bürgermeisterwahl in Kloster Veßra (Juni 2022), als Frencz 29,1 % der Stimmen erhielt. Dieses

³ <https://www.facebook.com/npdwartburgkreis/posts/pfbid0a9yBvo3ufCeiuo17sTeXEDYnqQWUbuHu2dvZnWBwkaz3d5KrL1rSWG37eZ9QeA9VRI> (Abruf: 15.08.2022).

⁴ <https://deutsche-stimme.de/netzwerktag/> (Abruf: 22.08.2022).

relativ hohe Ergebnis ist wenig überraschend. Zum einen war Frenck der einzige Gegenkandidat zum amtierenden Bürgermeister.⁵ Von allen Wähler*innen stimmten 57 Personen für ihn (darunter höchstwahrscheinlich Frenck für sich selbst). Zum anderen erhielt Frenck bereits zur Landratswahl (April 2018) in Kloster Veßra 54 Stimmen (damals 31,4 %). Der relativ hohe elektorale Rückhalt für Frenck in Kloster Veßra ist also nicht neu, wenngleich er weder richtig zu- noch abgenommen hat. Dahingehend auffällig ist es, dass rechtsextreme Kleinstparteien (NPD; Die Rechte), das BZH und die AfD bei vergangenen Wahlen in Summe noch höheren prozentualen Zuspruch erhielten (siehe Tab. 5). Außer bei der Kreistagswahl 2019 entfiel der Großteil der Stimmen dabei jeweils auf die AfD.

Tab. 4: Wahlergebnisse in Kloster Veßra für ausgewählte Parteien bzw. Personen

Wahl (Datum)	Stimmabgabe für	Stimmenanteile (absolut)
Bürgermeisterwahl (Juni 2022)	Tommy Frenck	29,1 % (57 Stimmen)
Bundestagswahl (Sept. 2021)	AfD+NPD	44,1 % (71 Zweitstimmen)
Landtagswahl (Okt. 2019)	AfD+NPD	37,9 % (58 Landesstimmen)
Europawahl (Mai 2019)	AfD+NPD+Die Rechte	36,2 % (55 Parteistimmen)
Kreistagswahl (Mai 2019)	AfD+BZH	39,2 % (217 Stimmen kumuliert)
Landratswahl (April 2018)	Tommy Frenck	31,4 % (54 Stimmen)
Bundestagswahl (Sept. 2017)	AfD+NPD	43,7 % (76 Zweitstimmen)

Eigene Darstellung. Quellen: Landeswahlleiter Thüringen.

Die neonazistische Kleinstpartei „**Der III. Weg**“ ist seit Mai 2015 in Thüringen in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. Regionen organisiert (Best et al. 2018; Michelsen et al. 2020). Ein Landesverband existiert bisher nicht. Haupteinzugsgebiet waren zuletzt der Großraum Gotha, Erfurt und Gera sowie teilweise Suhl. Die Partei weist deutliche Bezüge zum historischen Nationalsozialismus auf und versteht sich als „nationalrevolutionäre Bewegung“, die verfassungs- und demokratiefeindlich ausgerichtet ist (Best et al. 2018, 110 ff.; 2019, 19; Michelsen et al. 2020, 19; BfV 2021, 91 f.). In Thüringen, insbesondere in Erfurt, trat die Partei darüber hinaus wiederholt mit homophoben Kampagnen bzw. Kundgebungen auf (AfV 2020b, 27 ff.). Im Vergleich zur Entwicklung, den Aktivitäten und elektoralen Ergebnissen der Partei in Sachsen (v.a. in Plauen) ist „Der III. Weg“ in Thüringen kaum über den Zustand eines sektiererisch-elitären Aktivismus hinausgekommen. Nach dem Parteievent „Jugend im Sturm“ in Kirchheim (Ilm-Kreis) im Jahr 2018 (Mischung aus Kampfsport, Rechtsrock und politischer Kundgebung) gelang es den Akteuren bzw. der Partei nicht erneut, eine ähnliche Großveranstaltung in Thüringen zu organisieren (2019 Verbot durch Behörde; 2020 Corona-Maßnahmenbedingte Absage dafür und für geplante 1. Mai Kundgebung). Abseits dessen und abseits der Aktivitäten rund um den Neonazi Nico Metze im Großraum Gera wurden die maßgeblichen Strukturen für die Partei von den Kadern der „Volksgemeinschaft“ um die Erfurter Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer gestellt. Nach deren Austritt im Frühjahr/Sommer 2020 und dem späteren Austritt von Nico Metze aus der Partei gibt es noch Aktivitäten und Mitglieder von „Der III. Weg“ in Gera und Erfurt. Dennoch kann die Gründung des Stützpunktes Erfurt/Gotha und die Einrichtung eines Parteibüros in der Kleinstadt Ohrdruf (Landkreis Gotha) nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Der III. Weg“ in Thüringen personell und strukturell zusammengeschrumpft und noch unbedeutender geworden ist.

Die „**Neue Stärke Partei**“ (NSP) ist die jüngste rechtsextreme, dezidiert neonazistisch-rassistische und völkisch-nationalistische Kleinstpartei in Thüringen. Sie wurde im November 2021 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) gegründet (Neue Stärke 2021a; 2021b). Ideologisch, programmatisch-inhaltlich, symbolisch und im Auftreten nach außen weist sie eine hohe Nähe zu „Der III. Weg“ auf. Das dürfte daran liegen, dass die Gründungsmitglieder zuletzt in dieser Partei

⁵ Zum Vergleich: Bei einer ähnlichen Konstellation im Erfurter Stadtteil Herrenberg erreichte eine Kandidatin von „Der III. Weg“ bei der Ortsteilbürgermeisterwahl 37,3% (Mai 2019).

organisiert waren. Die NSP ist hervorgegangen aus der Umbenennung der „Volksgemeinschaft Erfurt e.V.“ zu „Neue Stärke Erfurt e.V.“ (Eigenabkürzung „NS Erfurt“), nachdem die Kader um Enrico Biczysko und Michel Fischer aus „Der III. Weg“ austraten. Die Umgründung vom NS-Verein zur NS-Partei [sic] geschah vermutlich, um ein mögliches Verbot zu erschweren und weiterhin unter das Parteienprivileg zu fallen (siehe Abschnitt 3.1). Damit stellt NSP den neuesten Versuch dieser und andere Personen dar, sich als Partei zu organisieren. NSP ist auch in anderen Bundesländern organisiert (z.B. Ableger in Niedersachsen). In Thüringen hat sie Ortsgruppen bzw. Strukturen in Erfurt, Gera (um Nico Metze, vormals „Der III. Weg“) und Saalfeld-Rudolstadt gegründet. Recherchegruppen aus dem Antifa-Spektrum haben zu diesen Ortsgruppen ausführliche Dossiers vorgelegt (rechercheostthuringen 2022c; Rechercheportal Erfurt 2021; Rechercheportal Jena-SHK 2022). Derzeit verfügt NSP über mindestens ein Mandat im Erfurter Ortsteilrat Melchendorf (Biczysko),⁶ dass er ursprünglich zur Kommunalwahl 2019 als Kandidat von „Der III. Weg“ erhielt (Michelsen et al. 2020, 19 f.). Die Versuche, nach dem Auszug aus der langjährigen „Volksgemeinschaft“-Immobilie in der Stielstraße einen neuen Anlaufpunkt für den NS-Verein bzw. die NS-Partei [sic] aufzubauen, scheiterten bisher (MDR Thüringen 2022c; Demoreport 2021). Unverändert bleiben dürften die gewaltbereiten Versuche, nationalbefreite Zonen und Angsträume zu schaffen, denn für die NPS ist nach Eigenangabe der „wichtigste Punkt“ die „Rückeroberung von deutschen Städten durch deutsche Aktivisten“ (Neue Stärke 2021a).

Sonstige parteiförmige Akteure mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen

Der vorbestrafte Rassist und Neonazi David Köckert (frühere Führungsfigur von „Thügida“, vormals Mitglied bei den rechtsextremen Parteien „Die Rechte“ und NPD Thüringen; Best et al. 2018: insbesondere 101 ff., 114 ff.; 2019: 22) hat angekündigt, zur Kommunal- bzw. Kreistagswahl 2024 im Landkreis Greiz antreten zu wollen. Unklar ist bisher, ob er als Einzelkandidat oder parteilich organisiert antreten will.

Im Landkreis Gotha existiert seit Februar 2020 die Kleinstpartei „**Thüringer Heimatpartei**“, die unter anderem von zwei ehemaligen NPD-Direktkandidaten und von früheren AfD-Mitgliedern (z.T. vom aufgelösten AfD-Ortsverband Friedrichroda) ursprünglich als regionale Wählervereinigung gegründet worden ist (Michelsen et al. 2020, 20; Best et al. 2019, 20). Einer der früheren NPD-Kandidaten ist der Vorsitzende dieser Partei und war deren Wahlkreiskandidat zur Bundestagswahl 2021 (tagesschau.de 2021). Diesbezüglich kam es zu wahlkampfbezogenen Aktivitäten im Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis (Richter/Salheiser 2021b, 40 f.). Die Partei ist programmatisch-inhaltlich „im äußeren rechten Spektrum“ (ebenda) und als zumindest rechtspopulistisch einzuordnen (ebd., 40 f.; tagesschau.de 2021). Das Parteiprogramm ist nach der Bundestagswahl 2021 inhaltlich um kritische Passagen entschärft worden, die noch im Gründungsprogramm von 2020 enthalten waren. Am auffälligsten ist, dass der islamfeindliche, die Religionsfreiheit missachtende und einen rechtsextremen Kampfbegriff (Kerst 2019) propagierende Programmpunkt „3. Islamisierung & Parallelgesellschaften“⁷ entfernt worden ist. Ebenfalls entfernt ist der Unterpunkt „Aufweichung des Tierschutzes aus vorgeblich religiösen Motiven ächten“, der sich vermutlich nur gegen das rituelle Schächten im Islam und nicht im Judentum richtet. Auch bei diesem Punkt wird die Religions- und Glaubensfreiheit missachtet. Außerdem heißt es nunmehr: „Keine politisch motivierte Indoktrinierung unserer Kinder und Jugend“ (ursprünglich: „Keine Indoktrinierung unserer Kinder und Jugend durch links-grüne

⁶ Doreen Lukei legte ihr Mandat im Ortsteilrat Herrenberg im April 2020 nieder. Unklar ist, ob G. Wanjukowa (Ortsteilrat Wiesenhügel) Mitglied von „Neue Stärke Partei“ geworden ist.

⁷ Er enthielt folgende Unterpunkte: „- Islamisierung unserer Heimat stoppen / - islamischen Parallelgesellschaften entgegenwirken / - Verbot islamischer Machtsymbolik“.

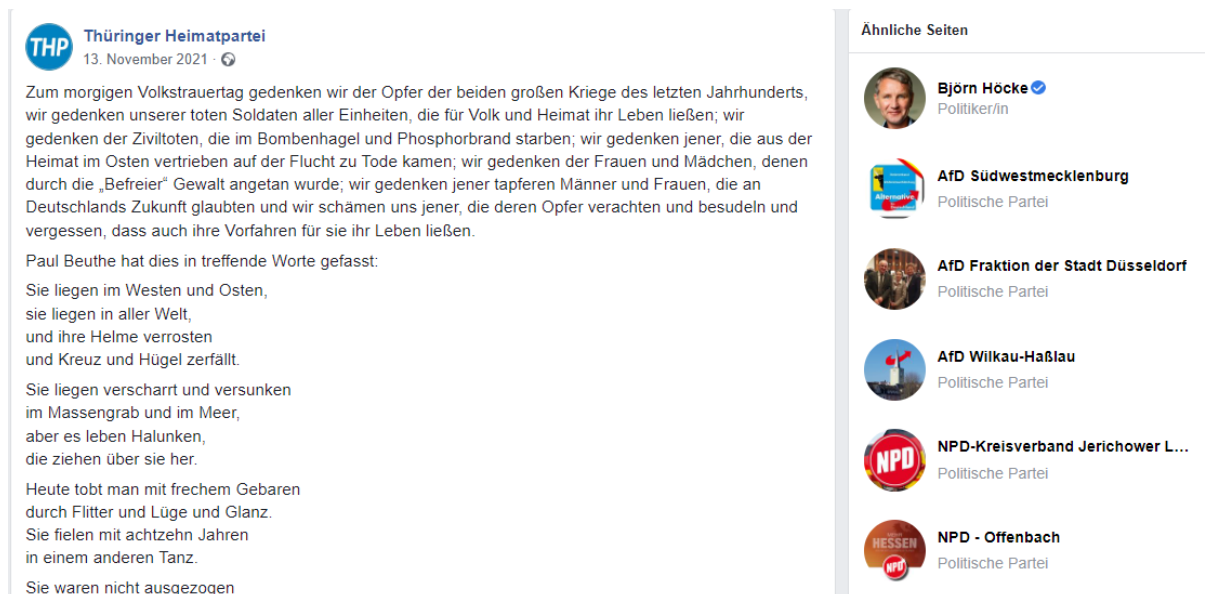


Abb. 8: Gedicht zum Volkstrauertag (Gedicht im Ausschnitt)

Bildquelle: Facebook „Thüringer Heimatpartei“, 21.11.2021

Ideologen“). Allerdings blieb der Punkt „Vermittlung eines positiven Heimatbewusstseins bereits ab dem Kindergarten“ bestehen. Innere Sicherheit und eine punitive Asyl- und Migrationspolitik bzw. Nulltoleranzstrategie in Bezug auf Einwanderung sind weiterhin die wichtigsten Programmpunkte. Im November 2021 veröffentlichte die Partei auf ihrem offiziellen Facebook-Profil zum Volkstrauertag einen Beitrag mit einem Gedicht von Paul Beuthe (vgl. Abb. 8). Die offenbar selbstverfasste Einführung in dem Beitrag ist eine geschichtsrelativierende Fokussierung auf die deutschen Opfer im Zweiten Weltkrieg durch die Siegermächte unter Ausblendung des Holocaust oder der Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Das ist dieselbe Form von rechts-extremen Geschichtsrevisionismus, wie er auch von Björn Höcke betrieben wird (AfV 2021, 26). Daran anschließend wird das Gedicht „Zur Wehrmachtsausstellung“ von Paul Beuthe in voller Länge angefügt. Das Gedicht entstand als Kritik an der Wehrmachtsausstellung in Österreich, um „all jene als *Halunken* zu qualifizieren, die Verbrechen der Wehrmacht nicht unter den Tisch gekehrt sehen wollen.“ (Traxler 2002, Hervorhebung im Original, unter Bezugnahme auf die 7. Zeile im Gedicht, siehe Abb. 8) Der Dichter bewegte sich seinerzeit offenbar in einem geschichtsrevisionistischen, Holocaust-relativierenden bis -leugnenden Umfeld (ebenda). Der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke hat das Gedicht 1997 als Liedtext rezipiert bzw. vertont (unter dem Titel „Sie liegen im Westen und Osten“).

Vereinsförmiger Rechtsextremismus in Thüringen

Bei den anderen formell vereinsförmig organisierten rechtsextremen Angebotsstrukturen gab es im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) keine Veränderungen. Die Angaben in Tabelle 6 zu in Thüringen ansässigen rechtsextremen Vereinen seit 2015 in (ebd., 21) haben sich nicht geändert, d.h. die damals noch aktiven **rechtsextremen Vereine**⁸ sind im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 weiterhin aktiv gewesen oder haben sich lediglich umbenannt und umstrukturiert (siehe „Neue Stärke Partei“).

Die rechtsextreme Burschenschaft „**Normannia zu Jena**“ wollte sich 2019 ursprünglich vertagen, das geschah aber offensichtlich nicht (Dieckmann et al. 2022, 19; Haak 2019). Im Gegenteil nahmen Normannia-Burschenschafter im August 2020 an einer Mensur in Jena

⁸ Gemeint sind damit: Barbaria Sportgemeinschaft; Deutscher Zivilschutz; Flieder Volkshaus; Gedächtnisstätte; Lebenskurve; Schlesische Jugend. Näheres dazu in Michelsen et al. 2020, 21.

(Rechercheportal Jena-SHK 2020a) und zuletzt im Juni 2022 am Burschentag der Deutschen Burschenschaft in Eisenach teil⁹. Außerdem wirkt ein Teil bei „Sache des Volkes“ mit (siehe Abschnitt 3.3).

Die „**Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB**“ ist weiterhin als neu rechts einzuordnen (Dieckmann et al. 2022, 18f.; Michelsen et al. 2020, 22). Laut Eigenangaben nahmen im Zeitraum Mitglieder mehrfach an Veranstaltungen des „Institut für Staatspolitik“ (IfS) in Schnellroda (Sachsen) teil. Im November 2021 hielt Jonas Schick einen Vortrag bei der Burschenschaft.¹⁰ Schick ist unter anderem regelmäßiger Autor bei *Sezession*, der IfS-Zeitschrift unter Chefredaktion von Götz Kubitschek. Das neu rechte IfS wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall, vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft und ist eng verzahnt mit der AfD (BfV 2022, 78 f.; 2021, 84 f.; VfS Sachsen-Anhalt 2022, 79 ff.; 2021, 66 ff.). Ein Burgkeller-Burschenschafter soll nach SPIEGEL-Informationen (Müller 2022) mittlerweile Alice Weidel (Fraktionschefin der AfD-Bundestagsfraktion) zuarbeiten.¹¹

3.3 Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen

Informell organisierte rechtsextreme Angebotsstrukturen sind fluidere Strukturen mit geringeren Zugangshürden und weniger Hierarchien (z.B. Kameradschaften, Bürgerwehren, Netzwerke, Kampagnen). Bei diesen hat sich in den letzten Jahren und im Vergleich zur vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) relativ wenig geändert.

Die Angaben zu **Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen** in Thüringen, die in der vorherigen Gefährdungsanalyse in Tabelle 7 zusammengefasst sind (Michelsen et al. 2020, 22 f.), haben sich nicht geändert, d.h. die damals noch überwiegend virtuell aktiven Bürgerwehren mit rechtsextremen Bezügen in Thüringen sind im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nach Quellenlage weiterhin ausschließlich virtuell aktiv gewesen. Zusammen mit weiteren nur noch rein virtuell aktiven Diskussionsgruppen mit rechtsextremen Bezügen in den sozialen Medien, die ohne erkennbare Gruppenorganisation im öffentlichen Raum nach außen auftreten, betrifft das nach Quellenlage: „Bürgerforum Meuselwitz“, „Apolda steh auf!“, „Für Arnstadt“ (vormals „Stadtwa- che“ bzw. „Bürgerwehr Arnstadt“, ursprünglich NPD-nahe „Patriotische Bürger für Arnstadt“), „Nationale Front Deutschland“ (virtuell, Schwerpunkt Gotha) und „Bürgerwehr Piesau-Lichte“ (Michelsen et al. 2020, 22 f.).

Neu hinzugekommen sind netzwerk-artige, AfD-nahe Mimikry-Organisationen bzw. Strukturen in Ostthüringen um den rechtsextremen, antisemitischen Reichsbürger und Verschwörungsideologen Frank Haußner, dessen Aktivitäten in Thüringen im Zuge der Corona-Proteste wieder deutlich zunahmen (rechercheostthueringen 2022a; 2022b; Rechercheportal Jena-SHK 2021c; 2020b). Der Schwerpunkt der Aktivitäten ist Zeulenroda (Landkreis Greiz), Gera und das Bundesländergrenzen überschreitende Vogtland. Bereits während der sogenannten Flüchtlingskrise war Haußner in der asyl- und fremdenfeindlichen Gruppe „Bürgerprotest Ostthüringen“ aktiv beteiligt. Seit 2018 führt er die Nachfolgegruppe „**Patrioten Ostthüringen**“ an. Unter diesem Label nahm Haußner an Corona-Proteste unter anderem in Thüringen teil (z.B. am 31.10.2020 in Schmalkalden, siehe hierzu Themenfeld „antisemitische Chiffren“ in Tab. 5; Beilmann et al. 2022) oder er organisierte solche Demonstrationen selbst (unter anderem in Zeu-

⁹ <https://twitter.com/korpokritik/status/1536102764270477313> (Abruf: 22.08.2022).

¹⁰ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2807440316219669&id=1409585032671878 (Abruf: 18.08.2022).

¹¹ Außerdem dazu: <https://twitter.com/LSARechtsaussen/status/1539332541978750976> (Abruf: 22.08.2022).

lenroda; Börner 2020a; 2020b; 2020c; Rechercheportal Jena-SHK 2021c). Bei seinen Äußerungen und Reden waren antisemitische und Reichsbürger-Bezüge offensichtlich erkennbar (ebenda; Beelmann et al. 2022; Richter/Salheiser 2021a, 81). Außerdem nahmen bei den Protesten in Zeulenroda Akteure von „Der III. Weg“ sichtbar bzw. erkennbar teil. Diffamierende Plakate, auf denen Politiker*innen wie Karl Lauterbach, der Virologe Christian Drosten, die ZDF-Journalistin Dunja Hayali oder Bill Gates in Sträflingskleidung mit der Aufschrift „Schuldig“ abgebildet sind, stammen aus dem Umfeld der Gruppe. Haußner, Robby Schlund (damals noch MdB und Mitglied der AfD Thüringen) und Teile des AfD-Kreisverbandes Saale-Orla führten diese erstmals bei einer Querdenken-Demonstration in Berlin im August 2020 mit (DJV 2020; Hagen 2020). Haußner gehört ebenfalls zu den Führungspersonen, die Ende 2021 „**Freies Thüringen**“ und „**Freie Jugend**“ gegründet haben. Es handelt sich dabei um einen Ableger der rechtsextremen Gruppe „Freie Sachsen“. Zwischen den Gruppen bestehen Kooperationen (v.a. durch gegenseitige Teilnahme bei Demonstrationen). „Freies Thüringen“ betreibt wie „Freie Sachsen“ eine Strategie der Mimikry: Sie versuchen, über ihre politische Zugehörigkeit zur rechtsextremen Bewegung hinwegzutäuschen und geben sich nach außen selbstverharmlosend als vermeintlich bürgerliche Gruppe. Ziel ist es, eine bessere Anschlussfähigkeit an nicht-rechtsextreme Milieus zu erlangen und dadurch mehr Personen bei Protesten zu mobilisieren. In der Telegram-Gruppe von „Freies Thüringen“ wird in einem Beitrag (vgl. Abb. 9) nicht nur der Holocaust hinterfragt und mit antisemitischen Topoi verknüpft („dämonische Menschen“ würden die „Wahrheit“ unterdrücken). Sondern es wird so argumentiert, als sei die *gesellschaftliche* Sanktionierung und Ächtung der Leugnung von Corona oder des anthropogenen Klimawandels (beides Äußerungen, die im Rahmen der Meinungsfreiheit gem. Art. 5 GG erlaubt und straffrei sind) nun auf einer Ebene wie die der Holocaustleugnung (eine *strafbare*, weil volksverhetzende Meinungsäußerung) angelangt. Damit wird die Holocaustleugnung verharmlost und soll salonfähiger werden. Bei einem Protest von „Freies Thüringen“ im Juli 2022 bedankte sich Haußner für ein Lied des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennicke über das Vogtland.¹² Strukturen wie „Patrioten Ostthüringen“ und „Freies Thüringen“ versuchen als rechts-extreme, antidemokratische Reichsbürger*innen-Mimikry, das eigene, ideologisch nahestehende Klientel zusammen mit eher bürgerlichen Milieus zu mobilisieren, zu vermischen und sodann daran anzudocken, um die eigene Ideologie verbreiten und normalisieren zu können. Außerdem war Haußner ursprünglich namentlich als Diskutant von „Patrioten Ostthüringen“ aufgelistet für die „Diskussion: ‚Braucht Widerstand Parteien und Organisationen?‘“ auf dem 1. Netzwerktag von der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“, die im September 2022 in Eisenach stattfinden soll.¹³ Mittlerweile fehlt sein Name als Diskutant, nicht aber der von „Patrioten Ostthüringen“.¹⁴

¹² <https://twitter.com/ostdivan/status/1551901629842132994> (Abruf: 22.08.2022).

¹³ <https://twitter.com/SWAProtest/status/1547920775729987590> (Abruf: 22.08.2022).

¹⁴ <https://deutsche-stimme.de/netzwerktag/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

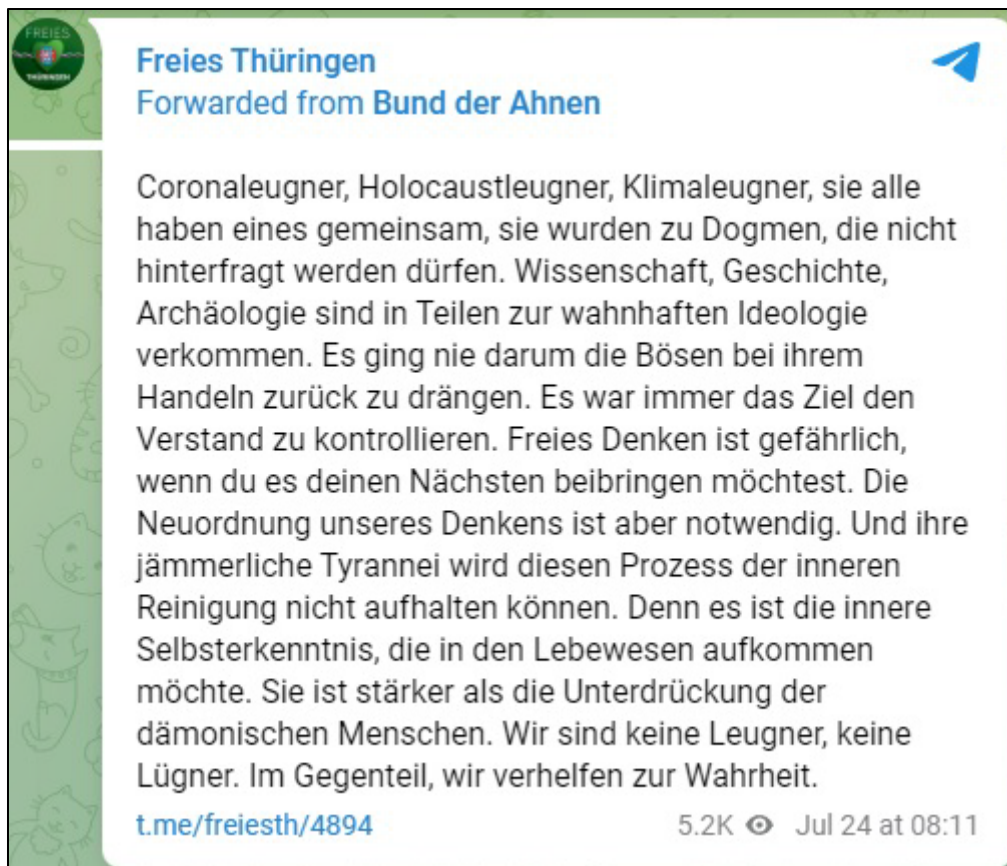


Abb. 9: Verharmlosung des Holocausts im Telegram-Kanal von Freies Thüringen (Ausschnitt)

Bildquelle: Telegram Gruppe „Freies Thüringen“, 24.07.2022, <https://t.me/freiesth/4894> (Abruf: 20.08.2022)

Ebenfalls neu hinzugekommen ist die Gruppe **„Aufbruch und Erneuerung“**, die seit Mai 2020 im Großraum Kahla aktiv ist und sich Anfang 2022 in **„Sache des Volkes“** umbenannt hat (Aufbruch-Erneuerung.org 2022). Die Gruppe nimmt hierbei bewusst („In dieser Tradition stehend“, ebenda) Bezug auf die westdeutsche neu rechte Querfront-Organisation „Sache des Volkes“ aus den 1970ern, an der unter anderen Henning Eichberg beteiligt war (apabiz 2005). Eichberg ist Vordenker des neu rechten Konzeptes des Ethnopluralismus (Eichberg 1978, 7-36).

Die Gruppe „Aufbruch und Erneuerung“ soll von genuin neu bis extrem rechten Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen Wohngemeinschaft und Szene-Immobilie „Burg 19“ in Kahla (Saale-Holzland-Kreis) gegründet und organisiert worden sein (Rechercheportal Jena-SHK 2021b; dazu außerdem: Aufbruch-Erneuerung.org 2021). Nach Eigenangaben seien „einzelne Mitglieder“ der rechtsextremen Burschenschaft Normannia zu Jena „an Aktionen beteiligt“ (ebenda) und Personen „aus dem fränkischen Raum“ (Aufbruch-Erneuerung.org 2022) Teil der Gruppe. Die Gruppe veranstaltet neben geschichtsrevisionistischen Gedenken zum Volkstrauertag häufig Lesungen und Buchbesprechungen. Diese Aktivitäten, die ursprünglich breitenwirksame Selbstbezeichnung und Umbenennung sowie die Beiträge im eigenem Webblog der Gruppe geben sich als rechtsintellektuell und sind von einer Kapitalismuskritik von rechts geprägt. Dadurch sollen die rechtsextrem-neonazistischen Wurzeln durch eine nationalrevolutionäre Querfrontstrategie verschleiert werden, um größere Anschluss- und Diskursfähigkeit zu

erlangen. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gruppe in ihrem Blog beispielsweise dem rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab eine Plattform bietet,¹⁵ oder auf Benedikt Kaiser verweist.¹⁶ Kaiser ist ein neu rechter Querfrontler und regelmäßiger Autor bei *Sezession*, der IfS-Zeitschrift unter Chefredaktion von Götz Kubitschek. Außerdem veröffentlichte die Gruppe im Juli 2022 zum gleichen Zeitpunkt dieselbe Art von Pressemitteilung über ein Gründungstreffen des „Koordinierungsrat in Thüringen“,¹⁷ die nach Quellenlage nur noch von der teilnehmenden Thüringer NPD veröffentlicht wurde. Diese konzertierte Aktion weist darauf hin, dass die Gruppe dieses Vorhaben zumindest unterstützt und womöglich an dem Gründungstreffen teilnahm.

Erstmal fanden 2019 im Altenburger Land sogenannte **Impfkritische Stammtische** statt. Diese werden aus dem Umfeld des völkisch-neonazistischen Hammerskin Thomas Gerlach organisiert (Altenburg Rechtsaußen 2022; EXIF Recherche 2021b). Gerlach war Zeuge im NSU-Prozess, weil er sich Jahre lang „im politischen Umfeld der NSU-Angeklagten Ralf Wohlleben und André Eminger“ bewegte (ZEIT Störungsmelder 2014). Er arbeitete mit dem verurteilten NSU-Unterstützer Wohlleben „jahrelang politisch eng zusammen“ (Röpke 2015) und hielt ihn für ein „Bauernopfer“, dass „Hochachtung“ dafür verdiene, dass er im NSU-Prozess an seinen „Ideen“ festhielt (Thomas Gerlach, jeweils zit. nach Litschko 2017). Während der Corona-Pandemie führte die Gruppe um Gerlach Protestaktionen in Altenburg gegen die Corona-Maßnahmen durch. Im November 2021 gründete Gerlach, beruflich Altenpfleger, den „**Arbeitskreis kritische Pflegekräfte**“ mit (Altenburg Rechtsaußen 2022).

3.4 Angebotsstrukturen im sub- und jugendkulturellen Feld

Bei den sub- und jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen in Thüringen gab es seit der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) einige Veränderungen.

Erstens sind der Staatsschutz und der Rechtsstaat gegen drei subkulturelle rechtsextreme Gruppierungen gerichtlich vorgegangen bzw. geht gegen diese vor (d.h. Verfahren sind mit rechtskräftigem Gerichtsurteil abgeschlossen oder noch im Gange). Das betrifft:

- die rechtsextreme (dezidiert neonazistische, antisemitische, rassistische und homophobe) Hooligangruppe „**Jungsturm Erfurt**“ (überregional aktiv/organisiert)
- die neonazistischen, rockerähnlichen organisierten Strukturen der „**Bruderschaft Thüringen**“ bzw. die „**Turonen**“ und „**Garde 20**“ (Großraum Gotha)
- die neonazistische NPD-nahe Kampfsportgruppe „**Knockout 51**“ aus Eisenach (Wartburgkreis)

Durch die Razzias und Gerichtsverfahren sowie (Untersuchungs-)Haft sind die Aktivitäten und Strukturen dieser Gruppen vorläufig bzw. gegenwärtig und zeitweise stark eingeschränkt bzw. geschwächt. Unklar ist, ob und inwiefern sich die weiteren Mitglieder der jeweiligen Gruppen, die nicht von den Maßnahmen betroffen gewesen sind, verhalten bzw. organisieren und ggf. umgruppieren könnten (siehe unten).

¹⁵ Beispielsweise in <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/06/sache-des-volkes/> und <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/05/20/kriegsschuld/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

¹⁶ Beispielsweise in <https://t.me/AundE/432> und <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/19/das-bewaffnete-wort-zur-erinnerung-an-gunter-maschke/> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

¹⁷ Vergleiche <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/07/20/koordinierungsrat-in-thuringen-gegrundet/mit> <https://npd-thuringen.de/?p=6430> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

Zweitens ist im Phänomenbereich der rechtsextremen Reichsbürger*innen eine Gruppierung neu hinzugekommen, die in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 aktiv gewesen ist („Vaterländischer Hilfsdienst“, siehe weiter unten). Drittens ließen sich nach Quellenlage drei neue rechtsextreme Jugendgruppen identifizieren, die im oben genannten Zeitraum in Thüringen aktiv waren (in Weimar, in Arnstadt im Ilm-Kreis und in Ostthüringen, siehe weiter unten).

Rechtsstaatliche Maßnahmen gegen drei subkulturelle rechtsextreme Gruppierungen in Thüringen

Im Februar 2021 hat das Landgericht (LG) Gera vier Mitglieder von „**Jungsturm Erfurt**“ unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch zu Haftstrafen von jeweils über zwei Jahren verurteilt. Das Gericht stufte die Gruppe als gewaltbereit und kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB) ein, d.h. die Gruppe war darauf ausgelegt, Straftaten zu begehen. Mitglieder von „Jungsturm Erfurt“ haben beispielsweise an Bahnhöfen in Saalfeld und Gotha 2018 und 2019 gegnerische, als links geltende Fußballfans gezielt angegriffen und verletzt. Bei einem dieser Überfälle wurden diese „zum Teil bewusstlos geprügelt, sexistisch beleidigt und um einiger Fan-Utensilien beraubt.“ (EXIF Recherche 2021a) Außerdem nahm die Gruppe mehrfach an sogenannten Ackermatches teil (Haak 2021; EXIF Recherche 2021a). Solche abgesprochenen Schlägereien unter Hooligans hat der Bundesgerichtshof (BGH) bereits 2015 als organisierte, gemeinschaftliche Körperverletzung verboten (BGH, 22.01.2015 - 3 StR 233/14). Im Revisionsprozess vor dem BGH wurde das Urteil des LG für drei der vier Mitglieder bestätigt. Im anschließenden Revisionsverfahren vor dem LG wurde der vierte Angeklagte erneut verurteilt. Seine Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Damit sind die Urteile rechtskräftig (MDR Thüringen 2022b; 2022d).

Das Gerichtsverfahren gegen die Führungsriege der „**Turonen**“ hat im Juni 2022 begonnen. Nach dem Ende des Ballstädt-Prozesses, bei dem die damaligen Angeklagten nach einem brutalen Überfall auf eine Kirmesgesellschaft am Ende gegen Geständnis eine Bewährungsstrafe erhielten (Litschko 2021; kritisch zum Prozess und Urteil: Kahlen/Pietrzyk 2022; ezra 2022), ist das das zweite größere Gerichtsverfahren gegen die Gruppierung aus dem Großraum Gotha. Dieses Mal geht es um organisierte Kriminalität, d.h. Straftaten wurden planmäßig und arbeitsteilig begangen, um dadurch unter anderem finanzielle Gewinne zu erzielen.¹⁸ Den neun Angeklagten wird vorgeworfen, mit Drogen gehandelt sowie Geldwäsche und Zwangsprostitution betrieben zu haben. Der Prozess ist vorerst bis Dezember 2022 terminiert (Budler 2022; Ertl 2022; Exakt - Die Story 2022; Litschko 2022).

Im April 2022 gab es eine bundesweite Razzia gegen die verbotene, militant-neonazistische Gruppe „**Combat 18**“ (übersetzt etwa: „Kampfgruppe Adolf Hitler“), gegen die rassistische, mutmaßlich terroristische „Atomwaffendivision Deutschland“ und gegen die NPD-nahe Neonazi-Kampfsportgruppe „**Knockout 51**“ aus Eisenach (Wartburgkreis) (Bräutigam et al. 2022; Lauer/Manemann 2022; MDR Thüringen 2022a). Die Führungspersonen von „Knockout 51“, darunter Leon R., sitzen derzeit in Untersuchungshaft (GBA 2022b). Der Generalbundesanwalt (GBA) bzw. die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung zu sein und seit März 2020 „auf die Begehung von erheblichen Straftaten ausgerichtet“ gewesen zu sein (darunter gefährliche Körperverletzung, auch unter Einsatz von Hieb- und Stichwaffen) (GBA 2022a). Beispielsweise wollten sie auf Anti-Corona-Demos, Linke und „Bullen“ „klatschen“ (zitiert nach Spilcker 2022). Die Bundesanwalt-

¹⁸ Definition des Bundeskriminalamtes zu „Organisierte Kriminalität“ unter: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/OrganisierteKriminalitaet/organisiertekriminalitaet_node.html (Abruf: 22.08.2022).

schaft (GBA 2022a) führt weiter aus, dass „Knockout 51“ „unter dem Deckmantel des gemeinsamen körperlichen Trainings junge, nationalistisch gesinnte Männer anlockt, diese bewusst mit rechtsextremem Gedankengut indoktriniert und für Straßenkämpfe ausbildet. Die Trainings finden [...] in Eisenach regelmäßig in den Räumlichkeiten der Landesgeschäftsstelle der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), dem ‚Flieder Volkshaus‘, statt.“ Sie haben versucht, in Eisenach „einen sogenannten ‚Nazi-Kiez‘ zu schaffen und sich dort als bestimmende Ordnungsmacht zu etablieren.“ Dabei ging es ihnen „auch um die gezielte Provokation von Gewalt sowie den aktiven Kampf gegen den politischen Gegner.“ Die Gruppe wurde im November 2021 zum Schein aufgelöst. „Seitdem treten Anwärter auf Geheiß von Leon R. in die Jugendorganisation der NPD, ‚Junge Nationalisten‘ (JN) ein.“ (GBA 2022a) Zwischen Mitgliedern von „Jungsturm Erfurt“ und „Knockout 51“ gibt es durch persönliche Kontakte eine enge Verbindung (AGST 2021; EXIF Recherche 2020).

Weitere Angebotsstrukturen in der rechtsextreme Hooligan- und Kampfsportszene in Thüringen

Neben der rechtsextremen Hooligan-Gruppe „Jungsturm Erfurt“ (siehe oben) sind rechtsextreme **Hooligans in einer Fußball-Kameradschaft in Jena** organisiert (Rechercheportal Jena-SHK 2021a).

Neben „Knockout 51“ (siehe oben) sind die Kampfsportgruppen, die in der vorherigen Gefährdungsanalyse (Michelsen et al. 2020) aufgrund ihrer Aktivitäten und Kämpfer*innen in Teilen bis gänzlich als rechtsextrem eingeordnet worden sind (z.B. wegen Teilnahme an rechtsextremen Kampfsportevents), im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 weiterhin in Thüringen aktiv gewesen. Das betrifft die **„Barbaria Sportgemeinschaft Schmölln“** (Altenburger Land) und **„Wardon 21“** (Südthüringen). Im Fall des in ebenda genannten „Team Bäumler“ vom „ASC Ronneburg“ (Greiz) ist einschränkend hinzuzufügen, dass aufgrund der Corona-Pandemie kaum bis keine Wettbewerbsaktivitäten möglich waren, sodass deren erneute Nennung nach aktueller Quellenlage unter Vorbehalt zu betrachten ist.

Rechtsextreme Angebotsstrukturen aus dem Bereich des Reichsbürger*innen-Phänomens in Thüringen

In Thüringen sind einige Reichsbürger*innen-Gruppen aktiv (AfV 2021, 55; Michelsen et al. 2020, 26 f.). In Ilmenau (Ilm-Kreis) ist weiterhin ein Ableger des rechtsextremen, antisemitischen (BfV 2022, 104) Reichsbürger*innenprojektes **„staatenlos.info“** aktiv (Beelmann et al. 2020, 26). Bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Südwestthüringen nahmen häufig Personen aus dem Umfeld der sogenannten **„Verfassungsgebenden Versammlung“** teil. Der Betreiber einer Gaststätte in Saalfeld (Saalfeld-Rudolstadt) hat sich im November 2019 dem Reichsbürger-Fantasiestaat **„Königreich Deutschland“** von Peter Fitzek angeschlossen. Er meldete sein Gewerbe ab, betrieb die Gaststätte aber rechtswidrig weiter. Im November 2020 fand dort ein bundesweites Vernetzungstreffen des selbsternannten Fitzek-Königreiches statt, an dem auch Personen aus dem Querdenker*innen-Umfeld teilnahmen (unter anderem Michael Ballweg). Im August 2021 hat das Landesverwaltungsamt dem Betreiber das Gewerbe untersagt. Seit November 2021 versucht der Reichsbürger-Gastwirt das Objekt zu verkaufen (Berg 2021).

Neu hinzu gekommen ist der **„Vaterländischer Hilfsdienst“** (VHD). Das ist eine im August 2019 gegründete Unterorganisation der Reichsbürger*innen-Gruppierung **„Bismarcks Erben“** (auch: „Ewiger Bund“ und „Preußisches Institut“). Diese Gruppierung existiert seit 2018 und wird vom

Verfassungsschutz beobachtet (BfV 2022, 105; 2021, 116).¹⁹ Grundannahme der Gruppe ist, dass das Bismarck'sche bzw. Deutsche Kaiserreich im Gebietszustand von 1914, die Monarchie und dessen Rechtsordnung noch heute unverändert existiert bzw. gültig ist (vgl. Abb. 10). Mit Hilfe des VHD und sogenannte Armeekorpsbezirke wollen sie dieses Kaiserreich „reorganisieren“ bzw. „wiedererwecken“. ²⁰ Um mitwirken zu können, müssen Personen einen Abstammungsnachweis gem. RuStAG 1913 (Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz von 1913)²¹ erbringen. Thüringen existiert in der Vorstellung dieser Gruppe nicht, weil das Staatsgebiet als Bestandteil der sogenannten Armeekorpsbezirke IV und XI sowie früherer Herzog- oder Fürstentümer etc. angesehen wird. Laut Eigendarstellung fanden zwischen November 2020 und Juli 2022 fast zwei Dutzend Treffen in Thüringen statt (am meisten im Wartburgkreis und Kyffhäuserkreis). Die Gruppe soll inhaltlich „offensichtlich[e]“ (Richter/Salheiser 2021b, 54) Bezüge in das rechtsextreme Spektrum der Reichsbürger*innen haben. Neben den für Reichsbürger*innen üblichen Überschneidungen zum Rechtsextremismus (Geschichtsrevisionismus; Ablehnung der bestehenden Bundesrepublik, des politischen Systems etc.; Michelsen et al. 2020, 26) sind es beim VHD noch die folgenden Aspekte: die Art des Abstammungsnachweises gem. RuStAG 1913 weist nationalistisch-völkische Züge auf, weil das Abstammungsprinzip der VHD vereinfacht lautet, Deutsche*r kann nur sein, wer als Kind deutscher Eltern geboren ist. Die Vorstellung von Deutschland in den Grenzen von 1914 ist gebietsrevisionistisch. Grafiken des VHD sprechen „Patrioten, Nationalisten und identitäre“ [sic!] an oder werben damit, „Auch Du kannst ein Hermann sein“. ²² Zuletzt können die positiv-affirmative Berufung auf die kaiserliche Monarchie und das Kaisertum als Diktaturaffinität gedeutet werden.

In Thüringen traten die oben genannten Reichsbürger*innen-Gruppen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 nicht erkennbar gewalttätig auf. Allerdings tragen sie ihre Vorstellungen nicht selten in aggressiver und apodiktischer Art und Weise vor. Sie misstrauen nicht nur dem bestehenden politischen System und dessen Repräsentant*innen, sondern sie legitimieren und propagieren auch Gewalt in Form einer angeblichen Pflicht zum Widerstand gegen jene, weil diese in den Augen der Reichsbürger*innen beispielsweise illegitim handeln würden.

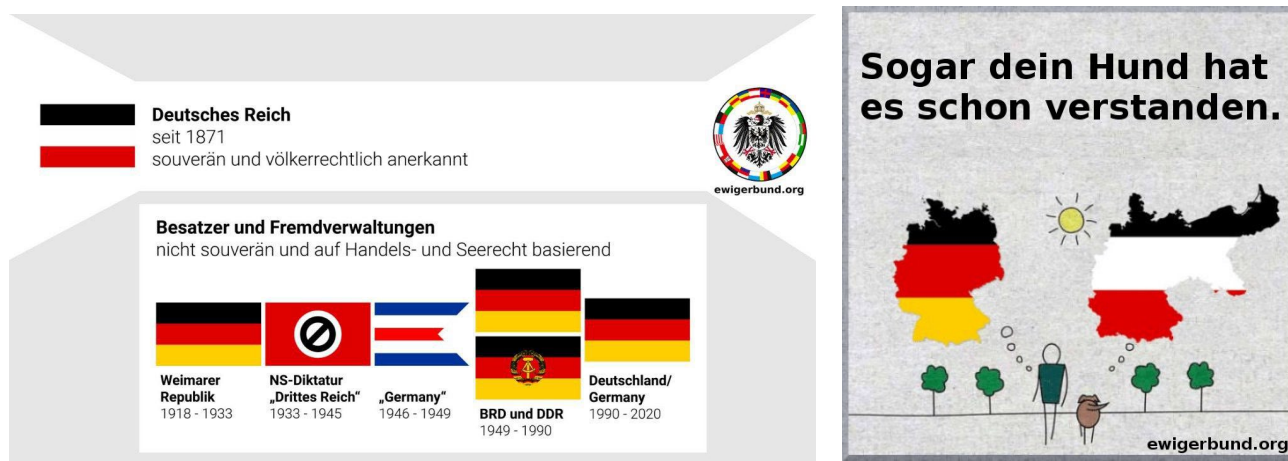


Abb. 10: Grundvorstellungen des Vaterländischen Hilfsdienstes

Bildquellen: VHD/Ewiger Bund, <https://www.hilfsdienst.net/grafiken.html> (Abruf: 19.08.2022).

¹⁹ Dazu außerdem: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/reichsbuerger-und-selbst-verwalter/bismarcks-erben-eine-schnell-wachsende-reichsbuerger-gruppierung.html> (Abruf: 22.08.2022).

²⁰ <https://www.hilfsdienst.net/wiedererweckung-des-vhd.html> (Abruf: 22.08.2022).

²¹ Das RuStAG regelte, wie eine Person die deutsche Staatsangehörig erwirbt (erhält). Das RuStAG trat erstmals 1913 in Kraft und wurde seither mehrfach durch Gesetz geändert, ergänzt und inhaltlich überarbeitet. Das Staatsangehörigkeitgesetz (StAG) löste das RuStAG zum 1. Januar 2000 ab.

²² Vgl. <https://www.hilfsdienst.net/grafiken.html> (Abruf: 22.08.2022).

Rechtsextreme Akteure und Angebotsstrukturen im jugendkulturellen Bereich in Thüringen

Im Bereich der jugendkulturellen rechtsextremen Angebotsstrukturen sind formal weiterhin die „Schlesische Jugend“ (Arnstadt-Marlishausen, Ilm-Kreis) und die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationalisten“ (JN), in Thüringen aktiv. Für Erstgenannte sind für bzw. in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 keine eigenständigen Aktivitäten bekannt. Für die JN und dessen Mimikry-Kampagne „schülersprecher.info“ gilt dasselbe. Bekannt ist, dass es eine interaktive Diskussionsrunde im Mai 2020 mit Sanny Kujath von „Junge Revolution“ (siehe unten) gab. Dafür warben aber lediglich die JN-Deutschland und JN-Sachsen.²³ Allerdings sind die JN-Strukturen zuletzt als Tarnung für Anwärter von „Knockout 51“ genutzt worden (siehe oben).

Das 2019 gegründete neonazistische Medienprojekt „**Junge Revolution**“ von Sanny Kujath soll sich wegen der Beobachtung durch den Verfassungsschutz (AfV 2021, 41 f.) mittlerweile aufgelöst haben (Arnold et al. 2021).

Es gibt Hinweise auf zwei lose organisierte Jugendgruppen in **Weimar** und **Arnstadt** (Ilm-Kreis). In Weimar kam es wiederholt zu Sachbeschädigungen an einem lokalen antirassistischen, antifaschistischen und queerelementarischen Kleincafé. Bei einem Übergriff auf das Lokal im Juni 2022 geschah dies aus einer kleinen Gruppe von Jugendlichen heraus (Hasselmann 2022; Wiemann 2022). Nach Einschätzung zivilgesellschaftlicher Akteure im Ilm-Kreis gibt es „Hinweise auf eine sich formierende kampfsportaffine und rechtsextreme Jugendclique in Arnstadt“ (Richter/Salheiser 2021b, 48).

Die rechtsextreme Gruppe „**Freie Jugend**“ ist ein Ableger von „Freies Thüringen“ und dem Umfeld „Patrioten Ostthüringen“ zuzuordnen (siehe Abschnitt 3.3).

3.5 Fazit: Keine Erosion rechtsextremer Strukturen und der Problemfall AfD

In Thüringen sind gegenwärtig weiterhin dutzende extrem und neu rechte Organisationen, Gruppen etc. aktiv (siehe Tab. 5). Deren Anzahl, Aktivitätsgrad, Erscheinungs- und Organisationsform unterscheiden sich (siehe Abschnitt 3.2 bis 3.4). Zu beobachten ist, dass sich einige davon in den letzten Jahren in einzelnen Regionen in unterschiedlicher Art und Weise weiter verfestigt und verankert haben (Best et al. 2018: 131 ff.) sowie versucht haben, sich überregional zu vernetzen. Allerdings mangelt es gegenwärtig (unter Ausblendung der völkisch-nationalistischen AfD) an einem organisationsübergreifenden, aktions- und kampagnenfähigen, identitätsstiftenden rechtsextremen Akteur (Person, Organisation, Struktur etc.), der bzw. die landesweit aktiv und vernetzt ist bzw. sind. Fraglich ist, ob der neu gegründete „Koordinierungsrat in Thüringen“ daran etwas ändern wird. Statt einer Erosion, Zersplitterung oder Fragmentierung sollte eher von einer zunehmenden organisationalen Regionalisierung und Parzellierung gesprochen werden: Unterschiedliche rechtsextreme Strukturen sind regional verteilt und haben sich dort jeweils als maßgebliche Akteure verfestigt und vernetzt. Anstatt einer tatsächlichen Vergrößerung der rechtsextremen Bewegung fand eher eine räumliche Aufteilung statt. Die rechtsextremen Akteure haben sich organisatorisch aufgeteilt (parzelliert) ohne die rechtsextreme Bewegung damit tatsächlich zu vergrößern. Als Gründe für diese Aufteilung können Unterschiede in der strategischen und programmatisch-ideologischen Ausrichtung und der Einstellung gegenüber dem Einsatz von Gewalt sowie persönliche Befindlichkeiten und Animositäten angesehen werden. Dies hat dazu geführt, dass die Bereitschaft zur Kooperation

²³ <https://twitter.com/JNDeutschland/status/1263149612619137025> und <https://twitter.com/JnBuVo/status/1263144289749663746> (Abruf jeweils: 22.08.2022).

unter- bzw. miteinander gering ist. Gegen eine Erosion spricht, dass ein Großteil dieser Akteure seit Jahrzehnten innerhalb der rechtsextremen Bewegung aktiv ist. Es sind erklärte, häufig neonazistisch-rassistisch ideologisierte sowie nicht selten gewaltbereite bis gewalttätige Personen und Gruppen, die letztlich als notorische Feinde der liberalen, pluralistischen Gesellschaft und Demokratie gelten können. Die Hintergründe für rechtsstaatliche Maßnahmen gegen drei kriminelle Gruppierungen aus dem Bereich der rechtsextremen Subkultur (siehe Abschnitt 3.3) verdeutlichen noch einmal die konkrete Gefahr von Rechtsextremismus für die Gesellschaft und den Staat. Außerdem spricht gegen die Erosion, dass einige rechtsextreme Gruppen im Zuge der Corona-Pandemie einen neuen Aufschwung erlebten (z.B. „Erfurt zeigt Gesicht“ und „Patrioten Ostthüringen“).

Unter Ausblendung der AfD sind die vorhandenen rechtsextremen, zumeist dezidiert neonazistischen Kleinstparteien in Thüringen landesweit absolut bedeutungslos. Allerdings erhalten sie in einigen Regionen größeren und z.T. bedenklichen elektoralen Rückhalt, wenngleich sie machtpolitisch keine Rolle spielen. Ihr politischer Einflussbereich beschränkt sich auf kommunalpolitische Bereiche. Auffällig ist, dass vornehmlich die verfassungsfeindliche NPD und die Akteure hinter der NSP das Parteienprivileg immer unverhohlener auszunutzen scheinen, um gewalttätige und kriminelle Aktivitäten zu decken bzw. Vereinigungs- und Aktivitätsverbote zu erschweren.

Punktuell angeklungen ist, dass bei der Betrachtung und Analyse von rechtsextremen Strukturen in Thüringen im Zeitraum 2020 bis Juli 2022 der Landesverband der AfD eine wichtige Rolle einnimmt (Quent et al. 2016, 53 ff.; Best et al. 2018, 61 ff., 134 ff.; 2019, 30 ff.; Salheiser 2019; Michelsen et al. 2020, 34 ff.; AfV 2021, 21 ff.; Michelsen/Steiner 2021; Miehle 2021, MOBIT 2022, 37. So kokettierte die Thüringer NPD zur neu aufgesetzten Kreistagswahl 2021 im Wartburgkreis damit, dass sich die AfD „programmatisch der NPD immer weiter annähert und in einigen wesentlichen Punkten kaum mehr von uns unterscheidet“.²⁴ Der Neonazi Tommy Frenck (BZH) empfahl zur Bundestagswahl 2021 mit der Zweitstimme „ganz klar“ die AfD zu wählen.²⁵ Ein Mitglied einer neu rechten Jenaer Burschenschaft soll Alice Weidel in der Bundestagsfraktion der AfD zuarbeiten (siehe Abschnitt 3.2). Neu und extrem rechte Gruppen in Thüringen biedern sich immer wieder erfolgreich der Thüringer AfD an, bzw. kooperieren miteinander („Bürgerforum Altenburger Land“, „Erfurt zeigt Gesicht“, „Patrioten Ostthüringen“). Solche Ereignisse und Verbindungen sind kein Zufall.

Mögliche Einwände gegen die geschilderten Verbindungen zu extremistischen Gruppen, wie etwa die AfD sei nicht verboten oder eine demokratisch gewählte Partei, dienen eher der Ablenkung oder als Feigenblatt, um sich vor Kritik zu immunisieren. Demokratisch wählbar zu sein bzw. gewählt zu werden, bedeutet nicht, eine demokratische Partei zu sein. Hier wird Demokratie als Methode im Sinne eines bestimmten Auszählungsmechanismus verwechselt mit Demokratie als Wert und Ziel (z.B. demokratische Werte vertreten). Plastischer lässt sich das am Beispiel der NPD verdeutlichen: Die NPD ist nicht verboten (weil nicht verfassungswidrig) und kann demokratisch gewählt werden. Mitglieder der NPD sind in parlamentarische Gremien demokratisch hineingewählt worden. Allerdings ist die Partei gemessen am Grundgesetz ihrem Inhalt und ihren Zielen nach keine demokratische, sondern eine verfassungsfeindliche Partei (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 -2 BvB 1/13). In ähnlicher Weise

²⁴ <https://www.facebook.com/npdwartburgkreis/posts/pfbid0a9yBvo3uf-CeiUo17sTeXEDYnqQWUbHu2dvZnWBwkaz3d5Krl1rSWG37eZ9QeA9VRI> (Abruf: 15.08.2022).

²⁵ <http://www.tommyfrenck.de/2021/09/11/wahlempfehlung-zur-bundestagswahl-2021-im-wahlkreis-196-suhl-schmalkalden-meiningen-hildburghausen-sonneberg/> (Abruf: 22.08.2022).

vertritt die AfD „verfassungsfeindliche Positionen, die sich gegen die Menschenwürde, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip“, d.h. „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten“ (AfV 2020: 21). Daher ist die Beschreibung und Analyse von rechtsextremen Strukturen, die im Zeitraum zwischen 2020 und Juli 2022 in Thüringen aktiv waren, die Nennung der Aktivitäten der Thüringer AfD als unvollständig anzusehen.

Tab. 5: Extrem und neu rechte Organisationen und Gruppierungen in Thüringen
(zwischen Januar 2020 und Juli 2022 mindestens einen Monat aktiv)

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
Altenburger Land	<ul style="list-style-type: none"> • neu rechte, AfD-nahe Strukturen um Bürgerforum Altenburger Land (unter anderem Deutscher Zivilschutz e.V.) • Barbaria Sportgemeinschaft (Kampfsport) • Strukturen um den völkisch-neonazistischen Hammerskin Thomas Gerlach (Impfkritischer Stammtisch bzw. Impfkritik Altenburg; Arbeitskreis kritische Pflegekräfte) 	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Eichsfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturen um NPD-Neonazi Thorsten Heise (NPD Kreisverband; Kameradenkreis; Freie Kräfte; Arische Bruderschaft) 	gleich
Erfurt	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturen um die Neonazis Enrico Biczysko und Michel Fischer (Neue Stärke Partei (NSP), Ortsgruppe Erfurt; zuvor: Volksgemeinschaft Erfurt e.V. und Der III. Weg; davor: Die Rechte; NPD Kreisverband) • Der III. Weg, Stützpunkt Erfurt/Gotha (Neugründung nach Austritt von Gruppe um Biczysko/Fischer) • Erfurt zeigt Gesicht • regelmäßig protestierende, lose Gruppierung gegen örtliche Moschee • Freies Thüringen, Ortsgruppe Erfurt • Patriotischer Widerstand Deutschland Thüringen/Sachsen • Jungsturm Erfurt (überregional) • Identitäre Bewegung Thüringen (vermutl. als „Kontrakultur Erfurt“ kurzfristig fortgesetzt) 	mehr
Gera	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturen um Neonazi Nico Metze (Neue Stärke Partei (NSP), Ortsgruppe Gera (MSG); zuvor: Der III. Weg) • Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor: Bürgerproteste Ostthüringen; außerdem: Freies Thüringen und Freie Jugend) 	weniger
Gotha	<ul style="list-style-type: none"> • Der III. Weg, Stützpunkt Erfurt/Gotha (siehe Erfurt) • Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20; im Großraum um Stadt Gotha; zuvor: Hausgemeinschaft Jonastal (HJ)) • Bündnis Zukunft Landkreis Gotha (BZLG) 	weniger
Greiz	<ul style="list-style-type: none"> • Der III. Weg • Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor Bürgerproteste Ostthüringen; außerdem: Freies Thüringen und Freie Jugend) 	weniger

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
	<ul style="list-style-type: none"> • Kampfsportgruppe mit rechtsextremen Bezügen in Ronneburg 	
Hildburghausen	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturen um Neonazi Tommy Frenck (Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH)) • BZH-nahe Strukturen um Neonazi Sven Kujath (zuletzt: Junge Revolution) • Wardon 21 (Raum Südthüringen) 	mehr
Ilm-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> • Schlesische Jugend • Ortsgruppe des Reichsbürger*innen-Projektes staatenlos.info (anfänglich als Gelbwesten-Mimikry) • Kampfsportaffine Jugendclique in Arnstadt • Jungsturm Erfurt (überregional) 	mehr
Jena	<ul style="list-style-type: none"> • Burschenschaft Normannia zu Jena • Alte Burschenschaft Burgkeller Jena in der DB • Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch & Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla) • rechtsextreme Hooligans in einer Fußball-Kameradschaft 	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Kyffhäuserkreis	<ul style="list-style-type: none"> • NPD Kreisverband 	weniger
Nordhausen	<ul style="list-style-type: none"> • NPD Kreisverband • Nordadler 	weniger
Saale-Holzland-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> • Burschenschaft Normannia zu Jena • Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch & Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla) 	weniger
Saale-Orla-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> • neonazistische Jugendclique in Pößneck (zuletzt: AHJ Thüringen [meint vermutlich „Adolf Hitler Jugend“], davor: Patriotische Gruppe Thüringen (PGT) und Neue Hitler Jugend (NHJ)) • Strukturen um den AfD-nahen, rechtsextremen Reichsbürger Frank Haußner (Patrioten Ostthüringen; zuvor: Bürgerproteste Ostthüringen) 	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Saalfeld-Rudolstadt	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Stärke Partei, Ortsgruppe Saalfeld-Rudolstadt • Jungsturm Erfurt (überregional) • Patriotische Gruppe Thüringen (PGT) (siehe Saale-Orla-Kreis) • Normannia-nahe „Sache des Volkes“ (gegründet als „Aufbruch & Erneuerung“; Großraum Jena/Kahla) • Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20) 	weniger
Schmalkalden-Meinungen	<ul style="list-style-type: none"> • Wardon 21 (Raum Südthüringen) • Bruderschaft Thüringen (Turonen; Garde 20) 	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Sömmerda	<ul style="list-style-type: none"> • Gedächtnisstätte e.V. • NPD Kreisverband • Gelbwesten Sömmerda 	mehr
Sonneberg	<ul style="list-style-type: none"> • Gruppen bzw. Organisationen um neonazistische, NPD-nahe Einzelpersonen (Thing-Kreis; NPD Kreisverband) 	weniger
Suhl	<ul style="list-style-type: none"> • Der III. Weg 	weniger

Landkreis/ kreisfreie Stadt	Name bzw. Kurzbezeichnung	Änderung zu Best et al. 2018, 235
	• Wardon 21 (Raum Südthüringen)	
Unstrut-Hainich-Kreis	• Bruderschaft Thüringen (im Großraum um Stadt Gotha, siehe Landkreis Gotha)	weniger
Wartburgkreis (mit Eisenach)	• NPD-Strukturen (Kreisverband; Flieder Volkshaus e.V.; Junge Nationalisten) • NPD-nahe „Knockout 51“ (z.T. eng verstrickt mit Junge Nationalisten; zuvor z.T. „Nationaler Aufbau Eisenach“)	gleich, aber anders bzw. umstrukturiert
Weimar	• lose organisierte Jugendgruppe	weniger
Weimarer Land	• Gelbwesten Apolda • lose organisierte neonazistische, Kampfsport-affine Freundeskreise und Jugendclique in Apolda (unter anderem aus dem Umfeld von vormals Wir lieben Apolda/Bürgerinitiative Apolda und Freie Kräfte Apolda)	weniger

Eigene Darstellung. Wichtigsten Quellen (passim): Antworten auf Parlamentarische Anfragen; MOBIT; AfV 2021; haskala; Zeitungen (unter anderem TLZ, OTZ, taz, Die Zeit); MDR; Watchblogs (unter anderem EXIF, Endstation rechts, runtervondermatte, Antifa-Rechercheblogs); Situations- und Ressourcenanalysen; Der Rechte Rand; Kom-Rex-Recherchen.

4 Sekundäre Viktimisierung und Gefährdung der demokratischen Kultur

Zum Schutz der demokratischen Kultur zählt auch, dass Opfer rechtsextremer Taten wahrgenommen und geschützt werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass Personen, die sich insbesondere im Zusammenhang von staatlichen Institutionen unsicher fühlen, eine höhere Gefahr haben, sich von einer demokratischen Kultur zu entfremden. Hinweise, aus denen diese Vermutung abgeleitet werden kann, werden im Folgenden dargestellt.

Im Kontakt von Opfern mit staatlichen Institutionen, insbesondere Polizei und Gerichten im Nachgang von Taten entstanden in der Vergangenheit immer wieder Missverständnisse. Nach Einschätzung der Opfer und zivilgesellschaftlicher Akteure wurden wiederholt Fehler bei der Einschätzung zum politischen Hintergrund von Taten begangen (Quent et al. 2014, 7). Dies zeigte auch der Vergleich der Daten einer Studie von ezra zur sekundären Viktimisierung aus dem Jahr 2014 (ebd.) mit Daten des THÜRINGEN-MONITORS.

Das Alter dieser Studie zum einen, als auch die geringe Stichprobe zum anderen führen jedoch zu Einschränkungen der Aussagekraft für die derzeitige Situation. Für aktuellere Daten wird am IDZ derzeit eine neue Befragung zu dem Thema durchgeführt (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2022). Insbesondere die geringe Stichprobengröße muss zum Schluss führen, dass die Ergebnisse nicht repräsentativ für die Erfahrungen von Opfern rechtsextremer Gewalt sind. Dennoch sollten die Befunde Grund genug sein, sich für die Probleme durch sekundäre Viktimisierung und deren Implikationen für die demokratische Kultur zu sensibilisieren. Im Rahmen der Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung wurde auch sekundäre Viktimisierung thematisiert (Thüringer Landtag 2019, 202). Hier forderte ezra die Durchführung einer repräsentativen Studie, um gesicherte Daten zu erhalten (ebd., 210).

In der oben genannten Studie wurden Befragungsergebnisse von 44 Personen ausgewertet, die Opfer einer rechtsextremen Tat geworden waren und eine Opferberatung bei ezra in Anspruch genommen hatten. Im Kontakt mit der Polizei zeigten sich in einigen Fällen Probleme. Insbesondere bei der Beschreibung des politischen Hintergrunds der Tat war die Zufriedenheit mit der Polizeiarbeit deutlich niedriger als bei anderen Themen. So lehnten 52 % der Befragten eher oder völlig ab, dass es den Polizist*innen wichtig war, den politischen Hintergrund der Tat aufzuklären (siehe Abb. 11) (Quent et al. 2014, 28).

Insgesamt zeigten Personen, die Opfer rechtsextremer Gewalttaten geworden waren ein geringeres Vertrauen in die Polizei. Der Vergleich des Vertrauens der Opfer recht(sextrem)er Gewalt 2014 mit den Angaben der Thüringer Bevölkerung vom THÜRINGEN-MONITOR 2013 ergab,

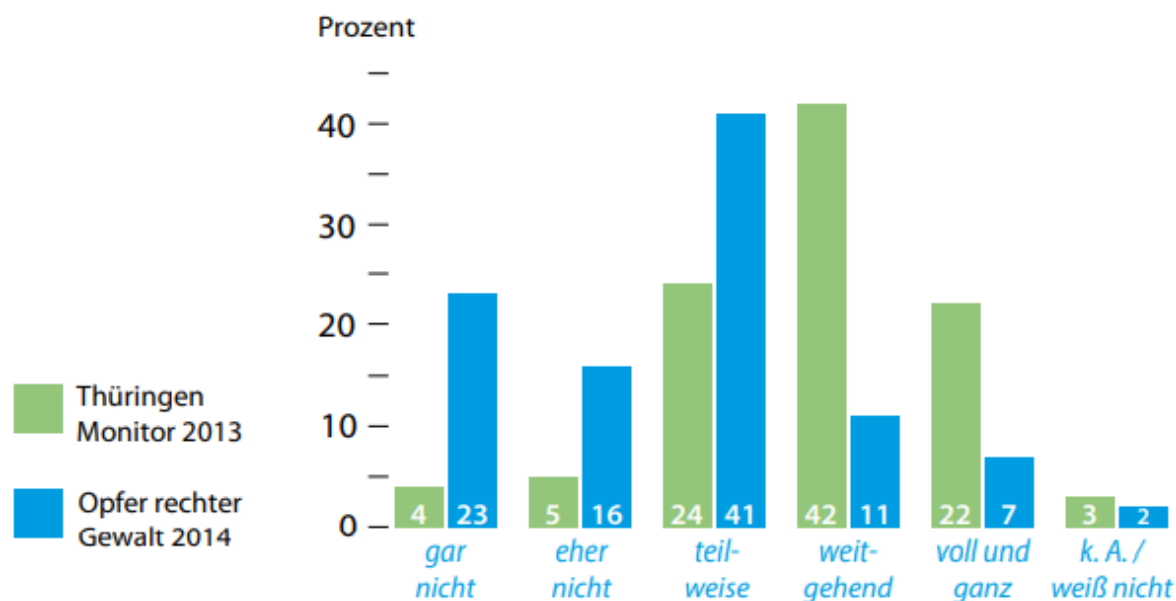


Abb. 12: „Vertrauen in die Polizei bei Opfern rechter Gewalt und der Thüringer Bevölkerung im Vergleich in Prozent“ (Quent et al. 2014, 47).

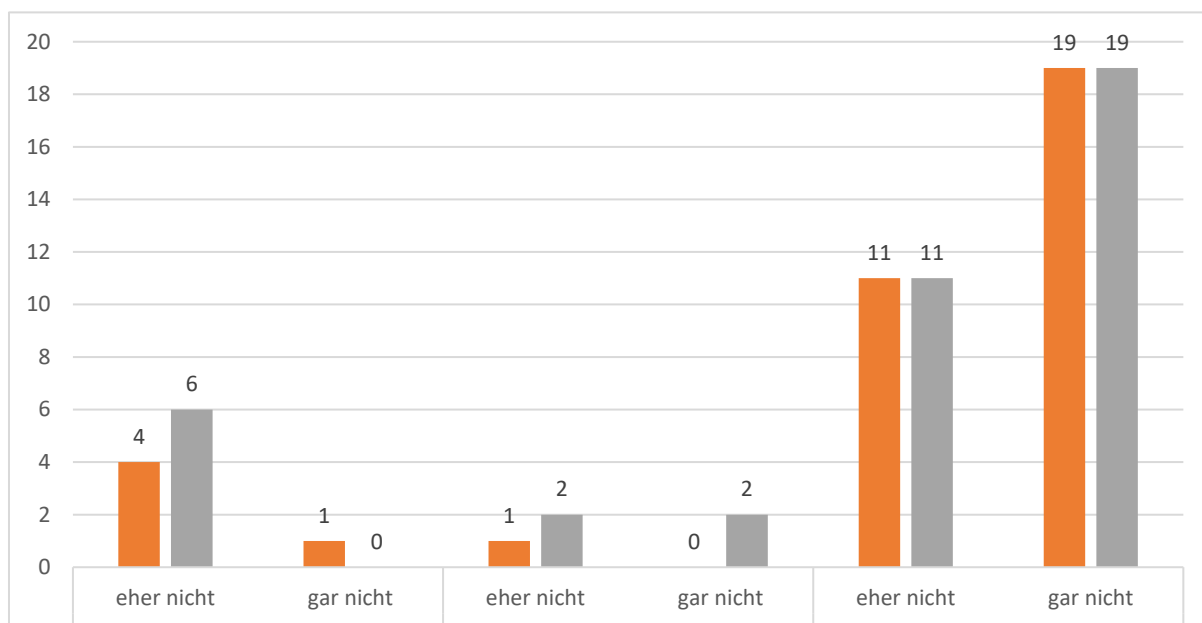


Abb. 13: Prozentpunkte, um die die abgebildeten Antwortmöglichkeiten zum Institutionenvertrauen („Vertrauen in:“) bei den Befragten Opfern öfter gewählt wurde als bei den Befragten der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021.

dass Erstere ein deutlich geringeres Vertrauen in die Polizei hatten (vgl. Abb. 12). Auch beim Vertrauen in andere Organisationen zeigten sich Unterschiede, allerdings ist die Höhe der Antworten in den Kategorien „eher nicht“ und „gar nicht“ bei der Frage zum Vertrauen in Bundesregierung und Gerichte ähnlich gelagert wie in den THÜRINGEN-MONITOREN 2013 und 2021. Stärkere Abweichungen gab es bei der Antwortmöglichkeit „voll und ganz“. Hier zeigte sich ein deutlich geringerer Wert bei den ezra-Daten als bei der Befragung im THÜRINGEN-MONITOR, sowie auch bei den Daten zum Vertrauen in die Gerichte.

Abb. 13 gibt diese Unterschiede noch deutlicher wieder: Die Abbildung zeigt, wie stark die Antworten der befragten Opfer rechter Gewalt im Bereich Institutionenvertrauen („Vertraue der Bundesregierung/den Gerichten/der Polizei“) bei den Antwortmöglichkeiten „eher nicht“ und „gar nicht“ von denen der THÜRINGEN-MONITORE 2013 und 2021 abwichen.

Auch wenn die Ergebnisse der ezra-Studie keine repräsentativen Daten abbilden, dürfte der starke Unterschied im Vertrauen in demokratische Institutionen zwischen den Ergebnissen der Studie und den Daten des THÜRINGEN-MONITORS die Fragen aufwerfen, wie Taten mit politischen Motiven besser erkannt werden können und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass Fälle mit rechtsextremer Täter*innenmotivation im Nachgang mit der notwendigen Sensibilität für das Thema behandelt werden.

5 Reaktionen auf die Corona-Pandemie: Narrative und Einstellungen

Die Corona-Pandemie war und ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein Einschnitt in das alltägliche Leben. Dies lag vorwiegend an den notwendig gewordenen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Viele Personen in Thüringen und deutschlandweit mussten unter anderem wirtschaftliche Einbußen hinnehmen. Auch die Rahmenbedingungen für persönliche Begegnungen veränderten sich durch Vorgaben zur Kontaktreduzierung und Gebote zum Einhalten von Abständen und dem Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen.

Wie beeinflusste diese Zäsur die demokratische Kultur in Thüringen? In den Monaten nach Einführung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung formierten sich in mehreren Orten Thüringens Gruppierungen, die regelmäßig Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung organisierten. Die Beteiligten schienen sich am demokratischen Diskurs beteiligen zu wollen, denn das Demonstrationsrecht ist ein Ausdruck demokratischer Teilhabe. In den vergangenen Jahren gaben jeweils rund 20% der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS an, bereits bei einer Demonstration teilgenommen zu haben (vgl. z.B. Reiser et al. 2021, 42). Bei vielen Demonstrationen im Rahmen der Corona-Pandemie stand der Wunsch nach politischer Partizipation jedoch nicht im Vordergrund. Schaut man auf die Redebeiträge bei diesen Demonstrationen, so waren sie mehrheitlich ein Ausdruck von Frustration und Ohnmacht gegenüber den verhängten Maßnahmen und Kennzeichen eines tiefen Misstrauens gegenüber entscheidungstragenden Personen in der Politik und staatlichen Institutionen. Teilweise kamen auch (z.T. eindeutig rechtsextreme) Verschwörungsmymen zum Ausdruck. Wie in den Untersuchungen der THÜRINGEN-MONITORE 2020 und 2021 nachgewiesen, betraf dies allerdings nur einen kleineren Teil der Bevölkerung. Nichtsdestotrotz formierte sich innerhalb weniger Monate eine Bewegung, die auf Kundgebungen und Demonstrationen auf Redner*innen traf, die passende Narrative anbieten konnten und sich so anfängliches Misstrauen und Gefühle von Bedeutungslosigkeit im demokratischen Diskurs weiter konsolidierten. Die Kundgebungen und Demonstrationsereignisse – insbesondere auch die, die im Abschnitt 5.2 näher besprochen werden, sind somit in großen Teilen als Ausdruck einer Entfremdung von der Demokratie und

damit als Gefährdung der demokratischen Kultur zu bewerten. Ein Prozess der politischen Entfremdung, gekennzeichnet durch „Unzufriedenheit mit der Politik sowie [dem] Empfinden, diese und damit die Geschicke der Gesellschaft nicht beeinflussen zu können“ (Edinger 2010, 17) begünstigen im Zusammenhang mit anderen Merkmalen wie relativer Deprivation und autoritärer Prägung schlussendlich eine Affinität zum Rechtsextremismus (ebd.).

Eine Entfremdung vom demokratischen Prozess und demokratisch legitimierten Personen und Institutionen kann darüber hinaus ein Schritt zur Empfänglichkeit von Verschwörungsmythen zu sein, die Politiker*innen, Eliten und „die da oben“ zum Gegenstand haben. Sobald eine Offenheit für derartige Narrative entsteht und mit anderen Personen und Gruppen Kontakt aufgenommen wurde, die diese Einstellungen teilen, kann dies Radikalisierungsprozesse begünstigen oder gar auslösen (Beelmann 2022).

5.1 Einstellungen der Bevölkerung zur Corona-Pandemie

Die Ersteller*innen des THÜRINGEN-MONITORS nahmen die Einstellungen der Bevölkerung zur Pandemie als Fokusthema in die THÜRINGEN-MONITORE 2020 und 2021 auf, nachdem sich durch die Protestbewegungen und damit verbundene Narrative eine aktuelle Relevanz für die politische Kultur in Thüringen ergab (vgl. Reiser et al. 2021, 1). Für diese Expertise sollen einerseits die Ansichten der Corona-Skeptiker*innen und Maßnahmegegner*innen in Bezug auf die demokratische Kultur und ihre Gefährdung gesetzt werden und gemäß dem Auftrag für diese Expertise auch auf Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen eingegangen werden.

Die Untersuchungen des THÜRINGEN-MONITORS schlossen die Unterthemen Risikowahrnehmung während der Covid-19-Pandemie, corona-skeptische Einstellungen und pandemiebezogenes Verschwörungsdenken ein. Zur Risikowahrnehmung wurden unter anderem. Selbsteinschätzungen über Gefahren für die Bildungschancen junger Menschen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die demokratischen Grundrechte, die eigene Gesundheit und die persönliche wirtschaftliche Situation erfragt. Dabei sahen jeweils über 50 % der Befragten eine große Gefahr für die Bildungschancen junger Menschen (77 %) und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (60 %) (ebd., 48). Corona-Skeptiker*innen (Definition im nächsten Absatz) und Anhänger*innen von Verschwörungsmythen schätzten die Gefährdungen noch größer ein. (ebd., 64).

Für die folgenden Auswertungen wurde das Antwortverhalten von corona-skeptischen und zugleich rechtsextrem eingestellten Personen mit den Einschätzungen von allein corona-skeptischen Personen verglichen. Als Corona-Skeptiker*innen wurden im THÜRINGEN-MONITOR Personen bezeichnet, die die Aussage bejahten, dass das Corona-Virus nicht schlimmer als eine Grippe sei (22 % der Befragten, ebd., 51f.). Die Messung rechtsextremer Einstellungen orientierte sich an der zu Beginn von Abschnitt 2.2 erläuterten Definition (u.a. Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Affinität zu undemokratischen Regierungsformen). Die Befunde ergaben, dass Verschwörungsmythen bei rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen nochmals stärker vertreten waren als bei nicht rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen. So bewertete ein höherer Anteil der rechtsextrem eingestellten Corona-Skeptiker*innen die Corona-Maßnahmen als übertrieben, auch die Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Bildungschancen für Kinder schätzten sie im Vergleich zu nicht rechtsextremen Corona-Skeptiker*innen als höher ein. Insgesamt fühlten sich rechtsextreme Corona-Skeptiker*innen somit stärker von den Auswirkungen der Pandemie betroffen und zeigten zugleich ein geringes Vertrauen in die Fähigkeiten von staatlichen Organisationen, die Pandemie zu bewältigen. Darüber hinaus stimmten die meisten von Ihnen zu, dass die Regierung die Bevölkerung gezielt in Angst und Schrecken versetzen würde und geheime Organisationen einen großen Einfluss auf die Situation ausüben würden (ebd., 64).

Auch die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen von Corona-Skeptiker*innen wurden im Rahmen der Auswertungen des THÜRINGEN-MONITORS untersucht. Die Ergebnisse zeigten, dass deutlich weniger Corona-Skeptiker*innen (46 % gegenüber 72 %) mit der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert, zufrieden waren. Eine Demokratiefeindlichkeit oder Ablehnung der Demokratie als politisches System, wie es in rechtsextremen Kreisen zu beobachten ist, war allerdings nur im geringeren Ausmaß zu beobachten. 82 % der Corona-Skeptiker*innen bewerteten die Demokratie als beste Staatsidee (92 % bei Nicht-Skeptiker*innen)²⁶. Bei rechtsextrem Eingestellten fiel die Zustimmung deutlich geringer aus (68 %). Dabei zeigte sich eine gewisse Ambivalenz: Corona-Skeptiker*innen lehnen die Demokratie mehrheitlich nicht ab. Vielmehr haben sie den Wunsch, die praktische Form der Demokratie zu reformieren und Alternativen zu finden (vgl. ebd., 68). Im Gesamtbild ergab sich eine Mischung aus überwiegender Unterstützung der Demokratie in Verbindung mit dem Glauben an Verschwörungsmysmen und Demokratieentfremdung, was die praktische Umsetzung der Demokratie betraf. In diesem Zusammenhang fiel auf, dass vermutlich durch die zusätzliche negative Konnotation von Diktatur das Item „Diktatur ist im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform“ ein neues Minimum erreicht hat (ebd., 37). 61 % der Corona-Skeptiker*innen äußerten, Angst vor einer „Corona-Diktatur“ zu haben (ebd., 66). Eine mögliche Erklärung liegt nach Einschätzung der Autor*innen des THÜRINGEN-MONITORS darin, dass Personen in dieser Gruppe ein Meinungsdictat wahrnehmen und ein höheres Bedürfnis danach hatten, dass Politiker*innen ihre Entscheidungen erklären und an den Wünschen der Bürger*innen ausrichten (ebd.). Ein höherer Anteil von ihnen favorisierte deliberative Verfahren, also Verfahren, die ermöglichen, die eigene Meinung einfacher in den Diskurs einbringen zu können (ebd., 67).

Auf die Inhalte und Bedeutung von Verschwörungserzählungen, die auf Demonstrationen und Kundgebungen gegen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung geäußert wurden, wird im Abschnitt 5.2 eingegangen. In den THÜRINGEN-MONITOREN 2020 und 2021 wurden diese Narrative durch zwei Fragen abgebildet, die jeweils etwa gleiche Zustimmungsraten aufwiesen. (32 % Zustimmung bei Aussage: „Es gibt geheime Organisationen, die während der Corona-Krise großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“, 33 % Zustimmung bei der Aussage: „Die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise gezielt in Angst und Schrecken versetzt“). Weitere Analysen ergaben, dass sowohl rechtsextreme Einstellungen als auch ein geringeres Vertrauen in die Bundesregierung Einflussfaktoren waren, die die Zustimmung zu diesen Aussagen begünstigten. Der Glauben an „geheime Organisationen“ wurde zudem durch das Persönlichkeitsmerkmal Autoritarismus beeinflusst (ebd., 61).

Die Auswertungen des THÜRINGEN-MONITORS zur Corona-Pandemie zeigten insgesamt, dass nicht nur die Ablehnung von Demokratie, sondern auch unrealistische Vorstellungen von und Anforderungen an die demokratische Verfassung zu Problemen im gesellschaftlichen Diskurs führen können. Wenn ein nicht konsensfähiges Demokratieverständnis vorherrscht und Vorstellungen dominieren, die die Bereitschaft verhindern, Entscheidungen von durch Wahlen legitimierter Vertreter*innen anzuerkennen, kann dies als Zeichen von politischer Entfremdung gewertet werden. Dazu zählt auch, dass Personen keine Gegenpositionen akzeptieren, insbesondere dann nicht, wenn Maßnahmen durch Beschlüsse gewählter Vertreter*innen gegen ihren Willen durchgesetzt werden. Das garantiert, dass der eigene Unmut maßvoll und im Rahmen eines legitimen demokratischen Ausdrucks geäußert wird. Bei den Corona-Skeptiker*innen besteht mit ihrem nicht konsensfähigen Demokratieverständnis und ihrem Umgang mit Krisen die Gefahr, entweder in ohnmächtige Passivität zu verfallen oder sich stärker zu radikalisieren.

²⁶ Eigene Auswertung, Erhebungsjahr: 2021

5.2 Narrative auf Demonstrationen gegen Pandemiemaßnahmen

Im Rahmen des Topografie-Projektes wurden Proteste gegen die Corona-Politik untersucht, die in Südwestthüringen von vier Gruppen²⁷ regelmäßig organisiert wurden. Es galt aufgrund verschiedener Hinweise (MOBIT 2021a, 92; 2021b, 76) festzustellen, ob das Demonstrationsgeschehen innerhalb des Zeitraumes von Mai bis November 2020 als rechtsextrem einzuordnen waren (Beelmann et al. 2022). Konkret wurde untersucht, inwieweit die Proteste rechtsextreme Elemente und Aspekte von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit enthalten und damit eine Gefährdung für die demokratische Kultur in Thüringen darstellen können. Zu diesem Zweck wurden Aussagen von Sprecher*innen auf Demonstrationen im Hinblick auf Inhalte und Formulierungen untersucht, die auf Deprivation, Institutionenfeindlichkeit, politischer Entfremdung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und anderen Faktoren, die das Potential zur Gefährdung der demokratischen Kultur haben, schließen ließen. Die Einstufung der Äußerungen erfolgte in den Abstufungen *unbedenklich*, *bedenklich*, *kritisch* und *extremistisch*.

Als *unbedenklich* wurden Äußerungen gewertet, die

- dialogorientiert,
- gewaltlos bzw. gewaltfrei,
- nicht diskriminierend waren.

Demzufolge wurden bspw. konstruktive, satirische oder agonale, wettkämpferische Äußerungen (z.B. als Reaktion, Kritik, Provokation zum bestehenden politischen System, zur repräsentativ-liberalen Demokratie oder den Grundrechten im Sinne des Grundgesetzes) als unbedenklich gewertet.

Als *bedenklich* galten Äußerungen, die

- einen desinformierenden, abwertenden, apodiktischen, dogmatischen, manichäischen oder verschwörungsideologischen Impetus bzw. Stil hatten,
- die grundlegenden Prinzipien des liberal-demokratischen Gesellschaftssystem in Frage stellten (z.B. Menschenwürde, Rechtsstaats- oder Demokratieprinzip, Pluralismus, Grundrechte),
- die Gewalt (z.B. Beleidigungen, Bedrohungen, Einschüchterungen, Körperverletzung, Sachbeschädigungen) und dessen Botschaftscharakter als politisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen billigten bzw. nicht ablehnten,
- anschlussfähig an rechtsextreme Narrative oder Ideologeme waren.

Als *kritisch* galten Äußerungen, die

- die Unterscheidung in Eigen- und Fremdgruppe mit einer Höher- und Abwertung verbunden und behaupteten, Konflikte zwischen diesen Gruppen könnten nur durch Gewalt verschwinden bzw. gelöst werden,
- das politische System, die Verfassung oder Grundrechte im Sinne des Grundgesetzes oder Demokratie oder Pluralismus delegitimierten,
- Diskriminierung, Vorurteile, Abwertungen oder Ressentiments gegen Menschen beidienten oder schürten,

²⁷ Gemeint sind die Gruppierungen „Der Neue Schmalkaldischer Bund“ in Schmalkalden, „Mut zur Wahrheit“ in Meiningen, „Salzunger Montagsspaziergänge“ in Bad Salzungen und „Sonneberg zeigt Gesicht“ in Sonneberg.

- die Gewalt unterhalb der Schwelle der Körperverletzung und Sachbeschädigung propagierten, legitimierten oder anwendeten (z.B. Beleidigungen, Bedrohungen oder Einschüchterungen, z.B. gegen Journalist*innen vor Ort),
- Schlüsselbegriffe, Chiffren oder Hilfsideologien für rechtsextreme Narrative, Demagogie oder Ideologie benutzten.

Als *extremistisch* galten Äußerungen, die

- offen demokratiefeindlich waren,
- gegen das Grundgesetz verstießen bzw. sich dagegen richteten,
- gruppen- bzw. minderheiten- bzw. menschenfeindlich waren,
- Gewalt in Form von Körperverletzung oder Sachbeschädigung propagierten, legitimierten oder anwendeten,
- als einschlägig rechtsextrem einzuordnen waren.

Die wesentlichen Befunde im Überblick

Die Reden und andere dokumentierte Äußerungen (z.B. Banner, Reaktionen des Publikums, nonverbale Meinungskundgaben) wurden inhaltsanalytisch untersucht. Daraus entstanden auf induktivem Wege 20 inhaltliche Themenfelder, die am Ende dieses Abschnitts (Tab. 8) aufgelistet und anhand von Beispielen erläutert werden. Die Auflistung einer Sammelkategorie „Sonstiges“ mit Residuen erwies sich wegen einer geringen Häufigkeit entsprechender Aussagen entbehrlich.²⁸ Das Thema „Impfung“ war im Untersuchungszeitraum (Mai bis Dezember 2020) noch nicht so prominent wie nach dem Beginn der Impfkampagne in Deutschland Ende 2020 und taucht daher nicht als eigenständiges Themenfeld auf.

Die Themenfelder und die darin enthaltenen Äußerungen wurden nach ihrem Potential für die Demokratiegefährdung eingestuft (siehe Tab. 6). Keines der zwanzig Themenfelder konnte aufgrund der zugeordneten Äußerungen als *unbedenklich* eingestuft werden. Neun und damit die Mehrheit der Themenfelder wurden als *bedenklich*, sechs Themenfelder als *kritisch* und vier Themenfelder als *extremistisch* eingeschätzt.

Besonders bemerkenswert ist, dass auch das Themenfeld „Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit“ nicht als *unbedenklich* eingeordnet werden konnte. Entscheidend war, dass auf den einschlägigen Demonstrationen behauptet wurde, die „GEZ-Medien“ – also öffentlich-rechtliche Sendeanstalten - würden die Meinungsfreiheit abschaffen oder sie würde durch „politische Korrektheit“ beschränkt. Solche Äußerungen enthalten nicht nur einen verschwörungsideologischen Duktus und waren nicht nur anschlussfähig an rechtsextreme Narrative, sondern sie bedienten auch rechtsextreme Themenfelder und Schlüsselbegriffe. Damit waren solche Äußerungen nach unserer Einschätzung nicht mehr unbedenklich.

²⁸ Betraf Aussagen, die in keines der anderen Themenfelder zugeordnet werden konnten und die vereinzelt oder sehr selten und sporadisch auftraten, bspw. ein direkter Bezug zur Anthroposophie, explizite Kritik an der Pharmaindustrie oder Aussagen, die sich als Querfrontstrategie deuten ließen.

Tab. 6: Einordnung der Themenfelder in die Bewertungskategorien

bedenklich	kritisch	extremistisch
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Widerstand und Kampf gegen „Corona-Diktatur“ ▪ Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten ▪ gegen Bill Gates ▪ gegen sogenannte Mainstream-Medien ▪ positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk ▪ gegen Corona-Pandemie und Maßnahmen ▪ Ablehnung Maske ▪ Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologischen Denken gegen „Corona-Plandemie“ ▪ Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ antisemitische Chiffren ▪ Geschichts-revisionismus und sekundärer Antisemitismus ▪ Systemopposition bis -umsturz ▪ Reichsbürger-Ideologeme ▪ Angst- und Feindbild Antifa ▪ Verharmlosung von Rechtsextremismus und gegen Linksgrün 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ rechtsextreme Verschwörungsideologien ▪ Freund-Feind-Markierung, Bestrafung und Gegengewalt ▪ Xenophobie, Rassismus, Ethnopluralismus. ▪ Q-Anon-Ideologie

Die inhaltsanalytisch-kategoriale Trennung in Themenfelder sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aussagen bei den Demonstrationen und in den Reden häufig miteinander verknüpft waren. Einige Beispiele für die inhaltlichen Verschränkungen sind in Tab. 7 aufgelistet.

Tab. 7: Beispiele für fließende Übergänge bei Themenfeldern

<p>Schmalkalden, 01.06.2020: Eine rechtsalternative Youtuberin, die sich als eine unter Vielen im „Widerstand“ befinde und „die Wahrheit“ verbreiten wolle, erstellte „Videos gegen das Unrecht, was uns die gefährlichste Politikerin in Europa antut“. Gemeint war die damalige Bundeskanzlerin Merkel, die als „selbstgekrönte Kanzlerin“, „opportunistischer Wendehals“ und „Terminatorin“ bezeichnet wurde. Behauptet wurde, Merkel würde andere Meinungen unterdrücken und wegzensieren und öffentlichen Diskurs nicht mehr zu lassen. Sie „züchte Diffamierer im ganzen Land“ und ihre Schlägertruppe sei die Antifa. Wir würden uns bereits in einer Diktatur und „DDR 2.0“ befinden sowie „in einem Land, in dem Muttis Herzensanliegen Multikulti und auf ewige offene Grenzen sind“. Medien würden die Korruption von Regierungspolitikern nicht aufdecken. Die Rednerin beendete ihre Rede mit dem Aufruf: „Wir holen uns unsere Freiheit und Demokratie und freie Meinungsäußerung wieder zurück.“</p> <p>Sonneberg, 17.08.2020: Ein Redner äußerte sich in einer etwa 15-minütigen Rede eingangs zur der sich verschlechternden Wirtschaftslage. Schuld daran seien ihm zufolge Politiker*innen. Sie seien „Teil des Problems“, sie würden Falschinformationen, Wahlfälschungen und gar Gewalt anwenden, um ihre Ziele durchzusetzen. „Wenn der Politiker also nicht, wie er sollte, auf den Bürger hört, auf wen hört er dann? Ein Heer von Lobbyisten [...] stehen den Politikern zur Seite. Heute im Zusammenhang mit Corona tauchen Namen wie George Soros und Bill Gates auf.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede redete er davon, andere, nicht weiter namentliche genannte Akteure (vermutlich die oben genannten Soros und Gates) wollten die komplette Weltbevölkerung steuern, diese zwangsimpfen und zwangschippen, das sei krankhaft und boshaft. „Dann ist diesen jemanden [sic] etwas wesentlich Menschliches abhandengekommen. Dann kann er das Wesen Mensch wohl gar nicht wahrnehmen [...]. Man kann also von diesen Personen kein menschliches, verantwortungsvolles Handeln erwarten. Das wiederum bedeutet, dass nun die Umgebung dafür zu sorgen hat, dass diese Person keinen Schaden anrichtet.“ Politik und Medien würden dabei helfen, ein „Unheil“ über die Menschheit zu bringen. Es gelte, sich dagegen zu wehren, dass der Widerstand gegen „unser Widerstand gegen eine zentral geführte globale Welt“ gebrochen wird.</p>

Bad Salzungen, 17.08.2020: Der Organisator von „Wir lieben Meiningen“ thematisierte in einer etwa 17-minütigen Rede unter anderem, dass die Teilnehmer*innen gegen die „dekadenten Eliten kämpfen müssten, die uns als Personal in einer scheinbaren Demokratie in ein Wandel zu einer global gesteuerten Welt von Gates, Soros und anderen dunklen Typen führt, [...] in deren wir durch Bargeldverbot, genverändernde Impfungen und chippen unserer Grundrechte beraubt werden.“ Später führte er in seiner Rede aus, Corona solle von der „Invasion von Menschen und einer daraus resultierenden Umvolkung“ und dem „ganzen Zustrom von andersartigen Menschen sag ich mal“ ablenken. „Aber die Umvolkung geht weiter.“ Gegen Ende las der Redner die sog. Meininger Punkte vor. „Jetzt kommt mein liebster Satz: Wir befreien uns von der ewigen Schuld und der ewigen Verschuldung“ (Publikum applaudiert). Die bestehende Parteiendemokratie sei „so grundtief böse“. „Die Parteien gehören auf die Müllhalde der Geschichte“. Außerdem fordern sie unter anderem „den Friedensvertrag und die Verfassung gem. Art. 126 GG“, dass Medien wieder „auf die Herrschenden einschlagen“ statt ihnen den „Arsch“ „zu lecken“ oder „auf das Volk“ einzuschlagen, und sie fordern wie die sogenannte Querdenken-Bewegung einen Corona-Untersuchungsausschuss.

Meiningen, 25.10.2020: Ein Taubenzüchter kritisierte, er könnte wegen der Corona-Maßnahmen keine vereinsbezogenen Veranstaltungen und Reisen mehr machen. Er argumentierte über Analogieschlüsse aus seiner Taubenzüchterfahrung unter anderem gegen Medikamente (diese würden eher krank als gesund machen), den Mobilfunkstandard 5G (der beeinflusse Tauben in ihrer Orientierung, daher sei es auch für Menschen gefährlich) und genmanipulierte Sojabohnen (Tauben würden diese als unverträglich zurückweisen, daher sei es auch für Menschen nicht gesund). Außerdem beherrsche die Pharmedia in den USA das Fernsehen.

Hilfreicher als die Aufzählung vieler solcher Einzelbeispiele ist daher eine Visualisierung der Verknüpfungen in Form eines Netzwerkes. Damit können die vorgefundenen Verknüpfungen zwischen den Themenfeldern besser dargestellt und hervorgehoben werden (siehe Abb. 14). Es gilt zu beachten, dass die Linien die thematische Verbindung lediglich nominal darstellen und nicht deren Stärke, Richtung oder Häufigkeit wiedergeben.

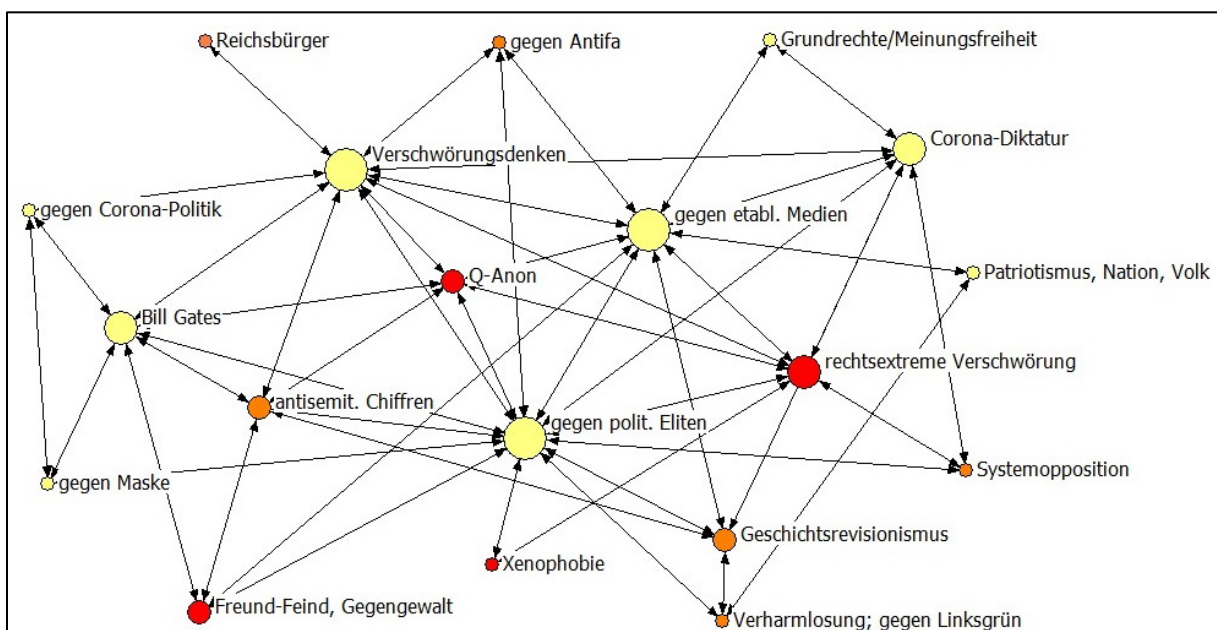


Abb. 14: Thematische Netzwerkvisualisierung (Themenfelder abgekürzt)

Hinweis: Je größer ein Knotenpunkt ist, desto mehr Verknüpfungen hat er zu anderen Themenfeldern. Gelbe Knotenpunkte markieren *bedenkliche* Themenfelder; orange Punkte stehen für *kritische* und rot für *extremistische* Themenfelder. Zur besseren Darstellung der Verknüpfungen sind die vollständigen Bezeichnungen der Themenfelder aus Platzgründen kontextsensitiv abgekürzt worden.

Aus der Graphik ist erkennbar, dass die Themenfelder unterschiedliche viele Verknüpfungen aufweisen. Dabei ergaben sich drei zentrale thematische Knotenpunkte:

- Die Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten [Abkürzung: „gegen politischen Eliten“]
- Der Protest gegen sogenannte Mainstream-Medien [Abkürzung: „gegen etablierte Medien“]
- Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologisches Denken im Zuge der „Corona-Pandemie“ [Abkürzung: „Verschwörungsdenken“]

Diese Themen wiesen die meisten Verknüpfungen mit bzw. zu anderen Themen auf, wobei die moralisierende, pejorative Elitenkritik das zentrale Themenfeld mit den meisten Verknüpfungen darstellte. In Verbindung mit dem Themenfeld „positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk“, in dem sich auch „symbolisch“ (Müller 2015, 47, 53) auf das Volk berufen wird, sind diese beiden Themenfelder Indikatoren für den Populismus gemäß des Ansatzes nach Mudde (2017). Die oben genannten drei zentralen Themenfelder sind als *bedenklich* einzuordnen (siehe Tab. 8).

Zusätzlich zu diesen drei zentralen Knotenpunkten stechen drei weitere Themenfelder heraus, die jeweils relativ viele Verbindungen aufwiesen:

- Widerstand und Kampf gegen die „Corona-Diktatur“ [Abkürzung: „Corona-Diktatur“]
- Polemiken gegen Bill Gates [Abkürzung: „Bill Gates“]
- Rechtsextreme Verschwörungsideologien [Abkürzung: „rechtsextreme Verschwörung“]

Bill Gates ist in der Anfangszeit der Pandemie vielfach als personifizierter Sündenbock und vermeintlicher Strippenzieher hinter der Corona-Pandemie konstruiert worden. Dieses Themenfeld und das zur „Corona-Diktatur“ sind als *bedenklich* eingeordnet worden. Das Themenfeld zu einschlägigen rechtsextremen Verschwörungsideologien (z.B. Äußerungen zur „Umvolkung“) wurde dagegen als *extremistisch* eingeordnet. Auffällig ist, dass weitere Themenfelder eine Nähe zum Rechtsextremismus aufwiesen (z.B. die Verwendung antisemitischer Chiffren; geschichtsrevisionistische und xenophobe Aussagen; Äußerungen, die dem Spektrum der sogenannten Reichsbürger*innen und Q-Anon zugeordnet werden können). Zudem werden „die Antifa“ und „Linksrün“ als Gegner und Feinde der Protestbewegung und Verbündete der kritisierten Eliten dargestellt (z.B. „Merkel ist die Königin der Antifa“, siehe Tab. 8). All dies deutet darauf hin, dass es sich bei den analysierten Demonstrationen in Südwestthüringen zumindest um *rechts*-populistische Mosaik-Proteste handelt, die eine Anschlussfähigkeit an und Resonanzraum für den Rechtsextremismus bieten (Beelmann et al. 2022).

Gesamteinschätzung: Rechtspopulistisch-antipluralistischer Resonanzraum und bedenkliche, an den Rechtsextremismus anknüpfbare Reaktionsmuster

Bezogen auf die Gefährdung der politischen Kultur und Demokratie der geschilderten Proteste ist zunächst festzuhalten, dass die untersuchten Demonstrationen der öffentlichen Meinungskundgabe und Partizipation am demokratisch-politischen Diskurs während der Corona-Pandemie dienten. Das ist demokratietheoretisch zunächst unproblematisch.

Von den Organisator*innen der Proteste und einigen Redner*innen sind die Demonstrationen dazu genutzt worden, um eine Art außerparlamentarische Oppositionsbewegung aufzubauen, die eine hohe inhaltliche und personelle Nähe und Affinität zur sogenannten Querdenken-Bewegung aufweist (z.B. indem Redner*innen von Querdenken-Gruppen aus Thüringen auftraten oder Akteure aus dem Querdenken-Umfeld positiv rezipiert wurden). Sie sehen und verstehen sich als Teil einer Protest-Avantgarde wie zu DDR-Zeiten, die die Demokratie und (Meinungs-)

Freiheit vor vermeintlich korrupten, diktatorischen Eliten bzw. vor einer „Corona-Diktatur“ und gegen „Lügenmedien“ usw. verteidigen würden. Die Verwendung solcher Fahnen- und Stigmawörter dient dem Kampf um Deutungshoheit, der Selbsterhöhung und Immunisierung vor Gegenkritik.

Inhaltlich waren auf den Demonstrationen bzw. in den Reden zumeist negative, pejorative Kritik und Misstrauen gegenüber politischen Eliten, den sogenannten Mainstream-Medien („Lügenpresse“) und dem bestehenden politischen System, das diktaturverharmlosend als „Corona-Diktatur“ diffamiert wurde, geäußert worden. Auslöser und Katalysator dafür waren die Pandemiemaßnahmen, die vehement abgelehnt wurden. Allerdings ging es in den Veranstaltungen nicht nur um eine konstruktive, dialogorientierte Kritik an der Corona-Politik oder die Maskenpflicht. Sie dienten mehr eher als Vehikel im Sinne der oben genannten Themenfelder. Die Äußerungen, Deutungen, Narrative und Erklärungsversuche zur Pandemie und Politik waren vielfach von einem (rechts-)populistischen und verschwörungsideologischen Stil und Impetus getragen. Nicht selten wurde die Anwendung von (Gegen-)Gewalt gebilligt oder gar (indirekt) legitimiert (etwa indem Bedrohungsszenarien konstruiert wurden wie die Existenz von von Plänen, Ungeimpfte wegzusperren). Bei einem Teil der Redner*innen konnte dies als Ausdruck der empfundenen Ohnmacht, Frustration und Verdrossenheit gegenüber dem politischen System und dessen Verantwortungsträger*innen gedeutet werden. Bei einem anderen Teil, v.a. von Redner*innen aus dem rechtsalternativen bis rechtsextremen Spektrum, waren die Reden und Demonstrationen dazu genutzt worden, um (1) rechtsextreme, v.a. antisemitisch chiffrierte, geschichtsrevisionistische und ethnopluralistische Kampfbegriffe und Narrative zu verbreiten, und (2) um zum nicht bloß politischen, sondern gewaltsamen Kampf gegen das System, die Demokratie und dessen Repräsentant*innen aufzurufen. Von diesen Absichten ging und geht unweigerlich eine Gefahr für die politische Kultur und Demokratie aus, denn der Fokus lag nicht auf einem gewaltlosen oder gar konstruktiven Dialog mit Andersdenkenden oder politischen Mandatsträgern.

Auffällig und zunächst widersprüchlich war, dass die Redner*innen die Demokratie als Staatsform mehrheitlich nicht ablehnten. Sie bezogen sich im Gegenteil darauf, „unsere“ Demokratie retten und mehr mitbestimmen und mitentscheiden zu wollen, wobei die Betonung auf *Bestimmen und Entscheiden* lag. Unzufrieden waren sie offensichtlich mit der Funktionsweise und Praxis der bestehenden Demokratie. Das Demokratieverständnis ist nach Auswertung der Reden eher plebiszitär und direktdemokratisch sowie deutlich gegen die repräsentative Parteidemokratie gerichtet. Allerdings enthalten die Aussagen mehr als nur eine Forderung nach demokratischen Alternativprozessen. So wurden gegenüber Parteien Positionen geäußert, die im Widerspruch zu Art. 21 GG stehen. Sie (die Parteien) seien „nicht mehr zu reformieren“, „grundtief böse“ und gehörten „auf die Müllhalde der Geschichte“ (Bad Salzungen, 17.08.2020; Publikum applaudiert) oder das bestehende „widerlicher Parteiensystem“ solle überwunden werden (Bad Salzungen, 18.10.2020). Auch die Forderung nach mehr direktdemokratischen Elementen wies eine problematische Konnotation auf. So wurde gefordert, dass mehr für das eigene deutsche Volk getan werden sollte, und dass über Gesetze das deutsche Volk abstimmen müsse (Bad Salzungen, 18.10.2020; sogenannte „Meininger Erklärung“ der Gruppe „Mut zur Wahrheit“ aus Meiningen). Volk ist hierbei jeweils eher ethno-kulturell bzw. als Ethnos und nicht als Demos gedacht. Diese Reduktion des deutschen Staatsvolkes auf eine ethnische Volkszugehörigkeit und die autochthone Bevölkerung widerspricht dem Volksverständnis des Grundgesetzes (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags 2019).

Für den demokratisch-politischen Diskurs und die politische Kultur äußerst bedenklich waren die vielfachen komplexreduzierenden, verschwörungsideologisch aufgeladenen Angstvorstellungen und Behauptungen, dass (einfluss-)reiche Eliten im Geheimen sinistere Pläne verfolgen

würden, die dem deutschen Volk und Nationalstaat entgegenstehen und bei der die Eliten die Politik (korrupte Politiker*innen etc.) und Medien („Lügenpresse“ etc.) einseitig kontrollieren und steuern würden. Diese Denk- und Sichtweise konstruierte die Corona-Pandemie als einen Konflikt zwischen einer geschädigten Eigen- und einer volksschädlichen Fremdgruppe. Letztere wurde als Usurpator und Bedrohung für die Eigengruppe diagnostiziert und dadurch als Feindbild markiert, gegen die Widerstand, notfalls mit Gewalt, geleistet werden müsse. Solche Abstraktionen und Projektionen sind nicht nur inhaltlich beliebig austauschbar (heute Corona, gestern Geflüchtete, morgen steigende Preise, Wirtschafts- und Energiekrise) und sondern auch anschlussfähig an demokratie-, menschen- oder verfassungsfeindliche (z.B. Reichsbürger*innen- oder Q-Anon-Ideologie), explizit rechtsextreme, häufig antisemitisch chiffrierte Ideologien, Narrative und Schlüsselbegriffe. Sie bedienen, verbreiten, tradieren und normalisieren diese Vorstellungen ferner auch aktiv (z.B. durch wiederholte Verwendung von Signalwörtern wie „Umvolkung“, „Umerziehung“, „Lügenpresse“, „Marionettenregierung“, die jeweils politische Vorkommnisse vermeintlich erklären sollen). Die häufige Verbreitung und Akzeptanz dieser Ideen ohne eine erkennbare Gegenrede oder Widerspruch auf den untersuchten Protesten deutete darauf hin, dass unter den Organisator*innen und Teilnehmenden ein hohes Maß an Duldung, bis Zustimmung bestand. Insgesamt schien bei den untersuchten Demonstrationen in Südwestthüringen ein rechtspopulistischer, antipluralistischer Resonanzraum zu existieren, der etliche Anknüpfungspunkte und wenig Berührungspunkte mit Ideologemen und Strategien des Rechtsextremismus aufwies sowie das Misstrauen gegenüber dem bestehenden politischen System und dessen Institutionen verstärkte. Dieser Umstand und die hier beschriebene Art und Weise, wie auf eine Gesundheitskrise reagiert wurde, sind aus demokratietheoretischer Sicht hoch problematisch.

Fraglich ist, wie repräsentativ, verallgemeinerbar und übertragbar die Befunde dieser Protestanalyse für andere Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen sind. Gemeinsamkeiten bestanden nach unserer Ansicht in der Verwendung ähnlicher, einschlägiger und identitätsstiftender Signalwörter (z.B. gegen „die Eliten“, „Lügenpresse“, „Meinungs-“ oder „Corona-Diktatur“ und „Corona-Plandemie“; Aufruf zum „Widerstand“; positive Bezüge auf „das [deutsche] Volk“). Diese wurden in einem Duktus vorgetragen, der populistisch, komplexreduzierend, verschwörungsideologisch sowie von Misstrauen und Ressentiments aufgeladenen war. Es wurden ebenso verschiedene Inhalte und Themen miteinander vermischt (z.B. Kritik an Maßnahmen wurde vermengt mit Reichsbürger*innenideologie, Elementen der Anthroposophie, Kritik an Lobbyismus mit antisemitischen Chiffren). Daran knüpften rechtsextreme Akteure (Redner*innen und Organisationen) gezielt an. Für diese Gemeinsamkeiten dürften zwei Faktoren ausschlaggebend sein: Zum einen traten einige Redner*innen bei mehreren Demonstrationen bzw. bei Demonstrationen an verschiedenen Orten und von verschiedenen Organisationen auf. Zum anderen dürften die Vernetzungen und Diskurse in den sozialen und alternativen Medien, für die immer wieder geworben wird, zu einer gruppenspezifischen und informationsfilternden Selbstreferentialität und Selbstvergewisserung geführt haben. Auf diese Weise wiederholen und normalisieren sich bestimmte Äußerungen, die das oben genannte Konzentrat an Gemeinsamkeiten ergeben. Ein Unterschied der Proteste in Südwestthüringen im Vergleich zu anderen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen (z.B. in Heilbad Heiligenstadt) ist, dass nach vorliegender Quellenlage und für den analysierten Zeitraum auf den untersuchten Protesten in Südwestthüringen, Journalist*innen *vor Ort* nicht erkennbar bedroht oder angegriffen wurden. Allerdings gab es im April 2021 einen Übergriff auf Polizeikräfte bei einem sogenannten Spaziergang in Schmalkalden, der dem Umfeld der untersuchten Gruppen zugeordnet werden kann (MDR Thüringen 2021). Insofern ist davon auszugehen, dass eine hohe Gefährdungslage für gewalttätige Auseinandersetzungen bei allen Veranstaltungen dieser Art vorlag.

Das oben beschriebene Reaktionsmuster (Eliten- und Medienkritik wird rechtspopulistisch und verschwörungsideologisch aufgeladen und verknüpft mit weiteren Ressentiments, um eine bedrohte Eigen- und bedrohliche Fremdgruppe zu konstruieren) und die Möglichkeit für unterschiedliche demokratiefeindliche Akteure, daran anzuknüpfen und es persuasiv in Richtung Rechtsextremismus, Reichsbürger*innen-Ideologie, Umsturzfantasien usw. umzulenken, macht solche Proteste hoch problematisch. Sie stellen eine Gefahr für die politische Kultur und Demokratie dar, weil diese Reaktionsmuster in der nächsten Krise in abgewandelter Form erneut angesprochen und reaktiviert werden können (z.B. bei Protesten zum Thema Energiepreise, Inflation und Wirtschaftskrise infolge Krieges in der Ukraine). Daher sollten solche Proteste nicht als bloße Maßnahmenkritik verharmlost oder fehlgedeutet werden. Sie stellen im Kern keine Form des kritischen Dialogs dar, bei der es angeblich um den sachlichen Austausch zu politischen Entscheidungen geht. Auch die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungsideologien sollte aus Perspektive der Demokratieförderung nicht als ‚Missverständnisse‘, denen vermeintlich mangelnde Bildung oder Medienkompetenz zugrunde liegt [...]‘ relativiert werden „Vielmehr gilt es, diese als politische Konflikte ernst zu nehmen und ihnen entschlossen zu begegnen“ (Kumkar/Trautmann 2021, 44).

Tab. 8: Bei den untersuchten Demonstrationen angesprochene Themenfelder

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Widerstand und Kampf gegen „Corona-Diktatur“	<ul style="list-style-type: none"> - Nach Einschätzung einiger Redner*innen befinden wir uns auf dem Weg von der Demokratie in die „Corona-Diktatur“, für andere ist dieser Zustand schon erreicht (diese wohl eher ungewollte Uneinigkeit bei den Redner*innen zeigte, dass es eher um Ablehnung eines gegenwärtigen Zustandes ging, d.h. der Begriff „Corona-Diktatur“ ist eine austauschbare, aber identitätsstiftende Phrase). - Verwendung von Synonymen für „Corona-Diktatur“: „Gesinnungsdiktatur“, „DDR 2.0“; „Merkel-Diktatur einer ehemaligen FDJ-Sekretärin“ (01.06.2020, Schmalkalden) - Aufforderung, gegen „Corona Diktatur“ und die Verantwortlichen (z.B. Regierung Merkel, Bill Gates) Widerstand zu leisten bzw. zu kämpfen - Redner*innen sehen sich selbst als Demokraten und Protest-Avantgarde wie zu DDR-Zeiten, die die Demokratie verteidigen <p>Einordnung: Vergleiche der Bundesrepublik mit Diktaturen ist diktaturverharmlosend, diffamierend und geschichtsrevisionistisch; „DDR 2.0“ wird auch als politisches Schlagwort von der AfD genutzt (AfD Landesverband Thüringen 2019, 7)</p>
Ablehnung und Abwertung von politischen Eliten	<ul style="list-style-type: none"> - Politiker*innen werden pauschal und undifferenziert abgewertet und als „heuchlerisch“ oder „Lügner“ bezeichnet. Sie seien kriminell, käuflich, egoistisch und stünden im Antagonismus zum Volk (z.B. Politiker*innen hätten „chronische Posten- und Machtsucht“; sie seien „Verbrecher“, die uns mit der Maskenpflicht „zu Sklaven“ machen wollten; es gebe eine „Einheitspartei-regierung“, diese „demütige ihr Ernährer“; Bundesregierung sei eine „Verbrecherbande“ und „Bandenregierung“; „verbrecherische Clique, die sich Politiker schimpft“) - negative Projektionsfläche der Ablehnung und Abwertung war zumeist die damalige Bundeskanzlerin Merkel: Merkel sei so „weltfremd“ und „abgehoben“ wie Honecker; wir hätten neben Covid-19 ein „Angela 2020“-Virus, die auch eine „Bedrohung für Gesellschaft und Gesundheit“ sei; Merkel sei „gefährlichste Politikerin in Europa“, „Terminatorin“, „Hosenanzug des Todes“; Teilnehmende tragen „Nieder mit dem Merkel-Regime“-Westen; Schild im Publikum „Die Krise hat einen Namen Angela Merkel“. Häufiger wurde der damalige Bundesgesundheitsminister Spahn (z.B. „Spahndemie“), seltener die Thüringer Landesregierung oder kommunale Politiker*innen angegriffen; allerdings: Redner*innen aus Bayern diffamierten stets den bayerischen Ministerpräsidenten Söder (z.B. „Söldolf“). - Einstellung, corona-bezogenen Einschränkungen bzw. Maßnahmen dürften nicht „ungestraft“ bleiben <p>Einordnung: Narrative gegen „ihr da oben“ und als homogen verstandene Eliten als Indikator für Populismus; Elitenkritik ist nicht konstruktiv, sondern diskriminierend (z.B. wird Kritik an möglichen Interessenskonflikten bei Spahn mit homophober Äußerung verknüpft); politische Eliten werden zu Feindbildern aufgebaut, denen gegenüber die Anwendung von Gewalt legitimiert wird; seit der sogenannten Flüchtlingskrise ist Merkel eine negative Projektionsfläche und ein Feindbild innerhalb der populistischen bis extremen Rechten („Merkel muss weg!“), dadurch Anschlussfähigkeit und Resonanzraum vorhanden</p>
gegen Bill Gates	<ul style="list-style-type: none"> - zu Bill Gates äußern sich zumeist, aber nicht ausschließlich Q-Anon-Anhänger - Gates wird als Sündenbock und Strippenzieher hinter der Corona-Pandemie („Virenverkäufer Bill Gates“, 12.07.2020, Schmalkalden) und (Welt-)Politik dargestellt (er „gibt in der Politik Ton und Text an“, 01.06.2020, Schmalkalden; Maskenpflicht sei „der Merkel von Bill Gates aufgeschwatzt“ worden, 29.06.2020, Bad Salzungen), der eigene Pläne verfolge („die totale Kontrolle der Völker unter Herrschaft reicher Weltkonzerne, denken wir nur an Bill Gates, die Bevölkerungsreduzierung und die Versklavung der Menschen“, 29.06.2020, Bad Salzungen),) - diffamierender „Gib Gates keine Chance“-Slogans vielfach auf Bannern oder Kleidungsstücken im Publikum <p>Einordnung: die Vorstellung, (einfluss-)reiche Wirtschaftseliten oder Konzerne würden sinistere Pläne verfolgen, die dem Volk entgegenstehen und bei der die Eliten die Politik (korrupte Eliten etc.) im Geheimen einseitig steuern und kontrollieren, ist eine verkürzte, unterkomplexe Lobbyismuskritik und eine Blaupause für Verschwörungsideologien, dessen Denkweise strukturell der antisemitischen Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung ähnelt, womit solche Äußerungen daran anschlussfähig sind; Analogie zu „Gib AIDS keine Chance“ setzt die Aktivitäten von Gates biologistisch mit einer gefährlichen, das Immunsystem schädigenden Krankheit gleich</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
gegen sogenannte Mainstream-Medien	<ul style="list-style-type: none"> - Redner*innen sagen wiederholt, die klassischen, sogenannten Mainstream-Medien würden lügen („Lügenmedien/-funk/-presse“), manipulieren, Informationen verheimlichen und Propaganda verbreiten; sie seien von Politik und Eliten gesteuert und gleichgeschaltet, „sind überwiegend stramm auf Regierungslinie, ganz wie zu unzähligen Zeiten der deutschen Geschichte“ (25.10.2020, Meiningen), würden „Gefälligkeitsjournalismus“ und „regierungstreue Hofberichterstattung“ betreiben, Korruption von Regierungspolitikern nicht aufdecken und das Volk spalten, kurzum: „Die Medien sind die schlimmsten.“ (24.05.2020, Meiningen) - Ablehnung und Abwertung richtet sich v.a. gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk („GEZ-Medien“, „Zwangsgebühren-Märchen“; RBB sei „Lügenfunk“) - Doppelbotschaft: „Die da oben und auch die Medien müssen ihre Deutungshoheit verlieren.“ (20.07.2020, Bad Salzungen) und Werbung für alternative Medien; wenn sogenannte Mainstream-Medien positiv und affirmativ über Proteste o.ä. berichten, dann erfolgt Lob, wenn negativ berichtet wird, wird im Anschluss diffamiert und attackiert <p>Einordnung: „Lügenpresse“ u. ä. Begriffe sind medienfeindliche, verschwörungsideologische Diffamierungen, die über konstruktive Medienkritik hinausgehen; sie werden seit den Pegida-Protesten einschlägig als Kampfbegriffe von populistischen bis extrem Rechten verwendet und dienen als Legitimation für Gewalt gegenüber Medienschaffenden (Rathje 2019); Behauptung und Vorstellung, Eliten würden Medien kontrollieren, ist eine Blaupause für Verschwörungsdenken; Äußerung, die Medien seien „von Manipulation zu knallharten Lügen“ übergegangen „was Trump betrifft und das permanente Putin-Bashing“ (13.09.2020, Schmalkalden), verharmlost antiliberalen Staatsoberhäupter, die autoritär bis autokratisch herrschen wollen</p>
positive Bezüge zum Patriotismus, Nationalismus und Volk	<ul style="list-style-type: none"> - meist genutzt als spiegelbildliches Narrativ zur Ablehnung und Abwertung von Eliten, die gegen das bzw. „unser“ Volk agieren würden (z.B. „die Politik mit ihrem Tiefstaat bedient sich am deutschen Volk und bemerkt nicht einmal, wie es in der Bevölkerung brodelte“, 12.07.2020, Schmalkalden; „Wir befinden uns seit vielen Monaten im Krieg mit unserer Regierung gegen das eigene deutsche Volk ...“, 13.09.2020, Schmalkalden) - Beispiel für positive Bezüge: „Heimatliebe ist kein Verbrechen“-Banner hinter dem Redner*innenpult; Redner*innen begrüßen und bezeichnen das Publikum vielfach als „Patrioten“ oder sehen sich und diese als „Patrioten, die sich gegen das System auflehnen“ (20.07.2020, Bad Salzungen); Buh- und Pfui-Rufe sowie Pfiffe nach Aussage, Merkel habe eine Deutschlandfahne in die Ecke geworfen (01.06.2020, Schmalkalden; bezieht sich vermutlich auf eine CDU-Wahlparty nach der Bundestagswahl 2013; Roßmann 2016); „Wir sind das Volk“-Chöre und Beschriftungen auf Flaggen; „übermächtige mediale Gehirnwäsche, die schon seit Jahrzehnten die Gehirne der Menschen umgedreht hat“, hätte uns „über Jahrzehnte unsere eigene Identität“ „abtrainiert“, man solle wieder selbstbewusster zur deutschen Identität bzw. zum „Deutsch-sein“ stehen (18.10.2020, Bad Salzungen) <p>Einordnung: solche und ähnliche Bezüge sind anschlussfähig für Rechtsextreme oder werden von ihnen verwendet; der Heimatliebe-Slogan wird insbesondere von der Identitären Bewegung genutzt; Fahnenwort „Identität“ ist für Rechtsextreme eine diffuse, positive Projektionsfläche für völkisches und ethnopluralistisches Denken (Bruns et al. 2019)</p>
gegen Corona-Pandemie und Schutzmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Verharmlosung bis Leugnung der Gefährlichkeit oder Existenz des Corona-Virus (sei wie „bessere Grippe“ oder „Einzelfälle“ „wie bei jeder Grippe“; sei nur eine „saisonale Erkältung“; Pandemie sei „riesengroße Lüge“ und „Massenhysterie“; „Panik-Pandemie“ sei „vorgegaukelt“; „Corona-Schwindel“, „Fake-Pandemie“; einmal unterschwellig rassistisch konnotiert: Corona sei eine „chinesische Mikrobe“, 26.07.2020, Meiningen) - häufig in Verbindung mit Verschwörungsdenken (Corona diene der Politik zur Verschleierung bestimmter Tätigkeiten, sei „nur Politik“ und kein „echtes Virus“; Corona sei eine „Ablenkung“ und das „Trojanische Pferd“, mit dem eine „Neue Weltordnung“ etabliert werden soll, 26.07.2020, Meiningen), das sich auch rechtsextrem äußert (Corona solle von „Invasion von Menschen“ und „Umvolkung“ ablenken, 17.08.2020, Bad Salzungen) - Banner mit „Wir fordern einen neutralen Corona-Untersuchungsausschuss“ (31.05.2020, Meiningen) <p>Einordnung: in den Einstellungen äußert sich ein wissenschaftsfeindlicher Duktus und Impetus, der häufig mit rechtsextremer Verschwörungsideologie verbunden ist</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Ablehnung der Maskenpflicht	<ul style="list-style-type: none"> - quer durch alle Proteste und Reden ist der Mund-Nasen-Schutz (MNS) und die Pflicht zum Tragen einer Maske das zentrale, identitätsbildende Feindbild, mit dem nur Negatives und vehemente Ablehnung verbunden ist und dessen pejorative Sprachbilder sich ins Superlative überschlagen, v.a. bei (Schul-)Kindern. „Maulkorbverordnung“, d.h. das Tragen von MNS („Maulkorb“, „Lappen“ und „(Gesichts)Windel“) sei „Unterwerfung“ bzw. eine „demütigende Unterwerfungsgeste“, „Gehorsamkeitsprüfung“, „Symbol der Unterdrückung“ bzw. „Symbol der Versklavung“, wie eine „FDJ-Bluse“, ein „Folterinstrument“, gar ein „Anschlag ... auf die menschliche Würde“; bei (Schul-)Kindern sei es „Kindesmisshandlung“, Merkel und Söder betrieben „seelischen Missbrauch“ an ihnen - Ablehnung wird unterschiedlich (kombiniert) begründet: von rational (Masken seien wirkungslos; Corona sei harmlos; Verordnungen seien nicht wirksam) über emotional und mit unbelegten Behauptungen verbunden (mehrfach wird behauptet, unter anderem unter Berufung auf Bodo Schiffmann, Schüler*innen seien wegen des Tragens einer Maske gestorben; diese Behauptung ist nachweislich falsch und frei erfunden; Gensing 2020; Schwarzer 2020a; 2020b; Wesolowski 2020) bis hin zu narzisstischen Motiven (Redner*innen tragen gerne vor, dass sie sich deviant verhalten haben, z.B. beim Friseur oder Einkauf keine Maske getragen zu haben, und erhalten dafür stets Applaus und Zustimmung vom Publikum) <p>Einordnung: die pejorativen Sprachbilder, vehemente Ablehnung des MNS und Bereitwilligkeit zur Aufnahme und Weitergabe von frei erfundenen Falschmeldungen und Desinformation sowie die Vorstellung, die Regierung (der Staat, die Politiker*innen) würde(n) die Bevölkerung und Kinder absichtlich und vorsätzlich quälen etc., spiegelt ein hohes Maß an Irrationalität, Wissenschaftsfeindlichkeit und Misstrauen gegenüber der Regierung (dem politischen System und Politiker*innen) wider; oben genannte narzisstische Motive können dazu führen, dass „negative Gefühle auf Verschwörer externalisiert werden und ihnen die Schuld am Scheitern der eigenen Gruppe zugeschoben wird“ (Lamberty/Imhoff 2021, 204); all das macht sie anfälliger für Verschwörungsdenken</p>
antisemitische Chiffren	<ul style="list-style-type: none"> - einige Redner*innen äußern bzw. nutzen Wörter und Begriffe, die antisemitisch chiffriert bzw. codiert sind - z.B. antisemitisches Bild der Marionetten und Strippenzieher (Regierung Merkel seien nur „Marionetten einer satanischen Globalistenclique, deren Ziel die Auflösung aller nationalen Strukturen“ und man sei „gegen die Fehlpolitik der Marionettentruppe in der Merkel Regierung“, <i>Frank Haußner</i> am 31.10.2020 in Schmalkalden; es gebe „einige Superreiche“ und mächtige Finanziere, die die Fäden ziehen, den Weltfrieden verhindern bzw. sabotieren, die sogenannten Mainstream-Medien steuern und eine Neue Weltordnung aufbauen wollen, „um noch mehr Geld abzuschöpfen.“, 12.07.2020, Schmalkalden) - z.B. antisemitische Angstvorstellung einer Weltverschwörung gegen das sogenannte Deutschland (in der Rede einer Person von „Querdenken“-Erfurt: Corona sei Teil des Plans zur Neuen Weltordnung des „grenzenlosen Profit[s]“, die nationale Grenzen abschaffen wolle und keine, „schon gar keine deutsche“ Kultur haben wolle, weil die „einst deutsche starke Kultur stören den Plan“, „ein starker deutscher Nationalstaat stört den Plan ganz gewaltig“, 12.07.2020, Schmalkalden) - z.B. antisemitische Teufelsmetapher bzw. Zoomorphismus in Verbindung mit Entmenschlichung („Wenn wir diese faschistisch-bestialischen Kreaturen mit samt ihrem Teufel von diesem Planeten jagen wollen, dann müssen wir nächste Woche [am 7.11.2020] in Leipzig ernst machen.“, 31.10.2020, Schmalkalden) - auffällig hierbei: viele der Redner*innen, die solche Chiffren nutzen, äußern sich auch geschichtsrevisionistisch (in Form des sekundären Antisemitismus) und/oder sind auch außerhalb der hier analysierten Demonstrationen als Verschwörungsideologen mit antisemitischen Einsprengseln bekannt bzw. einzuordnen <p>Einordnung: solche Chiffren können bewusst oder unbewusst genutzt werden und sie sind oft mit Verschwörungsdenken und Feindbildkonstruktion verknüpft; weil die Verwendung der Chiffren von Redner*innen zumindest teilweise bewusst erfolgte, ist davon auszugehen, dass diese Redner*innen wegen der Strafbarkeit und sozialen Ächtung von offenen, primären Antisemitismus auf diese Art ihr antisemitisches Gedankengut verbreiten wollen</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Geschichtsrevisionismus und sekundärer Antisemitismus	<ul style="list-style-type: none"> - Redner*innen betreiben verschiedene Formen des Geschichtsrevisionismus, am meisten bezüglich der DDR (siehe „Corona-Diktatur“) und in Form des sekundären Antisemitismus (Schuldabwehr und/oder Relativierung des Holocausts, z.B. gegen „Schuldkult“), sie verbinden dies häufig mit anderen Themenfeldern (z.B. Kritik an Eliten und Medien oder Verschwörungsdenken) - eine Rednerin erhält viel Applaus für die Frage: „[...] glaubt ihr immer noch an die Rassismusgrütze oder ist es nicht endlich an der Zeit, dieses Wort zu streichen und uns von der ewigen Schuld zu befreien?“ (12.07.2020, Schmalkalden) - ein Redner kritisiert, dass Spahn Masken ans Ausland „verschenkt“, „weit weg in die Welt“ und „nicht an sein eigenes Volk. Das ist so traurig. [...] Keine Ahnung, ob wir eventuell das auch noch in 100 Jahren, wir unsere nächste Generation permanent für irgendwas bezahlen müssen.“ (17.08.2020, Schmalkalden) - ein Redner verknüpft sekundären Antisemitismus mit einer Kritik an der Energiewende, Klima- und Corona-Politik: „Es folgt immer demselben Schema: Du und deine Eltern oder deine Ahnen haben folgendes Böses getan. Du hast deswegen Schuld an dies und jenem bzw. bist schuldig. Also mache Folgendes. Meistens wird’s dann teuer oder man gibt irgendwas ab. [...] Die moderne Version ist die CO2-Klimasekte, die gesamte Ökodiktatur. [...] vor allem das unwidersprochen, jedes auch noch so selten dämliche Geschichtsbild über unsere Vergangenheit in den Medien hingenommen wird. [...] Deswegen ist es entscheidend, dass wir merken, dass unsere Geschichte manipuliert ist“, man müsse sich „informieren, über die Geschichte, über inszenierte Weltkriege, über die Kriege und das Chaos und Wirtschaftskrisen, welche immer von derselben Eliten geschaffen werden, wie jetzt auch die Corona-Krise, die gar keine ist.“ (20.07.2020, Bad Salzungen) <p>Einordnung: siehe Themenfeld „Corona-Diktatur“; Geschichtsrevisionismus ist eine maßgebliche „Hilfsideologie“ (Benz 2016, 210) bei der Verbreitung von rechtsextremer und menschenfeindlicher Ideologie (Salzborn 2018, 28 ff.; Vierregge 2008, insbesondere 334 f.); sekundärer Antisemitismus ist laut Thüringen Monitor (2021: 98 ff., 116 f.) im Freistaat relativ weit verbreitet und „umso gefährlicher als er vorgibt, rational und sachlich zu argumentieren, lediglich ‚Kritik‘ zu äußern oder ‚Fragen‘ zu stellen. Dies macht ihn anschlussfähig – über soziale und politische Milieus hinweg“ (ebd., 102); zielt nicht auf Erkenntnisgewinn ab, sondern wird instrumentell und taktisch eingesetzt, z.B. um Verwirrung zu stiften und um Ideologie zu verbreiten (Botsch 2020, 24 f.; Benz 2016)</p>
Systemopposition bis -umsturz	<ul style="list-style-type: none"> - im Unterschied und als Ergänzung zur Feindmarkierung von Menschen und zum Widerstand gegen „Corona-Diktatur“ - Redner*innen lehnen Bundesregierung, das politische und bestehenden Parteiensystem ab, stehen dem System oppositionell gegenüber, wollen dieses nicht selten abschaffen bzw. überwinden, meist mit Rekurs auf die friedliche Revolution 1989/90 in der DDR - eine Rednerin sagt: „Dieses ganze politische System ist keine Alternative für uns.“ (erhält Applaus) „Ist eine Partei zu wählen die letzte und einzige Lösung? Ist dieses Parteiensystem evolutionär überhaupt noch tragbar? [...] Ein Umdenken muss her. Mit diesem Parteiensystem werden wir zugrunde gehen.“ (erhält Applaus) (22.06.2020, Schmalkalden) - eine rechtsextreme Liedermacherin sagt: „89 haben wir schon einmal was geschafft [...] also lasst uns diesen Mist noch mal machen. Und dann richtig. Ich sage ganz klar: Wir müssen die Regierung abschaffen.“ (erhält Applaus) (31.10.2020, Schmalkalden) - ein ehemaliger AfD-Funktionär aus Bayern appelliert, sich auf „die Zeit der Mistgabel“, d.h. den Kampf gegen das System vorzubereiten (31.10.2020, Schmalkalden); bei einer längeren Rede sagt er, es gehe letztlich darum, dass seiner Meinung nach „marode“ politische System zu überwinden, in dem eine „verbrecherische Clique, die sich Politiker schimpft“, das Volk „ausgebeutet“ habe. „Wir brauchen ein Politikwechsel, wir brauchen einen Systemwechsel und wir müssen weg von diesem widerlichen Parteiensystem“ (erhält Applaus) (18.10.2020, Bad Salzungen) <p>Einordnung: das Widerstandsnarrativ gegen „Corona-Diktatur“ ist hier stärker gewaltgeladen und revolutionär; Adressaten ihrer Kritik sind nicht Elemente der repräsentativen Demokratie (Parteien und Berufspolitiker*innen werden als Grund des Übels gesehen und deswegen abgelehnt), sondern „das Volk“ solle sich erheben</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Reichsbürger-Ideologeme	<ul style="list-style-type: none"> - Reichsbürger*innen werden von Organisator*innen als Redner*innen, Ordner*innen und Teilnehmende aktiv geduldet - in vielen Reden werden verschiedene einschlägige Schlüsselbegriffe und -narrative geäußert (z.B. Werbung für „Verfassungsgebende Versammlung“, Begrüßungsfloskeln wie „Verfassungsvolk, Menschen und Souverän“; es bestünde noch eine Feindstaatsklausel und gebe keinen Friedensvertrag oder es brauche einen Friedensvertrag mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges; Deutschland sei weder frei noch ein Staat, sondern sei noch besetzt oder ein „BRD-Konstrukt“; Grundgesetz sei wahlweise nicht gültig, außer Kraft gesetzt, gar „keine Verfassung [...], sondern nur ein Grundgesetz“ [sic!] oder nur ein „durch Okkupanten geschaffenen Verwaltungsgesetz“; man wolle Deutschland wieder souverän und frei machen) <p>Einordnung: Reichsbürger*innen sind ein heterogenes Milieu und bieten ein breites Spektrum von Verschwörungsideologien an, die das bestehende politische System und ihre Repräsentant*innen delegitimieren und Gewalt legitimieren; zwischen diesen Vorstellungen und dem Rechtsextremismus bestehen historisch enge und ideologisch viele Schnittpunkte, die als Türöffner und Scharnier zum Rechtsextremismus angesehen werden können (Michelsen et al. 2020, 26 f.).</p>
Verschwörungsideologien bzw. verschwörungsideologischen Denken gegen „Corona-Pandemie“	<ul style="list-style-type: none"> - Redner*innen versuchten Corona-Pandemie durch Bezug auf verschiedene Verschwörungsideologien zu erklären; das reicht von der Rezeption populärer Verschwörungsideologien über pseudowissenschaftliche oder irrational-abstruse Erklärungsversuche bis hin zu einschlägig rechtsextremen Verschwörungsideologien (siehe eigenes Themenfeld dazu) - es ginge um „Geld und Macht“; mit Impfstoffen (mRNA) wolle man nur Geld verdienen; einer der Ärzte für Aufklärung sei bei Eigenrecherche auf eine PowerPoint Präsentation von der WHO gestoßen, wie man Impfbereitschaft erhöhe; Bill Gates würde seinen Plan umsetzen, die Menschheit zu minimieren (siehe Themenfeld „Bill Gates“); es gebe einen „ganz perfiden“ „Plan“, wir würden in die „Sklaverei“ kommen, wenn man nichts dagegen mache; „Politik mit ihrem Tiefstaat bedient sich am deutschen Volk“ (12.07.2020, Schmalkalden); Corona-Politik diene als Ablenkung oder Vorstufe zur Bargeldabschaffung und der „Geldlüge“; mit PCR-Test könnte man gechipt werden, das könnte zum Tod führen, weil „Skalarwellen“-Zellen-Kommunikation gestört werden könnte (12.10.2020, Schmalkalden);²⁹ ein Organisator sagt, „die“ würden ein Internierungslager für Ungeimpfte planen und „uns wegstecken“, er traue es „ihnen“ zu - man wolle (1) davor warnen, (2) die „Schlafschafe“ bzw. „Corona-Matrix-Schlafschafe“ aufwecken, (3) sich vor den „Systemhörigen“ abgrenzen und (4) letztlich dagegen ankämpfen (haben sich zusammgefunden, um etwas „Grundböses“ aufzuhalten) - außerdem: Gegendemonstrationen bei einer Querdenken-Demonstrationen in Berlin werden damit erklärt, dass es „gewaltbereite Söldner, bezahlte Provokateure, skrupellose V-Leute“ gegeben habe, die den „friedlichen Protest“ als „kriegerischen Aufstand darzustellen“ versuchten (13.09.2020, Schmalkalden) <p>Einordnung: komplexreduzierte Denkweise und Behauptung, Corona-Pandemie sei nur ein Vorwand, um einen geheimen Plan von einflussreichen Eliten umzusetzen, bei dem Politiker*innen und Medien von jenen Eliten gesteuert würden wie Marionetten, dient als antisemitische Chiffre und weist eine strukturelle Nähe zur jüdischen Weltverschwörung auf; Personifizierung der Verschwörer in Form von George Soros (überspitzt: ein reicher jüdischer Banker) ist ein klassischer antisemitischer Topos, in Form von Bill Gates (via Spenden an WHO) ist eine ökonomische Umdeutung dieser antisemitischen Chiffre; eine jeweilige Instrumentalisierung dessen schafft eine strukturelle und inhaltlich-diskursive Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Narrative</p>
rechtsextreme Verschwörungsideologien	<ul style="list-style-type: none"> - Redner*innen äußerten Schlüsselbegriffe und Narrative von verschiedenen rechtsextremen Verschwörungsideologien (z.B. „Umvolkung“, „Umerziehung“, „Großer Austausch“, „Migrationssteuern“; „gesteuerte und geplante Völkerwanderung nach Europa mit dem Ziel, die Nationalstaaten zu zerstören“, 06.07.2020, Schmalkalden) oder verknüpften verschwörungsideologische mit rechtsextremen Narrativen (z.B. „Neue Weltordnung“ oder „Great Reset“ werden verknüpft mit antisemitischen Chiffren oder ethnopluralistischen Narrativen: Corona sei ein „Baustein“ einer „globalen Politik“ des „Great Reset“ und der „One World Ideologie“, 31.10.2020, Schmalkalden; Corona sei Teil des Plans zur Neuen Weltordnung des „grenzenlosen Profit[s]“, die nationale Grenzen abschaffen wolle und keine, „schon gar keine deutsche“ Kultur haben wolle, weil die „einst deutsche starke Kultur stören den Plan“, „ein starker deutscher Nationalstaat stört den Plan ganz gewaltig“ (siehe Themenfeld „antisemitische Chiffren“)) <p>Einordnung: komplexreduzierte Behauptung und Denkweise, globale Elite würden einen geheimen Plan verfolgen, durch gesteuerte Migration Nationalstaaten und ‚autochthone‘ Bevölkerungsstrukturen zu verändern, vermischt Antisemitismus, Rassismus, Ethnopluralismus, völkischen Nationalismus, Antiliberalismus und Antipluralismus und baut ein Bedrohungsszenario auf, gegen das sich auch mit Gewalt gewehrt werden kann bzw. soll</p>

²⁹ „Utter nonsense“ und „crazy science-fiction at best“ sind die Theorien, auf die sich der Redner bezieht, vgl. <https://retractionwatch.com/2013/02/22/way-out-there-paper-claiming-to-merge-physics-and-biology-retracted/> (Abruf: 22.08.2022).

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Freund-Feind-Markierung, Bestrafung und Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> - im Unterschied und als Ergänzung zu den Themenfeldern „Systemopposition bis -umsturz“ und zum Widerstand gegen „Corona-Diktatur“ - Redner*innen markieren insbesondere Eliten und Medien (siehe oben) sowie Repräsentant*innen des Staates (z.B. Polizeibeamte „als willfähige Vollstrecker eines mittlerweile totalitären Regimes“, 18.10.2020, Bad Salzungen) als Gegner bis Feinde, vereinzelt auch normale Bürger*innen, die z.B. an Maskenpflicht erinnern („kleinen Nazis an der Kühltheke“; „diese kleinen Blockwarte“ in den Geschäften; „Spalter beseitigen“; 18.10.2020, Bad Salzungen; 13.09.2020, Schmalkalden), gegen die jeweils Widerstand geleistet bzw. an denen Rache geübt werden kann bzw. soll - Widerstand und Gegengewalt reicht von Bedrohung über vor Gericht zur „Rechenschaft ziehen, für das, was sie eigentlich verbrochen haben an ihrem eigenen Volk“ (17.08.2020, Bad Salzungen) oder „die Kriminellen und ihre Handlanger wegsperren“ bis hin zur Gewalt; vereinzelt mit Entmenschlichung verbunden (siehe Beispiel Sonneberg, 17.08.2020) - man solle Kinder mit Thema Corona nicht verängstigen, „ich sage immer scherzhaft: andernfalls habe ich eine eingeschmierte Axt“ (01.06.2020, Schmalkalden); „Und deshalb rufe ich dazu auf, auch wenn das [...] eine Straftat sein soll, nicht vor den Rathäusern zu demonstrieren, nicht vor den Landratsämtern, sondern endlich hineinzugehen und die Verbrecher herauszuholen.“ (erhält starken Applaus) (31.10.2020, Schmalkalden) - Bestrafung und Gewaltanwendung wird unterschiedlich legitimiert: als Widerstand gegen Corona-Diktatur; weil die markierten Gegner und Feindbilder kriminell seien, Verbrechen am eigenen Volk begingen, Kinder verängstigen; weil ihnen das Menschliche fehlt bzw. sie keine Menschen mehr sind; „in Notwehr“ <p><u>Einordnung:</u> Gewalt wird als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen angesehen, propagiert und legitimiert; das Widerstandsnarrativ richtet sich hier expliziter gegen Menschen und nicht bloß gegen das System; beinhaltet eine Denkweise der Entmenschlichung und des Freund-Feind-Denkens im Sinne von Carl Schmitt, d.h. die Eliminierung des Gegners als Ultima Ratio wird nicht explizit ausgeschlossen</p>
Xenophobie, Rassismus, Ethnopluralismus	<ul style="list-style-type: none"> - wenn Redner*innen sich zum Thema Migration, Flüchtlingspolitik, Geflüchtete bzw. Migrant*innen äußern, dann überwiegend in negativ-kritischer, ablehnender, undifferenzierter und abwertender Art und Weise (z.B. gegen „Messerartisten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“; „die Flüchtlingspolitik, die unsere Kultur zerstören und uns zu einem Multikultimischmasch machen soll“, 12.07.2020, Schmalkalden); in diesem Zusammenhang werden häufig Verschwörungsideologien bzw. Desinformation verbreitet und/oder rechtsextreme Schlüsselbegriffe und Narrativ rezipiert - es gebe eine „Migrationssteuerung“ durch Eliten; ein Redner behauptet, damit Flugzeuge in der ersten Welle der Corona-Pandemie nicht leer, d.h. mit zu wenig Passagieren fliegen müssten, würden Geflüchtete in Flugzeuge nach Deutschland kommen; „Lasst uns eine neue Welt erschaffen. Ich will keine bunte Welt. Ich will eine Welt in der alle Völker klar ersichtlich neben-, aber nicht miteinander leben.“ (Ethnopluralismus; 09.08.2020, Meiningen); eine Rede in Bad Salzungen vom 03.08.2020 ist durchsetzt von Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Vorurteilen (Beelmann et al. 2022) - Publikum goutiert solche Aussagen mit Zuspruch und ohne Widerspruch; Organisator*innen verbreiten solche Äußerungen selbst oder widersprechen diesen ebenfalls nicht <p><u>Einordnung:</u> die relativ häufige Verbreitung und Akzeptanz dieser Äußerungen bzw. der fehlende Widerspruch gegenüber xenophoben, rassistischen und ethnopluralistischen Äußerungen auf den analysierten Demonstrationen deutet daraufhin, dass unter den Teilnehmenden ein hohes Maß an Duldung bis Zustimmung existiert; damit verbreiten und normalisieren die Demonstrationen menschenfeindliche, rechtsextreme Einstellungsmuster und dienen ihnen als Resonanzraum</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Q-Anon-Ideologie	<ul style="list-style-type: none"> - Redner*innen verbreiten bzw. bedienen sich der Q-Anon-Verschwörungsideologie (zumeist durch Verweise auf Pädophilie, verschwundene Kinder, „Deep State“, Nennung von Donald Trump als Retter und George Soros als Gegner), verbinden das zumeist mit einer Kritik an Eliten, Medien und/oder der Demokratie und nehmen auch Bezug auf weitere, unter anderem rechtsextreme Verschwörungsideologien und nutzen antisemitische Chiffren - Beispiel: ein Redner sagt in zwei Reden in Bad Salzungen (06. und 20.07.2020): es finde ein „Großer Austausch“ statt, „vor ein paar Jahren“ habe es „eine gesteuerte und geplante Völkerwanderung nach Europa [gegeben] mit dem Ziel, die Nationalstaaten zu zerstören, [es] brach eine tödliche Lawine über uns herein“, es gebe eine „Weltdiktatur“, die EU seine „Krake“, er bezeichnet Hillary Clinton als „korrupte Killary“, verweist auf pädophile Kreise; „anonyme Eliten im Hintergrund“ würden ihren „letzten Kampf“ kämpfen. „Lasst uns diese Brut ans Licht führen“ (Publikum applaudiert); es gebe eine „Pädoszene“ und einen „Deepstate“ in den USA sowie ein „weltweites Medienkartell“ und Soros habe an Black Lives Matter „für Waffenkäufe“ gespendet, um den „Deepstate“ zu erhalten - einige Teilnehmende tragen Q-Anon-Kleidung <p><u>Einordnung:</u> Q-Anon-Ideologie fungiert als Katalysator, Brückennarrativ, Vehikel und Baustein für menschen- und demokratiefeindliches Verschwörungsdenken</p>
Angst- und Feindbild Antifa	<ul style="list-style-type: none"> - im Unterschied und als Ergänzung zum Themenfeld der „Freund-Feind-Markierung“ von Menschen, wird hier vielfach wiederholt „die Antifa“ als ein Feindbild markiert und diffamiert („Zacken“, 22.11.2020, Meiningen) - v.a. Redner*innen, die politisch rechts einzuordnen sind, nutzen den Begriff häufig (eine neu rechte Rednerin erwähnt „Antifa“ ein Dutzend Mal in ihrer Rede am 29.06.2020 in Sonneberg) - „die Antifa“ dient in den Reden als politischer Kampf- und Auffangbegriff für unbeliebte bis verhasste Gegendemonstrant*innen, die auf diese Weise diffamiert werden sollen, denn sie wären keine legitimen Demonstrierenden, sondern sie wären von der Regierung bezahlt/gekauft und/oder hätten keine Ahnung; das dient zugleich der Eigenaufwertung und -täuschung: „die Antifa“ wären für Krawalle bei Querdenken-Demonstrationen verantwortlich - „die Antifa“ wird häufig mit Regierung und damaliger Bundeskanzlerin Merkel in Verbindung gebracht (z.B. Staat bzw. Regierung finanziere Antifa; „Merkel ist die Königin der Antifa“, 29.06.2020, Sonneberg; Antifa seien Schlägertrupps von Merkel und würden unter Schutz der Regierung und Medien stünden) <p><u>Einordnung:</u> „die Antifa“ wird hier als negativ konnotierter Kampfbegriff genutzt (gewaltbereite Linke) und neben „den Eliten“ als antagonistischer Gegenspieler konstruiert und diffamiert; dient der Verunsicherung und Delegitimierung von Akteur*innen, die sich gegen die Proteste von Querdenken u. ä. engagieren; erinnert und ist anschlussfähig an rechtsextreme „Anti-Antifa“-Konzepte</p>
Verharmlosung von Rechtsextremismus und gegen Linksgrün	<ul style="list-style-type: none"> - einige Äußerungen verharmlosen den Rechtsextremismus: (ein Redner kritisiert den „Kampf gegen rechts“ als „Kampf gegen das eigene Volk“ (13.09.2020, Schmalkalden, eine Rednerin beschwert sich über die „Rassismusgrütze“ und „ewige Schuld“, d.h. sie will nicht mehr an Rassismus und die Verbrechen der NS-Zeit bzw. den Holocaust erinnert werden (12.07.2020, Schmalkalden); ein AfD-naher Redner nutzt B. Höckes geschichtsrevisionistischen, Holocaust-verharmlosenden Duktus vom „Denkmal der Schande“, um den Ausbau des Bundeskanzleramtes und Merkel zu kritisieren (31.10.2020, Schmalkalden); für eine Rednerin seien alle Parteien außer der AfD „ideologisch Linksaußen“ (31.10.2020, Schmalkalden) - die Nennung von linken und grünen Politiker*innen bzw. deren Parteien führt häufig zu Buh-Rufen im Publikum und ist meist mit abschätzigen Bezeichnungen verbunden (z.B. ist eine grüne Bundestagsabgeordnete aus Thüringen als „Kobold-Grüne“ bezeichnet worden; DIE LINKE wird mit der SED gleichgesetzt; „Das ist die Willkommenskultur der rot-grünen, versifften Leitkultur.“, 03.08.2020, Bad Salzungen; „Der links-grün-faschistische Genderwahn ruiniert uns.“, 09.08.2020, Meiningen) <p><u>Einordnung:</u> Verharmlosung von Rechtsextremismus ist für sich bereits ein Problem; das in Verbindung mit den Antipathien gegenüber Linksgrün, dem Antifa-Angst- und Feindbild und den Themenfeldern, die eine Nähe bzw. Verknüpfung zum Rechtsextremismus aufweisen, deuten darauf hin, dass auf den untersuchten Protesten zumindest ein Resonanzraum existierte, der wenig Berührungspunkte mit dem Rechtsextremismus aufwies</p>

Thema	Beschreibung, Erläuterungen, Beispiele, Einordnung
Narrative zu Grundrechten, insbesondere zur Meinungsfreiheit	<ul style="list-style-type: none"> - wenn es um Grundrechte geht, dann zeigen Redner*innen oft ein verengtes, absolutes Verständnis von Grundrechten (dürften „nicht angetastet werden“, 01.06.2020, Schmalkalden) und Freiheit („Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“, 20.07.2020, Bad Salzungen) - zumeist wird ein Bezug zur Meinungsfreiheit bzw. „freie Meinungsäußerung“ hergestellt, die angeblich durch „GEZ-Medien“ abgeschafft werden sollte, nicht mehr existiere oder durch „politische Korrektheit“ beschränkt sei (eine Rednerin behauptet, es finde Zensur und Löschungen durch ein „Ministerium für Zensur und Staatspropaganda“ statt, es gebe ein „Gesinnungsdiktat“ und „es herrscht der Faschismus und es gibt nur noch eine Meinung, die politische korrekte.“ (31.10.2020, Schmalkalden); ein Organisator distanziert sich von „denjenigen, welche die Meinungsfreiheit beschränken“ und er stört sich daran, dass Bücher auf dem „Index“ stehen (meint vermutlich die Liste der jugendgefährdenden Medien) (12.07.2020, Schmalkalden) <p><u>Einordnung:</u> solche Bezüge zur Meinungsfreiheit sind eine „Verdrehungsstrategie“ (Gießelmann 2019, 291), enthalten einen verschwörungsideologischen Duktus, dienen dem Kampf um Deutungshoheit und der Immunisierung vor Kritik und sind mit Verweisen zur sogenannten politischen Korrektheit oder „Lügenpresse“ anschlussfähig an rechtsextreme Narrative und Schlüsselbegriffe (Häusler 2016; Gießelmann 2019; Rathje 2019; Virchow 2019)</p>

6 „Dambruch“ 2020 in Thüringen: Ein Beispiel für die Demokratiegefährdung durch die AfD

Zu Beginn des Jahres 2020 rückte im Thüringer Landtag ein bis dato ungeahntes Phänomen in den Bereich des Möglichen: Mit Hilfe der AfD wurde der FDP-Kandidat Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser als „Tabubruch“ bzw. „Dambruch“ bezeichnete parlamentarische Coup schlug Wellen in die gesamte Bundesrepublik. Die akute Empörung war groß, die langfristigen Konsequenzen blieben überschaubar. Was von dem Ereignis bleibt, sind Ikonografien, die der Provinzpolitik in Thüringen weltpolitischen Anstrich verleihen: Eine Fotografie zeigt, wie Susanne Hennig-Wellsows (Die Linke) Gratulationsblumenstrauß zu Kemmerichs Füßen liegt und sie mit einer knappen Verbeugung vor dem neuen Ministerpräsidenten steht. Ein anderes Bild zeigt, wie Björn Höcke (AfD) die Hand von Kemmerich schüttelt und ihn auffordernd, mit nach vorne gestrecktem Kopf, ansieht. Die Bilder haben gemein, dass von Kemmerich weder eine eigene Dynamik ausgeht, noch dass er aktiv an den Geschehnissen teilnimmt – dies ist wohl bezeichnend für seinen Fall nach Oben und die parlamentarische Aktivität in Thüringen.

Die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen im Februar 2020

Am 05.02.2020 wurde Thomas Kemmerich (FDP) im dritten Wahlgang mit 45 Stimmen (eine Stimme mehr als Bodo Ramelow) zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Diese setzten sich zusammen aus Stimmen der FDP, CDU und den gesamten 22 Stimmen der AfD. Die damalige CDU-Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer zeigte sich entsetzt von der thüringischen CDU und das CDU-Präsidium empfahl einstimmig Neuwahlen. Der damalige Bundesvorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, bediente in diesem Zusammenhang den daraufhin häufig beschworenen, aber auch durchaus schiefen historischen Vergleich zwischen der politischen Kultur in Thüringen im Jahr 2020 und jener in den 1930ern, in denen Thüringen als sogenannter „Mustergau“ politische Experimentierarena der NSDAP war (Raßloff 2015). Die direkten Nachwehen der Wahl waren gegenseitiges Beschuldigen und Ausweichen der Thüringer Regierungsparteien: Während Kemmerich nach der Wahl betonte, er sei „Anti-AfD“ und „Anti-Höcke“, war die Verwirrung groß, inwiefern die Wahlentscheidung der AfD vorher mit den Wahlberechtigten anderer Parteien abgesprochen oder intern festgelegt war. Die Thüringer SPD wiederum zog aus dem Verhalten der CDU die Konsequenz, dass zukünftige Zusammenarbeit mit dieser Partei problematisch werden könnte (Deutsche Welle Online 2020b). Langfristige Folgen gab es bei der CDU: Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), gratulierte Kemmerich zu seiner Wahl via Twitter und bezeichnete diesen als „Kandidat der Mitte“ (taz online 2020) – was ihn sein Amt kostete. Neben Hirte mussten auch Annegret Kramp-Karrenbauer und Mike Mohring als CDU-Vorsitzender zurücktreten. Angela Merkel bezeichnete die Wahl-Akzeptanz als „unverzeihlich“, was in der Folge ein juristisches Nachspiel hatte. CSU-Chef Markus Söder hingegen sprach lediglich von einem „Missgeschick“ (ebd.).

Während der Fokus des „Dambruchs“ primär auf die Verflechtung und Nähe zwischen AfD und CDU lag, fiel die Betrachtung der FDP in den Hintergrund. Kemmerich und die Thüringer FDP stilisierten sich zu überrumpelten Protagonisten. Wie ist die Dynamik zwischen CDU, FDP und AfD im Allgemeinen und in Thüringen im Speziellen einzuordnen? Bei einer Befragung des Instituts für Parlamentarismusforschung vor der Bundestagswahl 2017 nahmen 19.785 Mitglieder von Bundestagsparteien teil. Die Befragten sollten sich auf einer Skala von 1 „links“ bis 11 „rechts“ zu ihren politischen Ansichten positionieren und es ergab sich folgendes Bild: Die

Linke bei ungefähr 2.0, SPD und Grüne bei 3.4, FDP bei 6.0, CDU bei 6.9, CSU bei 7.3 und AfD bei 7.8 (Höhne 2020, 160f.). Eine Nähe zwischen AfD und CDU ist vor allem in der Wirtschaftspolitik zu finden. Getrennt werden die Parteien durch ihr Verhältnis zu rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Positionen und Einstellungen zur Demokratie. Während die CDU darauf bedacht ist, ihre konservativen Wähler*innen zu halten, wäre ein Abdriften in rechtskonservativen Populismus wie beim Flügel der AfD kontraproduktiv, da ihr Ziel als Volkspartei die Stimmmaximierung im Sinne des Ansprechens möglichst vieler Bürger*innen ist. Des Weiteren stehen die Mitglieder der CDU unter den Befragten der Studie hinter dem Bundestag und der repräsentativen Demokratie, während ein Großteil der AfD-Mitglieder diese ablehnt (ebd., 162f.). Auf dem Bundesparteitag der CDU 2018 wurde dann der *Unvereinbarkeitsbeschluss* verabschiedet, der eine Koalition oder ähnliche Zusammenarbeit mit den Parteien AfD und Die Linke kategorisch ablehnt. Die CDU ist als wahlkampf- und regierungserfahrene Volkspartei, die ein breites konservatives Spektrum abdeckt, vor allem in Westdeutschland eine gesetzte Größe, mit alt-republikanischer und vorrangig katholischer Prägung. In den Neuen Bundesländern ist ihre Genese anders verlaufen: Diejenigen CDU-Mitglieder, die dies schon zu DDR-Zeiten waren, wurden nach der Wende als Opposition zum SED-Regime gesehen und heute infolgedessen als Gegenpol zur Partei Die Linke. Nach der Wende bot die CDU dann für viele Menschen der ehemaligen DDR einen konservativen und sicheren Ort, „auch wenn diese Menschen bis dahin wenig bis keine Berührungspunkte mit christdemokratischen Inhalten hatten (ebd., 164ff.). In Anbetracht der derzeitigen Krisen sollte der Aspekt der Sicherheitsvermittlung durch konservative Standpunkte für das Wahlverhalten und die Parteienzustimmung nicht unterschätzt werden. Neben CDU und FDP steht auch die AfD für diese Werte, was bei Gleichsetzung der Parteien in der Wahrnehmung der Wähler*innen wiederum eine Gefahr für die demokratische Kultur in Thüringen darstellt, wenn die AfD deswegen erhöhten Zuspruch bei Wahlen bekommt.

In der Causa Kemmerich bleibt der Fakt, dass Thomas Kemmerich die Wahl zum Ministerpräsidenten annahm. Darin liegt der eigentliche Grund für die Empörung und deutet gleichzeitig auf das verräterische Indiz der Tolerierung von Stimmen der AfD für den Machtgewinn. Der ehemalige FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum sagte dazu, dass Kemmerich sich weder zur Wahl stellen, noch diese hätte annehmen dürfen (Deutsche Welle Online 2020b). Thomas Kemmerich kündigte am 06.02.2020 seinen Rücktritt mit der Begründung an, dass nur Mehrheiten von Demokrat*innen eine legitime Wahl darstellen und dass er das Amt des Ministerpräsidenten von der AfD-Beteiligung lösen wolle. Christian Lindner sprach in diesem Zusammenhang von einer „Brandmauer gegen rechts“ (taz online 2020). Nach dem Rücktritt Kemmerichs sagte Christian Lindner bei der Aktuellen Stunde im Bundestag zu dem Thema: „Erfurt war ein Fehler, aber wir unternehmen alles, damit es sich nicht wiederholen kann.“ (tageschau.de 2020). Direkte Konsequenzen für Kemmerich und die Thüringer FDP blieben jedoch aus, ihm wurde weder das Misstrauen ausgesprochen, noch wurde er als Landesvorsitzender abgewählt. Im Gegenteil: Im Juni 2021 gewann er erneut die Wahl zum FDP-Landesvorsitzenden Thüringens. Landesverbände sind eigenständig und werden nicht von Berlin aus registriert. Dies zeigt die fehlende Wirkung von Lindners Worten als FDP-Bundesvorsitzender. Diese Form von Uneinigkeit zwischen Bundes- und Landesverband einer Partei kann in diesem Fall demokratieschädigend sein und sich bspw. auf lange Sicht auf das Demokratievertrauen der Bürger*innen auswirken. Dies zeichnete sich zwar überraschender Weise nicht im Thüringen Monitor 2021 ab, aber die Verfasstheit der politischen Kultur kann nicht allein per empirischer Meinungsforschung bewertet werden, auch die Funktionsfähigkeit und Integrität der Institutionen spielen eine Rolle.

Eine Grundproblematik an dem Rücktritt Kemmerichs ist der generelle Umgang mit und das Verständnis von Demokratie. Objektiv und verfassungsrechtlich betrachtet hat er eine Wahl

durch demokratisch gewählte Vertreter*innen angenommen. Gleichzeitig wurden Grenzen überschritten und Absprachen übergangen, die eine Trennlinie zwischen demokratischen und demokratie- sowie verfassungsfeindlichen Werten markiert. Björn Höcke und Stephan Brandner (beide AfD Thüringen) bezeichneten den öffentlichen Druck und die Proteste nach der Wahl Kemmerichs, die neben parteiinternen und überparteilichen Forderungen mit zu seinem Rücktritt beitrugen, als „Putsch“ (AfD-Fraktion Bundestag 2020). Beide machten Angela Merkel dafür verantwortlich, die Demokratie in Deutschland zur Auslegungssache der etablierten Parteien zu machen, als sie Neuwahlen in Thüringen forderte (Deutsche Welle Online 2020a). Die Aussagen von Angela Merkel zur Wahl Kemmerichs wurden im Nachgang, nachdem die AfD beim Bundesverfassungsgericht entsprechende Anträge eingereicht hatte, von diesem als verfassungswidrig eingestuft, mit der Begründung, dass sie die Chancengleichheit der Parteien (Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG) verletzt habe. Da sie während eines Auslandsbesuchs in Südafrika die Aussage tätigte, wird dies ihrer Person als Regierungspolitikerin und nicht als Parteipolitikerin zugeschrieben. Somit hat sie als Bundeskanzlerin gegen das Zurückhaltungsgebot verstoßen (Zimmermann 2022).

Die AfD im Thüringer Landtag nach dem „Dambruch“

Die Thüringer AfD besitzt keine negative Mehrheit, könnte aber das parlamentarische Verhalten der CDU beeinflussen, wenn sich diese darauf einlassen würde und sich nicht als kooperative Oppositionspartei verstünde. Laut des Fraktionsvorsitzenden Mario Voigt kann und will die Thüringer CDU nicht mit Hilfe der AfD Siege erzielen (Hackenbruch 2022). Somit lähmt die AfD die Thüringer Politik und führt dadurch in Manier einer selbsterfüllenden Prophezeiung den Stillstand der Demokratie herbei, die sie selbst verurteilt. Die Parlamentsstrategie der AfD ist nach dem neu rechten und selbsternannten rechtsintellektuellen Publizisten Götz Kubitschek „konstruktiv-destruktiv“, mit dem Ziel Parlamente lahm zu legen (Kubitschek 2020). Wie das Beispiel Thüringen zeigt, ist sie erfolgreich in dem Modus, Landespolitik auszubremsen, basierend auf der Furcht, dass die AfD parlamentarische Mittel nutzt, um eine ähnliche Situation hervorzurufen wie im Februar 2020.

Gravierend für den Thüringer Parlamentarismus waren die Streitigkeiten im Sommer 2021 rund um die Auflösung des Landtages, um nach Kemmerichs Rücktritt Neuwahlen durchführen zu können. Ende Juni 2021 reichte Die Linke den Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landesparlaments ein. Die Neuwahlen sollten am 26.09.2021 zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden (Spiegel Online 2021). So wurde zwar am 16.07.2021 die für die im September geplante Neuwahl des Landtages verhandelt, dazu wäre aber die Auflösung des Landtags nötig gewesen. Dafür wollte die rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit der CDU die notwendige Zweidrittelmehrheit aufbringen. Von vornherein war jedoch unklar, ob die Mehrheit zustande gekommen wäre. Daraufhin zogen die Linksparteien und Grünen die Unterschriften auf dem Antrag aus Sorge zurück, dass ein ähnlicher Vorgang wie bei der Wahl von Kemmerich stattfindet und die AfD am Ende die ausschlaggebende Stimmenmehrheit besteuert (Mitteldeutscher Rundfunk 2021). Die Rechnung war, dass 60 Stimmen zur Auflösung des Landtags notwendig waren und Die Linke, SPD, Grüne und CDU zusammen auf 63 Stimmen kämen. Der Anteil der CDU Stimmen sollte durch einen im März 2020 beschlossenen „Stabilitätspakt“ gewährleistet werden. Da aber Mike Mohring als CDU-Vorsitzender nach dem „Dambruch“ zurücktrat und es dem neuen Landesvorsitzenden Mario Voigt an Anhängern innerhalb seiner Partei fehlte, war dieser Pakt brüchig. Des Weiteren hatte sich die FDP-Abgeordnete Ute Bergner dazu bereit erklärt, ihre Stimme beizutragen was bei zwei Abgeordneten der Partei Die Linke zu der Ankündigung führte, ihre Stimme zu verweigern. In der Rechnung kamen damit diejenigen, die für die Auflösung stimmen würden, auf insgesamt 58 Stimmen (Decker 2021).

Dieser Mechanismus der Zurückhaltung von Anträgen aus Angst vor der imaginierten Unterstützung durch die AfD lässt sich mit zwei Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit – genauer Juli 2022 – illustrieren: Die CDU forderte von der rot-rot-grünen Minderheitsregierung eine Regelung festzulegen, dass Windkraftträder 1.000 Meter Abstand zu Wohngebäuden haben müssen. Angesichts der angespannten Energielage aufgrund des Krieges in der Ukraine drängte Die Linke auf einen Windkraftausbau in Thüringen und war gegen den Vorschlag der CDU. Die zweite Forderung der CDU war, dass mit sofortiger Wirkung eine Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe eingeführt werden soll. In beiden Fällen signalisierte die AfD ihre Unterstützung für die Ideen der CDU. Diese wiederum kann aufgrund des Unterlassungsbeschlusses nicht ihre Anträge einbringen und ist auf die Unterstützung der Minderheitsregierung angewiesen (Hackenbruch 2022).

Mittels dieser Vorfälle profilierte sich die AfD und erhielt Anerkennung aus den Reihen ihrer Unterstützer*innen. Götz Kubitschek, dessen *Institut für Staatspolitik* (vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft) mit Einzelpersonen der AfD affiliert ist, resümierte in seiner Betrachtung des „Dammsbruchs“: „In Thüringen jemanden so auf einen Stuhl setzen, daß [sic!] es in Berlin einem anderen Stuhl die Beine abschlägt: Das taktische Arsenal der AfD ist um eine feine Variante reicher.“ (Kubitschek 2020) Wobei es schmeichelhaft ist, von einer feinen Variante zu sprechen – es war eher ein Versuch, die Grenzen auszuloten und daraus die Erkenntnis zu gewinnen, dass allein die imaginierte Möglichkeit der anderen Parteien, dass die AfD das Zünglein an der Waage sein kann, ausreichend ist, um eine Vermeidungsstrategie der Regierungsparteien auszulösen, die wiederum zu einer Lähmung führt. An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass unklar ist, ob es sich um eine langfristig durchdachte Strategie handelt oder eine Idee, die der AfD durch Zufall vor die Füße fiel.

Die AfD als Verdachtsfall

In einer Pressemitteilung vom 12.03.2020 teilte der Thüringer Verfassungsschutz mit, dass die AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft und mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werde. In der Pressemitteilung heißt es weiter:

„Zu dem bundesweit auftretenden Personenzusammenschluss innerhalb der AfD ‚Der Flügel‘, der bisher als Verdachtsfall, und mit dem heutigen Tag als erwiesenes rechtsextremistisches Beobachtungsobjekt beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt wird, liegen im Landesverband Thüringen zahlreiche Personenüberschneidungen insbesondere zu zentralen Thüringer Führungspersonen vor.“ (Amt für Verfassungsschutz 2020a)

Im März 2021 wurde die gesamte AfD von Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus eingestuft. Der Zeitpunkt wurde von der Thüringer AfD scharf kritisiert, da kurz darauf Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz anstanden und das Bundesamt für Verfassungsschutz ihrer Meinung nach eine Behörde ist, die im Sinne der etablierten Parteien agierte (ntv online 2021). Auch die Thüringer AfD wurde zum Verdachtsfall erklärt. Laut Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang dürfen Björn Höcke, Vorsitzender der AfD und des Flügels, sowie Andreas Kalbitz, Vorsitzender der Brandenburger AfD, als Rechtsextremist bezeichnet werden (Bubrowski 2020). Laut Bundesamt für Verfassungsschutz lagen zu diesem Zeitpunkt Hinweise auf Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vor. Vor allem „Der Flügel“ zeigt durchweg rechtsextreme Positionen und eine Radikalisierung, die mit rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen offen arbeitet (Spiegel Online 2020).

Einordnung

Es war nicht die Wahl Kemmerichs an sich, sondern die Annahme des Amtes, was Barbara Junge als „historischen Sündenfall“ (Junge 2020) bezeichnete, weil dies der AfD zeigte, wo die Schwachstellen in der Abgrenzung der Parteien liegen. Somit bleibt die Erkenntnis, dass Machtstreben von Individuen und auch Teile von sich selbst als „überzeugt demokratisch“ bezeichnenden Parteien korrumpierbar sind. Der eigentliche Gewinner dieses Ereignisses war Björn Höcke, dessen Einladung zur „bürgerlichen“ Kandidatur und Zusammenarbeit angenommen wurde (ebd.). In Sachen Außenwirkung bleibt die Vermutung, dass er aufgrund der nachfolgenden Ereignisse und Diskurse als überlegenen Akteur in den Augen vieler Thüringer*innen dastand.

Laut Thüringen-Monitor ist das Vertrauen der Thüringer*innen in die staatlichen Institutionen wie Polizei und Justiz stabil geblieben. Das Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung nahm jedoch in den Jahren 2020 und 2021 ab. Eine tiefe Vertrauenskrise ist jedoch nicht zu beobachten (siehe hierzu auch Kapitel 02, Unterpunkt Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung). Die Abnahme ist weder singulär mit dem „Dammbruch“ noch mit der Corona-Pandemie zu erklären, sondern Resultat aus vielen Faktoren und dem individuellen Demokratieverständnis von politischen Akteur*innen. Nichtsdestotrotz sollten diese Werte im Fokus bleiben und Menschen in Thüringen durch politische Teilhabe und die Möglichkeit, ihre Ängste, Sorgen, Wünsche und Hoffnungen an die Politik kommunizieren zu können, verstärkt werden. Auch sollte durch Demokratiebildung, Aufklärung und transparente Verfahren das Verständnis politischer Prozess begleitet und ggfs. fundiert werden. Trotz des „Tabubruchs“ ist das Vertrauen der Thüringer*innen in die Demokratie vorhanden – eine mögliche Erklärung hierfür könnte die einsetzende Corona-Pandemie und deren Auswirkungen sein, die von einer langfristigen Auseinandersetzung mit den Ereignissen rund um den 05. Februar 2020 ablenkten und die parteipolitischen Folgen aufgrund des benötigten Zusammenhalts zur Bekämpfung der Pandemie aufhob.

Thüringen bietet sich aufgrund seiner Geschichte eines NSDAP-„Mustergaus“ von 1930 an, öffentlichkeitswirksame und appellierende Vergleiche zwischen der damaligen Wahl und dem Beitrag der AfD zur Ministerpräsidentenwahl 2020 zu ziehen. Da Thüringen zu dem Zeitpunkt Heimat des völkisch-nationalen Flügels der AfD (verkörpert durch Björn Höcke) war, wurden ebenfalls Parallelen zwischen politischer Taktik der demokratieablehnenden Akteure damals und heute gezogen (Deutsche Welle Online 2020a). Gleichzeitig ist diese Deutung stark vereinfacht und als ebenso emotional aufgeladen zu werten, wie die Idee der AfD, dass es sich bei den Protesten im Februar 2020 um einen „Putsch“ gehandelt habe. Die Thüringer-AfD sieht sich bis heute um den Wahlsieg Kemmerichs und ihre Legitimation betrogen. Die Proteste und öffentliche Aufregung bezeichnet sie als von den etablierten Parteien angeleitet und nicht vom freien Willen der Bürger*innen bestimmt. Weiter gefasst ist dieses Opfer-Narrativ gleichzeitig ein Bedrohungsszenario, worin die AfD Demokratieprojekte und zivilgesellschaftliche Akteur*innen Thüringens als Ausführende begreift.

Das demokratische System in Thüringen ist funktionsfähig und aus verfassungsrechtlicher Sicht war die Wahl von Thomas Kemmerich nicht unlauter. Das Parlament war und ist arbeitsfähig. Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung braucht, um Gesetze beschließen zu können, eine parlamentarische Mehrheit. Hierfür ist sie jeweils auf die Unterstützung der FDP oder CDU angewiesen, mit denen sie sich koordinieren muss. Angesichts dieser Ausgangssituation resultiert die (imaginierte) Mehrheit mit Hilfe der AfD immer in einem Dilemma: Eine mit der AfD erreichte Mehrheit wäre verfassungsrechtlich legitim, ist aber in Anbetracht des „Dammbruchs“ für die anderen Fraktionen im Landtag nicht erstrebenswert. Wichtiger ist, dass die AfD

nicht allein Grund für die Mehrheit sein sollte. Allerdings würde das Hervorheben von deren Anteil jeden Beschluss zu einem besonderen machen, den die AfD sich aneignen könnte – unabhängig davon, wer noch zu der Mehrheit gehört und ob die Stimmen der AfD überhaupt notwendig gewesen wären, um diese Mehrheit herzustellen. Hinsichtlich der sachpolitischen Zusammenarbeit könnte so eine Normalisierung der Zusammenarbeit mit der AfD eintreten. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es sich um eine nachgewiesen unter Rechts-extremismusverdacht stehende Partei handelt. Die kategorische Stigmatisierungs-Ablehnungsstrategie der Regierungsparteien in Thüringen gegenüber der AfD entspringt aus eben diesem Gedankengang, kann jedoch zur politischen Lähmung führen und vermengt parteipolitische Zwänge und Handlungen mit staatstragenden Notwendigkeiten und Interessen.

Was die AfD in den politischen Alltag mitgebracht hat, ist die Salonfähigkeit ihres Rechtspopulismus:

„Verrohung der politischen Sprache, hemmungslos verbreitete Lügen, das Schüren von Ressentiments, offen zur Schau getragener Hass und Hetze sowie die Verharmlosung rechtsextremer Gewaltakte als Angelegenheit fehlgeleiteter Einzeltäter haben einen kommunikativen Resonanzraum geschaffen, in dem extremistische Gedankenwelt stimuliert, aus selbstbezogener Isolation herausgeführt und verstärkt werden.“ (Höhne 2020)

7 Analyse der Wahlergebnisse

Die Thüringer AfD bei der Bundestagswahl 2021³⁰

Mit der Bundestagswahl 2021 haben sich die politischen Kräfteverhältnisse im Osten Deutschlands massiv verschoben. In den neuen Bundesländern, in denen die SPD während Angela Merkels Kanzlerschaft einen elektoralen Rückgang erlebte, bildete sich der bundesweite Stimmungsumschwung zugunsten der Sozialdemokraten und gegen die Union besonders deutlich ab: War die SPD 2017 in allen ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme von Brandenburg, wo sie nur knapp Platz drei erringen konnte – noch auf dem vierten Platz gelandet, wurde sie nun in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stärkste Kraft. In Thüringen und Sachsen, wo sie traditionell sehr schwach ist, kam sie zum ersten Mal nach 2005 auf Platz zwei. Aufgrund des fortgesetzten Bedeutungsverlustes der CDU in den ostdeutschen Bundesländern gelang es der AfD, ihre Position in ihren Hochburgen Sachsen und Thüringen auszubauen. Bereits 2017 waren die Rechtspopulist*innen in Sachsen knapp stärkste Partei geworden, nun gelang ihnen das auch 2021 in Thüringen, wo sie die Hälfte der zu vergebenden Direktmandate errangen.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 in Thüringen zeigten, dass fast ein Viertel der Thüringer Wahlberechtigten die Bereitschaft hat, eine vom Verfassungsschutz beobachtete und als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte Partei zu wählen. Hierbei sollte beachtet werden, dass Bundestagswahlen andere Mechanismen als Landtagswahlen bedienen: Die Politik auf Landesebene ist näher an der Lebenswelt der Wähler*innen als die abstrakteren politischen Diskussionen und Entscheidungen auf Bundesebene; nicht zuletzt auch wegen des föderalen Implementationsprozesses in den einzelnen Bundesländern. Natürlich ist es Spekulation zu behaupten, dass die Wahlergebnisse bei Land- und Bundestagswahl in Thüringen identisch gewesen wären. Als Tatsache bleibt jedoch der stabile Zuspruch, den die AfD in den letzten Jahren in Thüringen im Gegensatz zu den anderen Parteien verzeichnen konnte.,

³⁰ Stand: 05.09.2022

Aber warum ist die Betrachtung der Ergebnisse der AfD in Thüringen im Rahmen der Bundestagswahl relevant? In Anbetracht der zunehmend völkisch-rechtsextremen Ausrichtung der AfD ist durchaus von einer Gefährdung der Demokratie auszugehen, zum einen von der Partei selbst, aber auch durch die Normalisierung ihrer Inhalte in den öffentlichen Diskussionen. Ein weiterer Grund sind die Kontaktpunkte von Thüringer AfD-Politiker*innen in die rechtsextremistische Szene. Einige AfD-Mitglieder haben eine rechtsextremistische Vergangenheit, was unter anderem in der Analyse zur Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen [(Michelsen et al. 2020, 36ff.) und (Michelsen/Steiner 2021, 79ff.)] dargestellt ist. In den genannten Analysen wird ebenfalls die sich seit Jahren verstärkende Verschiebung der AfD auf Themen mit völkisch-nationalistischer Ausrichtung besprochen.

AfD-Wahlergebnisse und -verhalten³¹ in Thüringen 2013 – 2017 – 2021

Die nachstehende Betrachtung der AfD-Wahlergebnisse bei den letzten drei Bundestagswahlen in Thüringen soll helfen, die Entwicklung darzustellen und zu interpretieren (siehe Tab. 9). Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 gaben in Thüringen fast 24.000 Menschen der AfD ihre Erststimme, was einen Anteil von 2 % der Wähler*innen entsprach. Weiterhin erhielt die AfD 6,2 % der Zweitstimmen und somit den Zuspruch von etwa 76.000 Wähler*innen. Als die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 in Thüringen verkündet wurden, hatte die AfD im Vergleich zu 2013 signifikant zugelegt: Zur Bundestagswahl 2017 ging die AfD in Thüringen bei den Erst- und Zweitstimmen überraschend als zweitstärkste Kraft hervor. So gaben in Thüringen rund 291.500 Menschen der AfD ihre Erststimme, was einem Stimmenanteil von 22,5 % entsprach und einem Zuwachs von 20,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 darstellte. Die AfD erhielt bei der Wahl 22,7 % der Zweitstimmen und damit 16,5 Prozentpunkte mehr als 2013. Die Bundestagswahl 2021 war geprägt von der Pandemiebekämpfung und der allgemeinen Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland. Bei der Bundestagswahl 2021 waren in Thüringen 1,7 Mio. Menschen wahlberechtigt, davon gingen rund 1,3 Mio. zur Wahl, was einer Beteiligung von 74,9 % entsprach – eine Steigerung um 0,7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017. Die AfD wählten mit der Erststimme fast 300.000 Menschen (ein Anteil von 23,7 %). Dies stellte einen Zuwachs um 1,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2017 dar. Somit entfielen, prozentual gesehen, genauso viele Erststimmen auf die AfD wie auf die SPD. Bei den Zweitstimmen überholte die AfD in Thüringen sogar die SPD: Sie schaffte es, auch hier den Zuspruch von rund 303.000 Menschen zu erhalten, was einen Anteil von 24,0 % ausmachte und einen Zuwachs von 1,3 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 bedeutete.

Bei der letzten Bundestagswahl erreichte die AfD in Thüringen ein Plateau (siehe Abb. 15). Dieses muss zum einen in Relation zu der Art der Wahl und den absoluten Erst- und Zweitstimmen gesehen werden. Zum anderen muss in Hinblick auf das vorhandene Wählerpotenzial konstatiert werden, dass sie eine Stammwählerschaft ausgeschöpft zu haben scheint. Die AfD erhielt bei Bundestagswahl 2017 und 2021 zwar die meisten absoluten AfD-Zweitstimmen (295.00 bis 303.000), aber jeweils ähnlich viel Prozent der Stimmen (23 bis 24 %). Dabei war die Wahlbeteiligung deutlich höher als bei Europa- oder Landtagswahlen. Dort erhielt AfD zwar weniger absolute Zweitstimmen, aber auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung blieb das Ergebnis relativ gesehen gleich (etwa 23 %). Die AfD-Prozente sind in Thüringen bei ca. 23 bis 24 % relativ stabil über die letzten landesweiten Wahlen. Der Uneinigkeit der Thüringer Regierung bzw. Minderheitsregierung ist es wohl zu verdanken, dass die AfD im September 2021 nicht Regierungspartei in Thüringen wurde. Wie im Kapitel 0 bereits beschrieben, reichte die Möglichkeit, dass die AfD an dem Beschluss zur Auflösung des Parlamentes beteiligt sein

³¹ siehe Der Bundeswahlleiter 2021a

könnte, aus, dass die Linksparteien und Grünen ihren Antrag zurückzogen. Dementsprechend ist die AfD-Strategie der Lähmung an dieser Stelle aufgegangen.

Tab. 9: Entwicklung AfD-Stimmverteilung in Thüringen (Bundestagswahlen)

Jahr	Anzahl Erststimmen	%	Differenz zu vorherigen Wahl in %-Pkt.	Differenz Anzahl zu vorherigen Wahl	Anzahl Zweitstimmen	%	Differenz zu vorherigen Wahl in %-Pkt.	Differenz Anzahl zu vorherigen Wahl
2013	23.981	2,0			76.013	6,2		
2017	291.466	22,5	+20,5	+267.485	294.069	22,7	+16,5	218.056
2021	298.971	23,7	+ 1,2	+ 7.505	303.233	24,0	+ 1,3	9.164

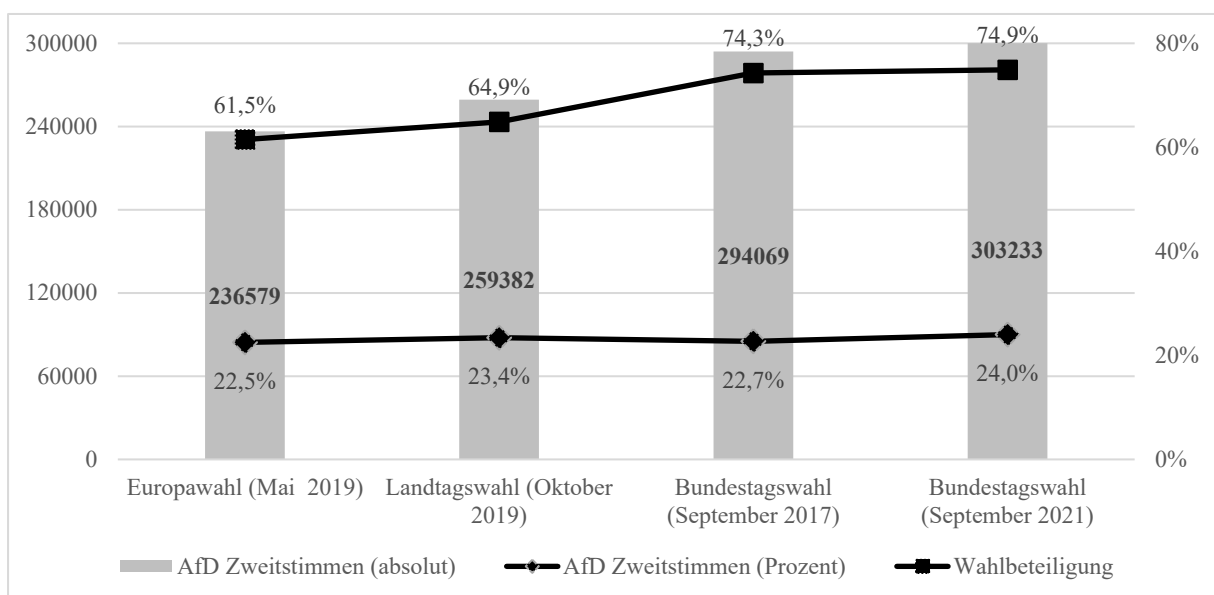


Abb. 15: Verhältnis zwischen Wahlbeteiligung und AfD-Zweitstimmen

Hinweis: Zur besseren Nachvollziehbarkeit sind die Daten nach der Höhe der Wahlbeteiligung bei den letzten vier landesweiten Wahlen geordnet.

AfD-Zweitstimmenergebnisse und ethnozentrische, rechtsextreme und neo-nationalsozialistische Einstellungsmuster

Die zentrale Entwicklung im AfD-Wahlergebnis in Thüringen seit der Bundestagswahl 2017 liegt im Auseinanderdriften von Wahlergebnissen in den kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena und den Landkreisen und übrigen kreisfreien Städten. Darüber hinaus zeigten sich insbesondere in den südöstlichen Landkreisen sowie in Erfurt, Weimar und Jena, deutliche Zusammenhänge zwischen den AfD-Wahlergebnissen und den Einstellungsdaten des Thüringen-Monitors zu ethnozentrischen, rechtsextremistischen und neo-nationalsozialistischen Einstellungen (siehe Abb. 16).

Bei der Bundestagswahl 2017 gewann die CDU alle Direktmandate in Thüringen. In der Bundestagswahl 2021 verlor die CDU in Thüringen – wie im übrigen Bundesgebiet – im Vergleich zu 2017 stark an Zustimmung. Abgesehen vom Wahlkreis Eichsfeld-Nordhausen-Kyffhäuserkreis gingen nun alle Direktmandate an andere Parteien, drei an die SPD und vier an die AfD.

Das Erststimmenergebnis der AfD schwankte bei der Bundestagswahl 2021 in den Landkreisen überwiegend zwischen 20 und 30 %. In den meisten kreisfreien Städten war die AfD weniger erfolgreich. In Gera holte sie jedoch entgegen diesem Trend knapp 30 %, was ungefähr ihrem Ergebnis bei der dortigen Stadtratswahl 2019 entsprach. Gera bildet damit unter den kreisfreien Städten eine Ausnahme. In Erfurt, Suhl, Weimar und Jena gelang es der AfD in keinem Fall mehr als 20 % der Stimmen zu holen. In Jena war der AfD-Erststimmenanteil mit 11 % am niedrigsten.

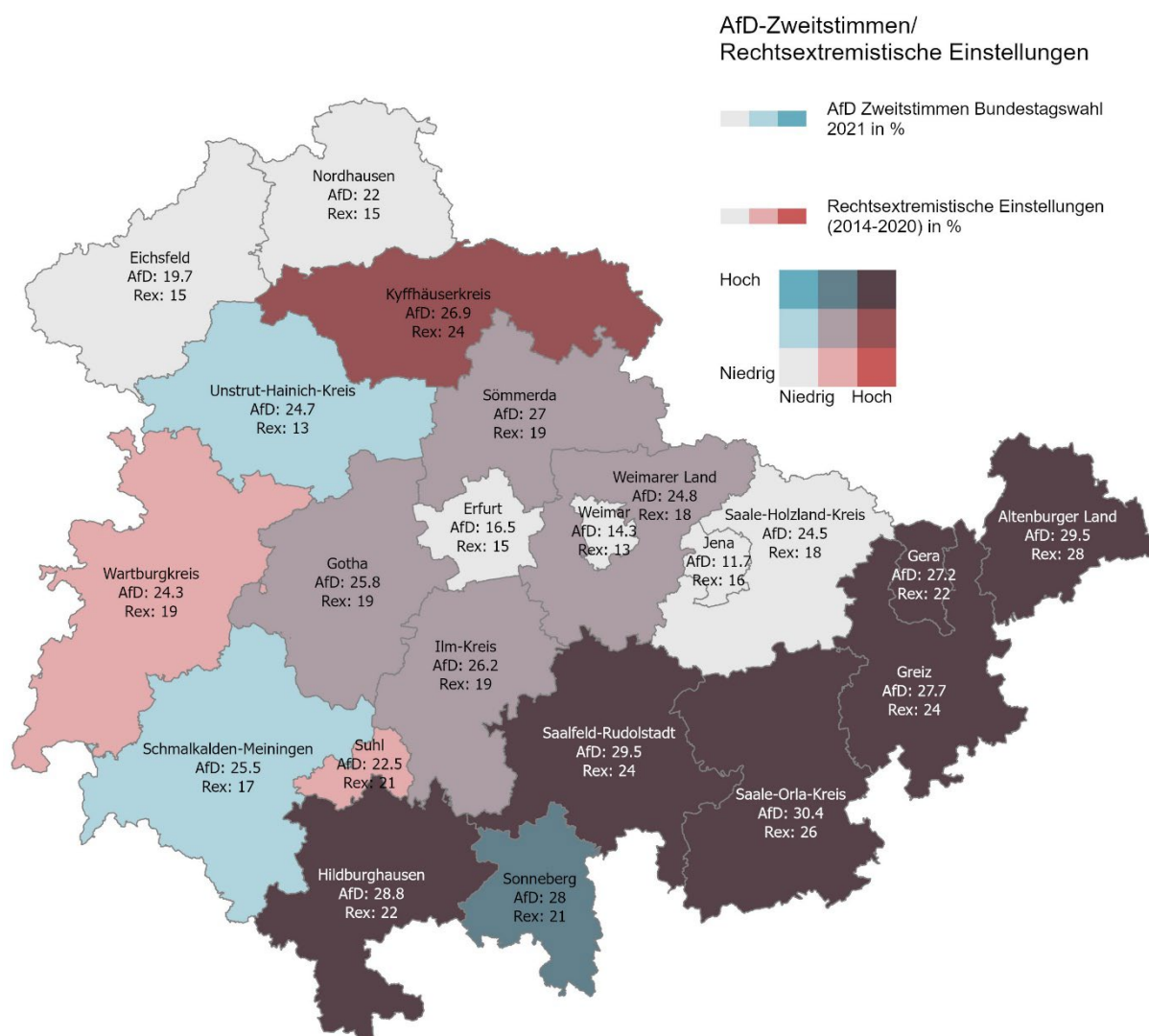


Abb. 16: Bivariate Darstellung – AfD-Zweitstimmen Bundestagswahl 2021/Rechtsextremistische Einstellungen in Prozent.

Daten: Wahlleiter Thüringen, THÜRINGEN-MONITOR; Geodaten: TLBG

Was nun den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und politischen Einstellungen angeht, so waren die Ergebnisse in den südöstlichen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Gera sowie den kreisfreien Städten Mittelthüringens eindeutig: Während im Südosten hohe AfD-Zweitstimmenergebnisse auf hohe rechtsextremistische Einstellungen trafen, waren die Zusammenhangswerte in den kreisfreien Städten niedrig. Kein grundsätzlich abweichendes Bild bietet sich bei der Betrachtung von ethnozentrischen Einstellungen und AfD-Zweitstimmen. Ethnozentristische Einstellungen zählen im Thüringen-Monitor zu den Facetten des Rechtsextremismus (siehe Abb. 18). Im Eichsfeld stand eine hohe Zustimmung zu ethnozentrischen Einstellungen einem vergleichsweise geringen Anteil an AfD-Zweitstimmen gegenüber. Beim Vergleich von neo-nationalsozialistischer Ideologie mit den AfD-Zweitstimmen wiederholte sich

das Muster abermals. Hier fällt jedoch der Wartburgkreis mit hohen neo-nationalsozialistischen Einstellungen bei einem gleichzeitig relativ niedrigen Ergebnis bei den AfD-Zweitstimmen auf. Entgegengesetzt dazu haben die Landkreise Hildburghausen und Sonneberg einen hohen AfD-Zweitstimmenwert bei niedrigen neo-nationalsozialistischen Einstellungen. Bei allen drei Einstellungsdimensionen sind die Landkreise Südostthüringens in den meisten Fällen in der "Hoch-Hoch"-Kategorie, die kreisfreien Städte in Mittelthüringen jedoch in der "Niedrig-Niedrig"-Kategorie.

Der einzige größere Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen zeigte sich in Südthüringen: Im Thüringer Wald ließen sich eine personenbezogene Wahlentscheidung und Stimmensplitting bei den Bundestagswahlen 2021 im Wahlkreis 196 (Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg) beobachten: Hier entfielen auf die AfD 21,2 % der Stimmen, was ein Minus von 1,7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 entsprach und den dritten Platz bedeutete. Bei den Zweitstimmen jedoch kam die AfD auf Platz eins mit 26,4 % und dementsprechend einem Zuwachs von 3,3 Prozentpunkten. Hier lag der Verlust bei den Erststimmen vermutlich daran, dass der ehemalige Biathlet Frank Ullrich (SPD, Erstgewählter mit 33,6 %) eine Sonderrolle einnahm und eine personengebundene Wahl auslöste. An dem zweitgewählten, Hans-Georg Maaßen (CDU, 22,3 %), wurde im Vorfeld viel Kritik geübt, da er offensichtlich die thüringische Provinz zu seinem Vorteil nutzen wollte, um möglichst schnell in den Bundestag einzuziehen. Eine Erklärungsmöglichkeit für den zweiten Platz für Maaßen wäre, dass er eine prominente Figur ist, die als Projektionsfläche diente und seine Ansichten zur Migrationspolitik sowie seine ehemaligen Aktivitäten im Verfassungsschutz auf Zuspruch bei einem bestimmten Wähler*innenklientel trafen.

Erst- und Zweitstimmensieger AfD 2021: Die Wahlkreise 192, 194 und 195³²

Der AfD gelang es bei der Bundestagswahl 2021 in Thüringen in drei von acht Wahlkreisen bei den Erst- und Zweitstimmen an erster Stelle zu stehen. Dies betraf die Wahlkreise 192 (Gotha – Ilm-Kreis), 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land) und 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis). Eine nähere Betrachtung der ausgewählten Wahlkreise ergab deutliche Überschneidungen zwischen dem Zuspruch für die AfD und nachgewiesener Übereinstimmung mit ethnozentrischen Überzeugungen (siehe Abb. 17).

Im **Wahlkreis 192 (Gotha – Ilm-Kreis)** holte der AfD-Kandidat Marcus Bühl das Direktmandat des Wahlkreises. Die AfD erhielt 26,5 % der Erststimmen – ein Zuwachs von 2,6 Prozentpunkten gegenüber 2017 – und 26,0 % der Zweitstimmen, was ein Plus an 1,9 Prozentpunkten bedeutete. Bei der Bundestagswahl 2017 landete die AfD in diesem Wahlkreis noch auf Platz zwei bei den Erst- und Zweitstimmen, jeweils hinter der CDU. Damals erhielt die AfD 23,9 % der Erststimmen, ein Zuwachs um 18,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013, und 24,1 % der Zweitstimmen; dementsprechend ein Plus an 16,7 Prozentpunkten.

Im **Wahlkreis 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land)** stärkte die AfD ihre Position als führende Partei und bekam 29,0 % der Erststimmen, was einen Zuwachs von 1,7 Prozentpunkten bedeutete, sowie 28,1 % der Zweitstimmen – ein Plus von einem Prozentpunkt im Vergleich zu 2017. In diesem Wahlkreis gewann der AfD-Kandidat Stephan Brandner das Direktmandat. Bei der Bundestagswahl 2017 erhielt die AfD 27,3 % der Erststimmen und machte somit 21,1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013 gut. Bei den Zweitstimmen landete sie knapp hinter der CDU mit 27,1 % und einem Plus von 19,5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013.

³² Siehe hierzu auch: Der Bundeswahlleiter 2021b für die Ergebnisse der Wahlkreise Thüringens

Im **Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis)** wurde die AfD bei den Bundestagswahlen 2021 mit 29,3 % der Erststimmen – und somit mit einem Plus an 2,9 Prozentpunkten im Vergleich zu 2017 – zur stärksten Partei gewählt. Bei den Zweitstimmen setzte sie sich ebenfalls als stärkste Partei mit 28,2 %, durch, was einem Plus an 2,4 Prozentpunkten entspricht. Das Direktmandat erhielt der AfD-Kandidat Dr. Michael Kaufmann. Bei der Bundestagswahl 2017 ging die AfD in diesem Wahlkreis als zweitstärkste Kraft hervor, wobei sie sich erneut lediglich der CDU geschlagen geben musste, wie auch in den o. g. Wahl-

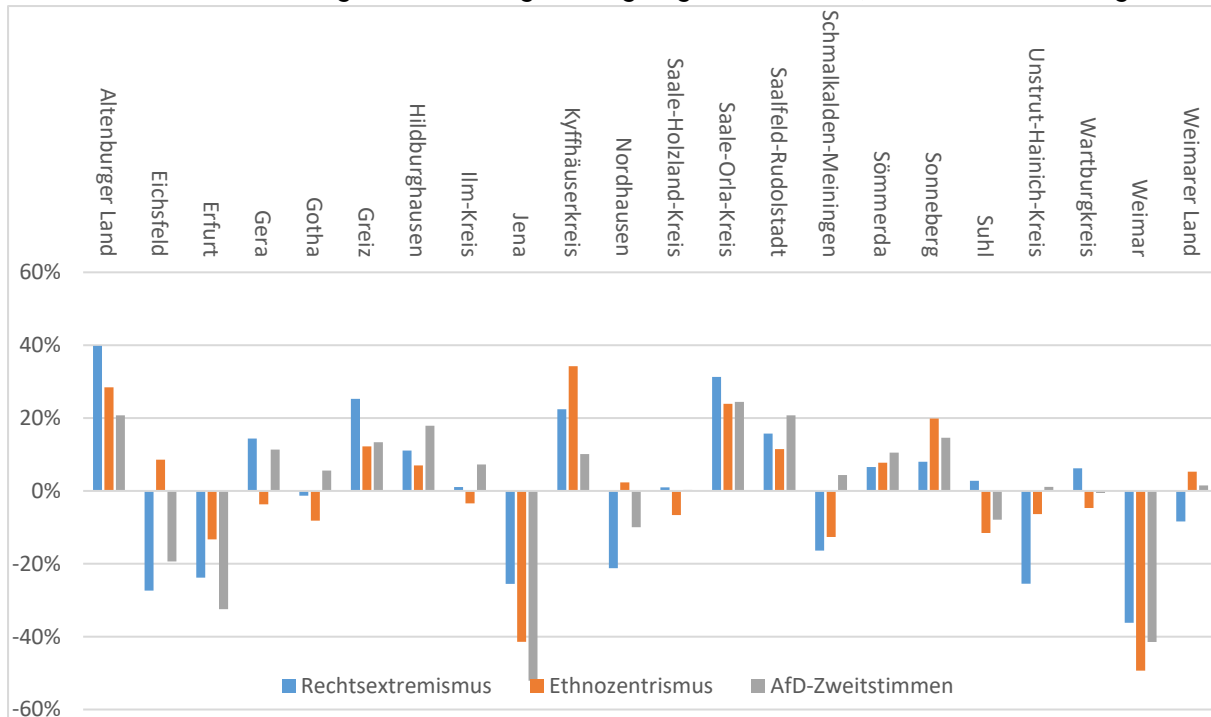


Abb. 17: Rechtsextreme-, ethnozentrische Einstellungen und AfD-Zweitstimmen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Prozentuale Abweichung vom jeweiligen thüringischen Mittelwert.

Daten: Wahlleiter Thüringen und THÜRINGEN-MONITOR

kreisen. Damals kam die AfD auf 26,5 % der Erststimmen, mit einem Zuwachs von 24,7 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 und auf 25,8 % der Zweitstimmen, sodass sie dementsprechend ein Plus von 18,6 Prozentpunkten im Vergleich zu der Wahl 2013 verzeichnen konnte.

In der Summe schaffte es die AfD bei der Wahl im Jahr 2017 allein aus diesen drei Wahlkreisen 43,7 % aller in Thüringen vergebenen AfD-Erststimmen und 42,9 % der AfD-Zweitstimmen zu generieren. Auch bei der Bundestagswahl 2021 blieb die Stimmabgabe aus den Wahlkreisen Gotha – Ilm-Kreis, Gera – Greiz – Altenburger Land und Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis für die AfD stabil: So kamen aus diesen Wahlkreisen 44,6 % der gesamten Erststimmen und 42,7 % der gesamten Zweitstimmen – dies bedeutet einen Zuwachs von einem Prozentpunkt bei den Erststimmen und einen Rückgang von 0,2 Prozentpunkten der Zweitstimmen.

Wie lässt sich der beständige Zuspruch und die Zusammensetzung der AfD-Wähler*innen erklären? Welche Motivation steckt dahinter? In der Leipziger Autoritarismus Studie von 2020 machen Kazim Celik, Oliver Decker und Elmar Brähler zwei Ursachen für die Unterstützung der AfD aus:

„Ein konstant bleibendes Kennzeichen der AfD-Wählerschaft ist das Gefühl der Benachteiligung und die Angst vor Verlust. Einerseits fühlen sie sich in Hinblick auf ihre politische Wirksamkeit depriviert, andererseits sind sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden.“ (Kazim et al. 2020, 170)

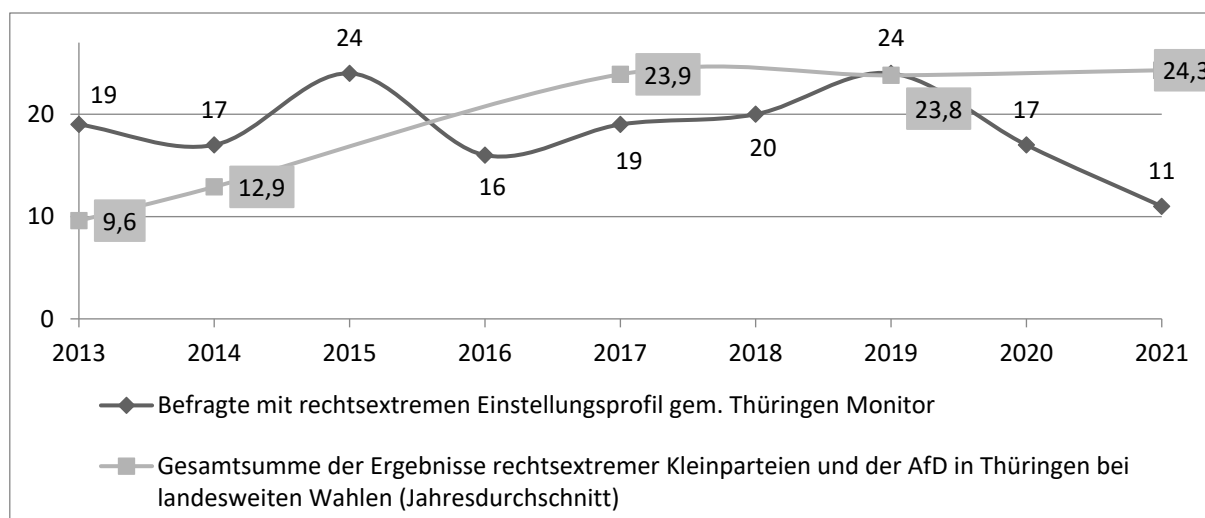


Abb. 18: Vergleich der Entwicklung der Wahlergebnisse rechtsextremer Kleinparteien und der AfD zu rechtsextremen Einstellungen in Thüringen (jeweils in Prozent)

Im Folgenden soll geklärt werden, ob diese Ursachen ebenfalls bei der AfD-Wähler*innenschaft in Thüringen zu finden sind.

Gefühl der Benachteiligung/politische Deprivation: Wer wählt die AfD?

Zunächst wird die Zusammensetzung der AfD-Wähler*innenschaft näher betrachtet, um demographische Besonderheiten innerhalb dieser Gruppe auszumachen. Bereits bei der Bundestagswahl 2017 waren insgesamt fast zwei Drittel der AfD-Wähler*innen männlich. Die Hauptwähler*innenschaft der AfD kam aus der Altersgruppe zwischen 35 und 59 Jahren (Decker 2020). In ihrem Beitrag zeichnen Celik, Decker und Brähler einen fortwährenden Trend der Dominanz von Männern in der Wähler*innenschaft der AfD nach: Sie beziffern diesen Anteil mit 68,3 %, von denen 67,3 % mittleren Alters sind. Sie sehen mittlerweile einen Großteil der AfD-Wähler*innen in der „bürgerlichen Mitte“ bzw. der „oberen Mittelschicht“. Im Vergleich zu ihren vorherigen Studien beschreibt dies eine Milieuvverschiebung weg von Arbeiter*innen und Menschen, die sich bereits länger dem politischen rechten Rand zuordnen (Kazim et al. 2020, 158). Motive für diese Veränderung sehen die Autoren in der gefühlten politischen Deprivation und wirtschaftlichen Verlustängsten. So gaben die Befragten an, dass sie als Einzelpersonen nicht das Gefühl haben, Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Über diese Demokratieverdrossenheit lässt sich auch erklären, wie es der AfD gelang, in den vorigen Wahlen die hohe Anzahl der Nichtwähler*innen für sich zu gewinnen. Diese sahen in der Wahl der AfD eine Ausdrucksmöglichkeit ihres Unmuts gegenüber den etablierten Parteien. Für die AfD-Wähler*innen geht eine Bedrohung der deutschen Wirtschaft mit einer Gefährdung des Nationalgefühls einher, dabei wird ein ökonomisches Problem auf eine persönliche Ebene übertragen (ebd., 160ff.). Bei der Befragung im Jahr 2020 gaben zudem 84,3 % der AfD-Wähler*innen an, sich politisch rechts zu sehen. Auch die Zustimmung zu menschenfeindlichen Aussagen in Bezug auf Muslim*innen nahm zu (ebd., 163ff.). Diese Verlagerung hat Manfred Güllner, Geschäftsführer des Forsa-Instituts, bereits in einem Interview von 2019 mit Deutschlandfunk festgestellt: So sieht er in der Wahl der AfD nur oberflächlich einen Protest, tiefergehend jedoch eine Übereinstimmung mit rechtsextremen Einstellungen. Grundlage für diese Beobachtungen war eine Forsa-Umfrage aus dem gleichen Jahr zu rechtsextremen Überzeugungen in der AfD-Wähler*innenschaft (Büükser 2019).

Güllner ergänzt:

„Und selbst völkisches Gedankengut schlägt immer durch bei den Wählern. Es sagen 42 Prozent [der AfD-Anhänger*innen, Anm. CM] zum Beispiel, Deutschland braucht eigentlich wieder einen starken Mann als Führer, und auch 15 Prozent [der AfD-Anhänger*innen, Anm. CM] sagen, da ist durchaus irgendwas dran, dass es eine Propaganda der Siegermächte sei, dass die Nazis Millionen Menschen umgebracht haben.“ (ebd.)

Des Weiteren gaben 87 % der AfD-Anhänger*innen in dieser Umfrage an, dass es ihrer Meinung nach zu viele Ausländer in Deutschland gibt und 86 % sehen eine Gefahr der Überfremdung in Deutschland (ebd.).

Die AfD-Anhänger*innen und somit Wähler*innenschaft ist mittlerweile verstärkt in der bürgerlichen Mitte zu finden, die nach einem politischen Ventil ihrer rechtsgerichteten Orientierung sucht. Die Protestwähler*innenschaft aus Anti-Establishment-Ressentiments wurde durch Überzeugung abgelöst und ist als Ausdruck ökonomischer (Zukunfts-)Angst, gekoppelt an nationale Identifikation und Ausländerfeindlichkeit, zu verstehen. Dabei findet die AfD Unterstützung vor allem durch Männer mittleren Alters und weniger durch Frauen oder junge Menschen. Es sind somit Männer in einem Alter, in dem Familien gegründet oder versorgt werden müssen. So denn ein klassisches Geschlechterrollenverständnis vorliegt und gelebt wird, befinden sich diese Männer in einer Lebensphase, die von hohem ökonomischem Druck geprägt sein kann. Kommen die Empfindungen der wirtschaftlichen Bedrohung und der Nichtbeachtung durch die Regierung zusammen, ist für diese Menschen die Befürwortung der AfD ein legitimer politischer Ausdruck – besonders, wenn Sympathien für rechte bis rechtsextreme Inhalte vorhanden sind.

Verlustängste und wirtschaftliche Benachteiligung: Erklärungsansatz Stadt-Land-Dimension in Thüringen³³

Wie lassen sich die Wahlerfolge der AfD in Thüringen hinsichtlich der Zweitstimmen erklären? Stefanie John (John 2021) vermutet einen bundesweiten Zusammenhang zwischen dem Zweitstimmen-Wahlergebnis der AfD und der Ländlichkeit der jeweiligen Wahlkreise. Ursächlich für die beständige Position der AfD ist laut John vor allem der demografisch bedingte überdurchschnittliche Anteil älterer Menschen in den ländlichen Regionen Deutschlands, von dem in Westdeutschland die CDU profitiert und in Ostdeutschland die AfD. Die AfD-Fraktion hat mit 51 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt und generiert somit ein hohes Identifikationspotenzial für diese Altersgruppe von Wahlberechtigten. Diese Überlegung trifft nach den Auswertungen der Strukturdaten jedoch nicht auf Thüringen zu und steht im Widerspruch zu den Befunden der Leipziger Autoritarismus Studie.

Eine mögliche Erklärung für die zu beobachtende Stabilisierung der AfD hinsichtlich der Wahlergebnisse von 2021 zeichnet sich im Vergleich der ländlich gelegenen Wahlkreise 192 (Gotha – Ilm-Kreis), 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land) und 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis) mit den urbaneren Wahlkreisen 191 (Jena – Sömmerda – Weimarer Land I) und 193 (Erfurt – Weimar – Weimarer Land II) ab. Für diese Analyse der ausgewählten Landkreise wurden folgende Strukturdaten verglichen: Alter und Geschlecht der Gesamtbevölkerung, Größe der Altersgruppe von 35 bis 59 Jahren, Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung, PKW-Bestand, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Unternehmensregister, Arbeitslosenquote. Bei diesem Vergleich zeigten sich insgesamt nur marginale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Wahlkreisen. So lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2018 in allen Wahlkreisen auf einem ähnlichen Niveau. In allen Wahlkreisen

³³ siehe Der Bundeswahlleiter 2021c

macht der Bevölkerungsanteil im Alter von 35 bis 59 Jahre gut ein Drittel aus. Wesentlicher scheint zu sein, dass die AfD in Landkreisen besonders erfolgreich war, die einen geringen Anteil ausländischer Bevölkerung und keine signifikant erhöhte Arbeitslosenquote aufwiesen – obwohl zu ihrem Standardrepertoire doch die Agitation gegen Migrant*innen und der vermeintliche Kampf um Arbeitsplätze für „Deutsche“ (in der Begrifflichkeit der AfD: weiß, heterosexuell, westeuropäisch, christlich) gehört. Grund dafür ist vermutlich die imaginierte/gefühlte Angst vor einem zukünftigen wirtschaftlichen Abstieg infolge von Krisen in Kombination mit dem generellen Misstrauen gegenüber Migrant*innen – ein Narrativ, welches sich nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 festsetzte. Psychologische Erklärungen thematisieren in diesem Zusammenhang vor allem soziale Vergleichsprozesse, die insbesondere in vermeintlich gut situierten Kreisen zu Abstiegsängsten und verstärkten Abgrenzungsversuchen zur wahrgenommenen Unterschicht führen, in Verbindung mit mangelnden Erfahrungen mit ethnischer Diversität und geringen Kontakthäufigkeiten, die in urbanen Kontexten – selbst in Thüringen – deutlich größer ist (Petersen, L-E. & Six, B. 2020).

Eine weitere mögliche Erklärung des Stadt-Land-Differenz im Zuspruch zur AfD ist das Vorhandensein eines subjektiven Gefühls des „Abgehängtseins“ oder „Vergessenwerdens“ der Wahlberechtigten in den ausgewählten ländlichen Wahlkreisen. Zu diesem Zweck wurden Pendlerzahlen betrachtet (Thüringer Landesamt für Statistik 2021b): Da sich in Thüringen die Regionen links und rechts der Autobahn A4 durch ein größeres Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung von den weiter entfernten Regionen unterscheiden, existiert ein reger Pendelverkehr. Im Vergleich von 2017 und 2020 wird allerdings ersichtlich, dass sich das Pendlersaldo, trotz der durch die Pandemie verstärkt genutzten Möglichkeit des Arbeitens aus dem Home-Office, nicht erheblich geändert hat. Während das Pendleraufkommen im Wahlkreis Jena – Sömmerda – Weimarer Land I sogar stieg, gab es, außer im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II, keine auffälligen Rückgänge. Das lässt erstens darauf schließen, dass in den ausgewählten Wahlkreisen kein Beschäftigungsverlust zu verzeichnen war und deutet zweitens darauf hin, dass ein Großteil der Pendler*innen Berufe ausübt, die vermutlich nicht home-office-fähig sind. Die Wahlkreise Gotha – Ilm-Kreis, Gera – Greiz – Altenburger Land und Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis haben gemein, dass sie mehr Aus- als Einpendler*innen haben – dort scheint das vorhandene Angebot an Arbeitsplätze folglich nicht auszureichen.

Fazit

Thüringen ist mit 2,12 Mio. Einwohner*innen (Thüringer Landesamt für Statistik 2021a) ein kleines Bundesland, welches keine bedeutenden Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Prägung aufweist. Ein Erklärungsansatz für die anhaltenden bzw. sich sogar verfestigenden Wahlerfolge der AfD bei den Erst- und Zweitstimmen ist mit einem subjektiven Gefühl des „Vergessenwerdens“ der AfD-Wähler*innen in den Regionen außerhalb von Erfurt, Jena und Weimar zu finden. In diesen Regionen gibt es ausreichend Arbeitsplätze und die ländlichen Regionen sind deren Einzugsgebiete, was für manche eine Pendeldauer von insgesamt zwei Stunden pro Tag bedeuten kann. Der Zugang zu diesen urbanen Regionen ist, abseits individueller Mobilität erschwert, da der öffentliche Nahverkehr in Thüringen seit Jahren problematisch ist (Becker 2021). Gleichzeitig ist durch Protestereignisse (siehe Kapitel 5) abzuleiten, dass in Thüringen die Empfänglichkeit für und Unterstützung von rechtspopulistischen Inhalten gestiegen ist. Dies kommt offenbar der AfD zugute (siehe hierzu auch Kapitel 3). Man könnte von einem Synergieeffekt zwischen rechten Tendenzen in der Thüringer Bevölkerung und der offensichtlicher werdenden völkisch-rechtsextremen Ausrichtung der AfD sprechen.

Zugleich lassen sich der Wahlerfolg der AfD, unter der Annahme, dass die Bundestagswahl 2021 auch von der Zustimmung der Bürger*innen mit den Pandemiemaßnahmen beeinflusst wurde, auch so verstehen, dass hier eine Plattform genutzt wurde, um die gefühlte Angst um die Demokratie, die in diesem Kontext mit nationaler Identität und Wohlstand verbunden wird, zum Ausdruck zu bringen – auch wenn dies paradox anmutet.

8 Zusammenfassendes Fazit

In den vorangegangenen Kapiteln dieses Berichts haben wir versucht, Daten, sozialwissenschaftliche Befunde und Ereignisse zusammen zu stellen, die für den Freistaat Thüringen auf besondere Weise eine Gefährdung der Demokratie oder der demokratischen Kultur darstellen. Wir haben dazu unterschiedliche Datenquellen wie die Ergebnisse der letzten Thüringen Monitore oder den Topographie-Berichten sowie Erkenntnisse von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Forschungseinrichtungen und Demokratieprojekten genutzt, um ein möglichst vollständiges Gefährdungsbild zu erstellen. Dabei ergaben sich zum Teil widersprüchliche Befunde, zum Teil fallen Erklärungsmuster für einzelne Phänomene schwer. Dennoch lässt sich zur Gefährdung der Demokratie und der demokratischen Kultur im Freistaat Thüringen zusammenfassend folgendes feststellen:

- Insgesamt hat sich an der Gefährdungslage seit dem letzten Bericht (Michelsen et al. 2020) nichts Wesentliches verändert. 2020 wie heute können wir feststellen, dass die Demokratie und die demokratische Kultur in Thüringen und deutschlandweit ein sicheres Fundament in der Bevölkerung aufweist.
- Dies ist insofern bemerkenswert, als es zwischenzeitlich mit der Corona-Pandemie und den damit zusammenhängenden Schutzmaßnahmen eine Krisensituation gab, die mit großen Einschränkungen der persönlichen Freiheit einherging und das Risiko einer Erosion der demokratischen Kultur beinhaltete.
- Tatsächlich haben verschiedene Gruppen und Gruppierungen in zahlreichen Veranstaltungen diese Krise als Vehikel benutzt, um angeblich die Demokratie zu retten, tatsächlich aber zumeist die Absicht verfolgt, ihre undemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen und Narrative in der Bevölkerung zu verbreiten. Dies scheint jedoch bislang nicht in einem größeren Ausmaß – sieht man vielleicht von den Wahlerfolgen der AfD ab – zu fruchten.
- Im Hinblick auf rechtsextreme Gruppierungen ist in Thüringen ein überregionaler Bedeutungsverlust und eine weitgehende Regionalisierung und Parzellierung zu verzeichnen. Der Einflussbereich dieser Gruppen und die Gefährdungen der Demokratie und der demokratischen Kultur, die von ihnen ausgehen, ist somit vor allem auf kommunaler Ebene in den vorwiegend ländlichen Teilen des Freistaates gegeben.
- Problematisch für die Demokratie im Freistaat ist der in den letzten Jahren gestiegene Wähleranteil der rechtspopulistischen bis in Teilen rechtsextremen Thüringer AfD, der auch zu einer problematischen parlamentarischen Gesamtsituation beigetragen hat. Unsere Wahlanalysen zeigen, dass es sich bei den Wähler*innen nicht allein um Bevölkerungsgruppen handelte, die den völkisch-nationalen, ausländergefeindlichen und rechtsextremen Inhalten dieser Partei zustimmen, sondern es sich mindestens zum Teil um eine schlichte Protestwählerschaft handelt, die mit der gegenwärtigen politischen Situation aus mehr oder weniger diffusen Statusverlustängsten unzufrieden sind, grundsätzlich aber zur Demokratie positiv eingestellt sind. Auffallend war jedoch das gesunkene Institutionenvertrauen, das ebenfalls zum Erfolg der AfD beigetragen haben dürfte.

- Die Feststellung, dass keine akuten Gefährdungen der Demokratie und der demokratischen Kultur vorliegen, bedeutet selbstverständlich nicht, dass Demokratieförderung und die Prävention von undemokratischen Einstellungen und Aktivitäten obsolet wären. Allein die Existenz von zahlreichen rechtsextremen Gruppen und die Aktivitäten der AfD zeigen, dass verstärkte Anstrengungen gegen das Risiko einer Radikalisierung der Bevölkerung weiter notwendig sind. Noch immer sind die Aktivitäten von offen rechtsextremen Gruppierungen und der AfD in Thüringen als bedrohlicher einzuschätzen als es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Neben politischen Gegenmaßnahmen scheinen uns die Möglichkeiten von Demokratiebildung und insgesamt Präventionsangeboten noch nicht ausreichend ausgeschöpft zu sein (vgl. Beelmann et al. 2021). Dies ist in Teilen auch ein strukturelles Problem, das exemplarisch an den geringen Kontakten zwischen dem Landespräventionsrat im Innenministerium und dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Bildungsministerium illustriert werden kann.
- Ein verstärktes Engagement staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure wird neben wirtschaftlichen Kompensationsmaßnahmen unseres Erachtens nötig sein, damit die anstehenden Krisenmonate, die durch den Ukraine-Krieg verursacht wurden, nicht von undemokratischen, illiberalen und menschenrechtsfeindlichen Kräften genutzt werden, um die Grundwerte unserer Verfassung zu untergraben, Verschwörungsmymen und Fehlinformationen zu verbreiten, Minderheiten und Migrant*innen zu diskriminieren und die Bevölkerung zu einer gewalttätigen Weise gegen die Vertreter*innen des Rechtsstaats aufzubringen. Hier sollten die demokratischen Kräfte jenseits des politischen Klein-Kleins und innerparteilichen Befindlichkeiten unmissverständlich zusammenstehen.

Literatur

- Ackermann, P. (1999) Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild. In: *Bürger im Staat* 49(3): 170–173.
- AfD Landesverband Thüringen (2019) Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019. Verabschiedet auf dem Parteitag der AfD Thüringen. Arnstadt, 18.08.2019. <https://www.afd-thueringen.de/landtagswahl-2019/landtagswahlprogramm-2019/> (24.08.2022).
- AfD-Fraktion Bundestag (2020) *Putsch durch Merkel in Thüringen! - Stephan Brandner - Bürgerdialog in Leverkusen*.
- Altenburg Rechtsaußen (2022) Rechte Rattenfänger (Teil 1): Impfkritischer Stammtisch, Marlen und Thomas Gerlach, Hammerskins in Altenburg. <https://altenburgrechtsausen.noblogs.org/coronaleugner-1/> (22.08.2022).
- Amt für Verfassungsschutz (2020a) Pressemitteilung. Neueinstufung der AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung. <https://verfassungsschutz.thueringen.de/rechtsextremismus/rechtsextremismus-thueringen/verdachtsfall-afd> (01.08.2022).
- Amt für Verfassungsschutz (2020b) *Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2019 (Pressefassung)*. Erfurt: Ministerium für Inneres und Kommunales. Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Amt für Verfassungsschutz (2021) *Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2020 (Pressefassung)*. Erfurt: Ministerium für Inneres und Kommunales. Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen.
- Antifaschistische Gruppen Südthüringen (2021) Knockout 51 (Eisenach): Eine militante Kleingruppe in den Netzwerken von NPD, Jungsturm Erfurt und Kampf der Nibelungen. <https://agst.noblogs.org/post/2021/04/28/knockout-51-eisenach-eine-militante-kleingruppe-in-den-netzwerken-von-npd-jungsturm-erfurt-und-kampf-der-nibelungen/> (25.08.2022).
- antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum (2005) Profil: Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (SdV/NRAO). <https://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/SDV-NRAO.htm> (22.08.2022).
- Arnold, B.; Schulz, T.; Siepmann, M. (2021) Ist Zwickau ein Zentrum der Rechtsextremen in Sachsen? <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/zwickau/bedrohung-neonazi-zwickau-galerie-werkstatt-100.html> (22.08.2022).
- Aufbruch-Erneuerung.org (2021) Stellungnahme zu einer „Antifa“-Recherche. <https://aufbruch-erneuerung.org/2021/05/09/stellungnahme-zu-einer-antifa-recherche/> (22.08.2022).
- Aufbruch-Erneuerung.org (2022) Sache des Volkes. <https://aufbruch-erneuerung.org/2022/02/06/sache-des-volkes/> (22.08.2022).
- Batzer, J.; Michelsen, D. (2022) Misstrauen als ambivalente Ressource liberaler Demokratien: Perspektiven der Demokratietheorie und der politischen Bildung. In: Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS: 265–284.
- Bedorf, T.; Herrmann, S. (Hg.) (2016) *Das soziale Band. Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs*. Frankfurt; New York: Campus.
- Beelmann, A. (2022) Radikalisierung als Problem der Sozialentwicklung: Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten. In: Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS: 153–178.

- Beelmann, A.; Koch, M.; Miehle, M. (2020) *Topografie 2020: Rechtsextremismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht Dezember 2020*. Jena: KomRex.
- Beelmann, A.; Koch, M.; Miehle, M. (2022) *Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht Förderperiode 2021/2022 [Arbeitstitel]*. Jena: KomRex [im Erscheinen].
- Beelmann, A.; Lutterbach, S.; Rickert, M.; Sterba, L. (2021) *Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention. Was man tun kann und sollte*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena: Institut für Psychologie und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Beelmann, A.; Michelsen, D. (Hg.) (2022) *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ben-Yehoshua, J. (2020) Antisemitismus in Thüringen. Erste Erkenntnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen. In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 128–143.
- Benz, W. (2016) Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus. In: Braun, S.; Geisler, A.; Gerster, M. (Hg.) *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten*. Wiesbaden: Springer VS: 211–228.
- Berg, G. (2021) Hacienda Mexicana in Saalfeld: Ex-Reichsbürger-Restaurant wird verkauft. <https://www.otz.de/regionen/saalfeld/saalfelder-ex-reichsbuerger-restaurant-wird-verkauft-id233978917.html> (25.08.2022).
- Best, H. (2018) Rechtsextremismus im Kontext der politischen Kultur des Freistaats Thüringen. Eine Metaanalyse von Befunden der Thüringen-Monitore 2000-2017. In: Oppelland, T. (Hg.) *Politik und Regieren in Thüringen. Institutionen, Strukturen und Politikfelder im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 99–113.
- Best, H.; Miehle, M.; Salheiser, A. (2018) *Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen*. Jena: KomRex.
- Best, H.; Miehle, M.; Salheiser, A. (2019) *Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen*. Jena: KomRex.
- Blum, R.; Rahner, J. (2020) *Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Politik und Gesellschaft.
- Börner, N. (2020a) Krude Theorien bei Corona-Demo. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Zeulenroda-Triebes* v. 18.11.20.
- Börner, N. (2020b) Verschwörungstheorien und Antisemitismus bei Corona-Demo. <https://www.otz.de/regionen/zeulenroda-triebes/verschwoerungstheorien-und-gewaltfantasien-bei-corona-demo-in-zeulenroda-id230935572.html> (22.08.2022).
- Börner, N. (2020c) Rechtsextreme Unterstützer bei Corona-Demo. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Zeulenroda-Triebes* v. 10.12.20.
- Botsch, G. (2020) Rechtsextremismus und "neuer Antisemitismus". In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 16–29.
- Bräutigam, F.; Götschenberg, M.; Schmidt, H. (2022) Bundesweite Razzia gegen Neonazis. <https://www.tagesschau.de/inland/razzia-237.html> (22.08.2022).
- Bruns, J.; Glösel, K.; Strobl, N. (2019) Identität. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 162-178.
- Bubrowski, H. (2020) „Flügel“ ist Beobachtungsfall. Im Kampf gegen die Brandstifter. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-zu-afd-hoecke-und-kalbitz-sind-rechtsextremisten-16675924.html> (05.09.2022).

- Buchstein, H. (2018) Demokratie und politische Selbstwirksamkeit. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31(1-2): 94–100.
- Budler, K. (2022) Prozessbeginn gegen mafiöse Neonazi-Strukturen. <https://www.endstation-rechts.de/news/prozessbeginn-gegen-mafioese-neonazi-strukturen> (22.08.2022).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2021) *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2022) *Verfassungsschutzbericht 2021*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).
- Bundeskriminalamt (2021) Polizeiliche Kriminalstatistik 2021. https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2021/pks2021_node.html (20.09.2022).
- Büükser, A.-K. (2019) AfD-Parteitag / Meinungsforscher. „Die AfD ist keine bürgerliche Partei“, Gespräch mit Manfred Güllner. <https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-meinungsforscher-die-afd-ist-keine-100.html> (14.02.2022).
- Canache, D. (2012) Citizens' Conceptualizations of Democracy: Structural Complexity, Substantive Content, and Political Significance. In: *Comparative political studies* 45(9): 1132–1158.
- Ceka, B.; Magalhães, P. (2016) How People Understand Democracy. A Social Dominance Approach. In: Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press: 64–89.
- Decker, F. (2020) Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/> (14.02.2022).
- Decker, M. (2021) Problemland Thüringen: Warum die geplanten Neuwahlen auf der Kippe stehen. <https://www.rnd.de/politik/neuwahlen-in-thueringen-warum-stehen-sie-auf-der-kippe-SD2RNL2Q3RB3RMOQ4LWUS3Y634.html> (28.07.2022).
- Decker, O.; Brähler, E. (2006) *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O.; Brähler, E. (2020) Vorwort. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 11–12.
- Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) (2020a) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag.
- Decker, O.; Kiess, J.; Schuler, J.; Handke, B.; Pickel, G.; Brähler, E. (2020b) Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 27–87.
- Demoreport (2021) Endstation Lagerhalle: Erneute Räumungsklage für Erfurter Neonazis. <https://demoreport.de/erfurter-neonazis-verlieren-immobilie-lagerhalle-raeumungsklage/> (22.08.2022).
- Der Bundeswahlleiter (2021a) Bundestagswahl 2021. Ergebnisse Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99/land-16.html> (27.08.2022).
- Der Bundeswahlleiter (2021b) Bundestagswahl 2021. Ergebnisse Wahlkreise Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/wahlkreiseinteilung/bund-99/land-16.html> (28.08.2022).

- Der Bundeswahlleiter (2021c) Bundestagswahl 2021. Strukturdaten Thüringen. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/strukturdaten/bund-99/land-16.html> (28.08.2022).
- Deutsche Welle Online (2020a) Tabubruch in Thüringen: Warum sich Deutschland so empört. <https://www.dw.com/de/tabubruch-in-th%C3%BCrtingen-warum-sich-deutschland-so-emp%C3%B6rt/a-52275978> (28.07.2022).
- Deutsche Welle Online (2020b) Thüringen: An die Macht mit den Stimmen der AfD. <https://www.dw.com/de/th%C3%BCrtingen-an-die-macht-mit-den-stimmen-der-afd/a-52269908> (28.07.2022).
- Deutscher Journalisten-Verband. Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten (2020) Schuldig! <https://www.djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/news-schuldig> (22.08.2022).
- Dieckmann, J.; Kaiser, M.; Knospe, M. (2022) Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“. <https://www.idz-jena.de/forschung/situations-und-ressourcenanalyse-stadt-jena> (22.08.2022).
- Diner, D. (2014) Verschwörung. In: Diner, D. (Hg.) *Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur*. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler: 272–277.
- Easton, D. (1975) A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science* 5(4): 435–457.
- Edinger, M. (2010) *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Eichberg, H. (1978) *Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*. München; Wien: Langen-Müller.
- Ertl, V. (2022) Organisierte Kriminalität, Crystal Meth und rechtsextreme Gewalt vor Gericht. <https://www.belltower.news/turonen-organisierte-kriminalitaet-crystal-meth-und-rechts-extreme-gewalt-vor-gericht-135817/> (22.08.2022).
- Exakt - Die Story (2022) Braunes Gift: Das Drogenkartell der Neonazis. <https://www.mdr.de/video/mdr-videos/reportagen-dokus/video-exakt-die-story-braunes-gift100.html> (22.08.2022).
- EXIF Recherche (2020) Prozessbeginn gegen Neonazis der Hooligangruppe «Jungsturm Erfurt». <https://exif-recherche.org/?p=6821> (25.08.2022).
- EXIF Recherche (2021a) Fussball bleibt Fussball, Politik bleibt Politik? - Die Entpolitisierung des "Jungsturm" vor Gericht. <https://exif-recherche.org/?p=6999> (22.08.2022).
- EXIF Recherche (2021b) Das geheime Netzwerk der Hammerskins - Chapter in Deutschland: Teil 1. <https://exif-recherche.org/?p=8573> (22.08.2022).
- ezra (2022) PM: Bundesamt für Justiz erkennt extrem rechten Hintergrund von brutalem Neonazi-Angriff in Ballstädt an – Anhörung zur Petition „Keine Deals mit Nazis“ der OMAS GEGEN RECHTS im Thüringer Landtag. <https://ezra.de/pm-bundesamt-fuer-justiz-erkennt-extrem-rechten-hintergrund-von-brutalem-neonazi-angriff-in-ballstaedt-an-anhoerung-zur-petition-keine-deals-mit-nazis-der-omas-gegen-rechts-im-thu/> (22.08.2022).
- ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) (2021) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena.
- ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) (2022) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena.
- Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) (2016a) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Ferrín, M.; Kriesi, H. (2016b) Introduction: Democracy - the European verdict. In: Ferrín, M.; Kriesi, H. (Hg.) *How Europeans view and evaluate democracy*. Oxford: Oxford University Press: 1–20.

- Fielitz, M.; Schwarz, K. (2020) *Hate Not Found?! Das Deplatforming der extremen Rechten und seine Folgen*. Jena: Amadeu Antonio Stiftung.
- Frei, N. (2009) *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Frindte, W. (2021) "Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!" - Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.) *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Demokratiegefährdungen in der Coronakrise*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 14–27.
- Funke, H. (2009) Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt. In: Braun, S.; Geisler, A.; Gerster, M. (Hg.) *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 21–44.
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (2022a) Festnahmen von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen des Verdachts rechtsextremistischer Straftaten. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-06-04-2022.html?nn=478184> (22.08.2022).
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (2022b) Haftbefehle gegen vier mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung in Vollzug gesetzt. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-07-04-2022.html;jsessionid=BC5D14A1BC01A584AFD0E2297D68F5EE.intranet672> (22.08.2022).
- Gensing, P. (2020) Gezielte Gerüchte über Todesfälle durch Maske. <https://www.tageschau.de/faktenfinder/corona-kritiker-101.html> (22.08.2022).
- Gießelmann, B. (2019) Political Correctness. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 284–300.
- Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) (2019) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Gusy, C. (2021) Pandemien als Stresstest der Demokratie. In: *Die öffentliche Verwaltung* 74(17): 757–766.
- Haak, S. (2019) Rechtsextreme Burschenschaft fliegt aus Jena raus. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1112912.normannia-zu-jena-rechtsextreme-burschenschaft-fliegt-aus-jena-raus.html> (22.08.2022).
- Haak, S. (2021) Landgericht stuft Fußball-Fan-Gruppe als kriminelle Vereinigung ein. <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.jungsturm-prozess-landgericht-stuft-fussball-fan-gruppe-als-kriminelle-vereinigung-ein.3e5d425f-1f48-46c1-9432-bc3e03dc6372.html> (22.08.2022).
- Hackenbruch, F. (2022) CDU in Thüringen hat wieder ein AfD-Problem. <https://www.tagespiegel.de/politik/der-naechste-tabubruch-cdu-in-thueringen-hat-wieder-ein-afd-problem/28404022.html> (28.07.2022).
- Hagen, P. (2020) AfD Saale-Orla ist stolz auf die Ereignisse von Berlin. In: *Ostthüringer Zeitung. Ausgabe Schleiz* v. 01.09.20.
- haskala (2021) Hammerskins bei rechter Aktion im Eisenacher Stadtrat beteiligt. <https://haskala.de/2021/02/03/hammerskins-bei-rechter-aktion-im-eisenacher-stadtrat-beteiligt/> (27.08.2022).
- Hasselmann, G. (2022) Café Spunk in Weimar: "Diese Stadt hat ein echtes Nazi-Problem". <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/caf%C3%A9-spunk-an-schlag-schliessung-102.html> (01.08.2022).

- Häusler, A. (2016) Themen der Rechten. In: Häusler, A.; Langebach, M.; Virchow, F. (Hg.) *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: 135–180.
- Heitmeyer, W. (2002) Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 15–34.
- Hemkentrax, J.; MDR Thüringen (2022) Nahezu ungestört: Militantes Neonazi-Netzwerk hat sich in Eisenach etabliert. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/eisenach/neonazi-netzwerk-gewaltbereit-volkshaus-100.html> (22.08.2022).
- Heyder, A.; Iser, J.; Schmidt, P. (2005) Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 3*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 144–165.
- Himmelman, G. (2001) *Demokratie Lernen. Als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Höhne, B. (2020) Grenzen des Demokratielabors. Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland? In: *GWP - Gesellschaft Wirtschaft Politik* 69(2): 160–167.
- IHRA (2016) Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus?focus=antisemitismandholocaustdenial> (31.08.2022).
- Inglehart, R. (1997) *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2020) *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2022) Sekundäre Viktimisierung von Betroffenen rechter Gewalt. <https://www.idz-jena.de/forschung/sekundaere-viktimisierung-von-betroffenen-rechter-gewalt> (03.08.2022).
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Hg.) (2020) *MEMO. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor. Studie III*. o.V.
- John, S. (2021) Analyse der Bundestagswahl 2021. In: *böll.brief Demokratie und Gesellschaft*. Issue 25. https://www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21_Analyse.pdf?dimension1=division_ppf (24.02.2022).
- Junge, B. (2020) Tabubruch in Thüringen: Von Höckes Gnaden. <https://taz.de/Tabubruch-in-Thueringen/!5658092/> (05.09.2022).
- Kahlen, R.; Pietrzyk, K. (2022) Ballstädt - eine Tragödie in zwei Akten. In: ezra; MOBIT; Kom-Rex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 64–75.
- Kazim, C.; Decker, O.; Brähler, E. (2020) Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psycho-sozial Verlag: 149–175.
- Kerst, B. (2019) Islamisierung. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag: 179–200.
- Kiess, J.; Schuler, J.; Decker, O.; Brähler, E. (2021) Comeback des Autoritarismus-Konzepts: autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechtsextremer Einstellung. In: Quent, M.; Haldrich, S.; Salheiser, A. (Hg.) *Schwerpunkt: Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus*. Jena; Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 15–25.

- Klaus, F. (2020) Das ist Erfurts Neonazis-Schwerpunkt am Herrenberg. <https://www.tlz.de/regionen/erfurt/das-ist-erfurts-neonazi-schwerpunkt-am-herrenberg-id229996052.html> (22.08.2022).
- Kracher, V. (2020) *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. Mainz a Rhein: Ventil Verlag.
- Kubitschek, G. (2020) Höckes Schachzug – drei Anmerkungen. <https://sezession.de/62123/hoeckes-schachzug-drei-anmerkungen> (18.08.2022).
- Kumkar, N.; Trautmann, H. (2021) Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook. In: *OBS-Arbeitspapier 49*. <https://www.otto-brenner-stiftung.de/alternative-fakten-im-gespraech/> (24.08.2022).
- Küpper, B.; Zick, A.; Rump, M. (2021) Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In: Zick, A.; Küpper, B. (Hg.) *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz: 76–111.
- Lamberty, P.; Imhoff, R. (2021) Verschwörungserzählungen im Kontext der Coronapandemie. In: *Psychotherapeut* 66(3): 203–208.
- Lauer, S.; Manemann, T. (2022) Razzien bei 50 Neonazis. <https://www.belltower.news/atomwaffen-division-knockout-51-combat-18-razzien-bei-50-neonazis-129941/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2017) Der Hundertprozentige. <https://taz.de/Ralf-Wohlleben-im-NSU-Prozess/15377688/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2021) Und sie grinsen. <https://taz.de/Milde-Strafen-fuer-Ueberfall-in-Ballstedt/!5784921/> (22.08.2022).
- Litschko, K. (2022) Wenn Nazis mit Drogen handeln. <https://taz.de/Prozessauftakt-gegen-Turonen/!5861181/> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2021) Corona-Demo in Schmalkalden: Teilnehmer greifen Polizei an. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/schmalkalden-meinigen/corona-demonstranten-polizei-angriff-100.html> (22.03.2022).
- MDR Thüringen (2022a) Bundesweite Razzia gegen Neonazis mit Schwerpunkt Eisenach - vier Beschuldigte in Haft. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/polizei-haftbefehl-razzia-eisenach-neonazi-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022b) "Jungsturm"-Prozess: Strafe für einen der vier Verurteilten aufgehoben. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/jungsturm-hooligan-rot-weiss-erfurt-carl-zeiss-jena-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022c) Rechtsextreme Partei "Neue Stärke" verliert ihr Büro in Erfurt. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/rechte-partei-neue-staerke-buero-100.html> (22.08.2022).
- MDR Thüringen (2022d) Revision im "Jungsturm"-Verfahren: Angeklagter erneut zu Jugendstrafe verurteilt. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/jungsturm-prozess-strafe-erfurt-hooligans-100.html> (22.08.2022).
- Merkel, W. (2020) Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie. In: *WSI-Mitteilungen* 73(6): 445–453.
- Michelsen, D.; Koch, M.; Miehke, M.; Dingfelder, J.; Beelmann, A. (2020) *Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung*. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Michelsen, D.; Steiner, F. (2021) Die AfD in Thüringen: Völkischer Nationalismus als Programm. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 79–87.
- Miehke, M. (2021) Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (10): 64–77.

- Miliopoulos, L. (2020) Sachsen – eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes. In: Backes, U.; Kailitz, S. (Hg.) *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 201–216.
- Mitteldeutscher Rundfunk (2021) Keine vorgezogene Landtagswahl: Werner für wechselnde Mehrheiten. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/landtag-aufloesung-neuwahlen-landtagswahl-liveticker-100.html> (28.07.2022).
- MOBIT (2021a) Die extreme Rechte in Thüringen und Corona: zwischen Nachbarschaftshilfe, Verschwörungsmythen und Pandemielegnung. In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (9): 88–97.
- MOBIT (2021b) Die Neonaziszene in Thüringen: Strukturen, Pandemielegnung und Immobilien. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 66–78.
- MOBIT (2022) Die extrem Rechte in Thüringen. In: ezra; MOBIT; KomRex; IDZ (Hg.) *Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*. Jena: 35–44.
- Mudde, C. (2017) Populism. An Ideational Approach. In: Kaltwasser, C.; Taggart, P.; Espejo, P.; Ostiguy, P.; Mudde, C. (Hg.) *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford University Press: 27–47.
- Müller, A.-K. (2022) Verwandter des rechtsextremen Verlegers Kubitschek arbeitet für Alice Weidel. In: *DER SPIEGEL* 25/2022.
- Müller, J.-W. (2015) *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Neue Stärke (2021a) Die Neue Stärke Partei stellt sich vor: Deutsch und aktivistisch. <https://xn--neue-strke-w5a.eu/die-neue-staerke-partei-stellt-sich-vor-deutsch-und-aktivistisch/> (22.08.2022).
- Neue Stärke (2021b) NSP Bundesparteitag in Magdeburg. <https://xn--neue-strke-w5a.eu/nsp-bundesparteitag-in-magdeburg/> (22.08.2022).
- Nonn, C. (2008) *Antisemitismus*. Darmstadt: WBG, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- NPD Thüringen (2022a) Patrick Wieschke wieder an der Spitze der Heimatpartei NPD in Thüringen - Zielstellung: Netzwerker und Umbenennung der Partei. <https://npd-thueringen.de/?p=6393> (22.08.2022).
- NPD Thüringen (2022b) Koordinierungsrat in Thüringen gegründet - Partei- und Organisationsübergreifende Netzwerke in Thüringen bilden! <https://npd-thueringen.de/?p=6430> (22.08.2022).
- ntv online (2021) AfD wird Verdachtsfall: Kritik vom Thüringer Landesverband. <https://www.n-tv.de/regionales/thueringen/AfD-wird-Verdachtsfall-Kritik-vom-Thueringer-Landesverband-article22399696.html> (01.08.2022).
- Önnerfors, A. (2021) Der Grosse Austausch. Conspiratorial frames of terrorist violence in Germany. In: Önnerfors, A.; Krouwel, A. (Hg.) *Europe, continent of conspiracies. Conspiracy theories in and about Europe*. London; New York: Routledge, Taylor & Francis Group: 76–96.
- Peter, U.; Lühr, H. (Hg.) (2021) *Handbuch Digitale Teilhabe und Barrierefreiheit*. Wiesbaden; Baden-Baden: Kommunal- und Schul-Verlag; Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Petersen, L.-E. & Six, B. (Hg.) (2020) *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung*. Weinheim: Beltz.
- Quent, M.; Geschke, D.; Peinelt, E. (2014) *Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei*.
- Quent, M.; Schmidtke, F.; Salheiser, A. (2016) *Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW)*. Jena: Kompetenzzentrum Rechtsextremismus.

- Rahner, J. (2021) Tödlicher Antifeminismus. In: Henninger, A.; Birsl, U. (Hg.) *Antifeminismen. ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript Verlag: 337–352.
- Rasmussen, W. (2019) *Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft*. o.O.
- Raßloff, S. (2015) *Der "Mustergau". Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus*. München: Bucher.
- Rathje, J. (2019) Lügenpresse. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wo-chenschau Verlag: 240–252.
- rechercheostthueringen (2022a) Abstandslos durch die Nacht: Pandemielegner*innen und Neonazis in Ostthüringen. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/01/22/abstandslos-durch-die-nacht-pandemielegnerinnen-und-neonazis-in-ostthuringen/> (22.08.2022).
- rechercheostthueringen (2022b) „Wer mit Nazis spaziert, hat nichts kapiert“ – Coronaproteste in Gera. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/03/07/coronaproteste-in-gera/> (22.08.2022).
- rechercheostthueringen (2022c) Neue Stärke Gera – Zwischen „politischen Soldaten“ und militanter Nazi-„Resterampe“. <https://rechercheostthueringen.noblogs.org/post/2022/03/23/neue-staerke-gera/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Erfurt (2021) Über „Neue Stärke“ und alte Schwächen. <https://rechercheportal-erfurt.noblogs.org/post/2021/12/11/ueber-neue-staerke-und-alte-schwaechen/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2020a) NS-Ideologie und Fechtduelle: Überregionales Treffen extrem rechter Burschenschaften in Jena-Maua am 22.08.2020. <https://rechercheportal-jenashk.noblogs.org/post/2020/08/23/ns-ideologie-und-fechtduelle-ueberregionales-treffen-extrem-rechter-burschenschaften-in-jena-maua-am-22-08-2020/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2020b) Offener Antisemitismus bei der AfD in Gera. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2020/10/18/offener-antisemitismus-bei-der-afd-in-gera/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021a) Die alte Garde rechter Jenaer Hooligans: Kameradschaft Jena-Gladbach. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/10/02/die-alte-garde-rechter-jenaer-hooligans-kameradschaft-jena-gladbach/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021b) „Aufbruch und Erneuerung“ – Neues Projekt der Burschenschaft Normannia veranstaltet Treffen am 08.05.2021 in Uhlstädt. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/05/07/aufbruch-und-erneuerung-neues-projekt-der-burschenschaft-normannia-veranstaltet-treffen-am-08-05-2021-in-uhlstaedt/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2021c) Patrioten Ostthüringen – Zwischen AfD, Reichsbürgern und Artgemeinschaft. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2021/05/12/patrioten-ostthuringen-zwischen-afd-reichsbuergern-und-artgemeinschaft/> (22.08.2022).
- Rechercheportal Jena-SHK (2022) „Neue Stärke“ Saalfeld-Rudolstadt zeigt Gesicht. <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2022/08/15/neue-staerke-saalfeld-rudolstadt-zeigt-gesicht/> (22.08.2022).
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Salheiser, A.; Vogel, L. (2020) *Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020*. Jena: KomRex.
- Reiser, M.; Küppers, A.; Hebenstreit, J.; Salheiser, A.; Vogel, L. (2021) *Thüringen-Monitor 2021: Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021*. Jena: KomRex.
- Rensmann, L. (1998) *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*. Hamburg: Argument Verl.

- Rensmann, L. (2004) *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Richter, C.; Salheiser, A. (2021a) Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* (9): 76–87.
- Richter, C.; Salheiser, A. (2021b) Erkennen, vernetzen, gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. <https://www.lap-ilm-kreis.de/situations-und-ressourcenanalyse-der-lpfd-ilm-kreis-ist-online/> (22.08.2022).
- Römmele, A. (2021) Entdemokratisierung: Corona als Gefahr für die Grundpfeiler unseres Systems? In: Florack, M.; Korte, K.-R.; Schwanholz, J. (Hg.) *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt: Campus Verlag: 167–174.
- Röpke, A. (2015) Hammerskins – Ein militanter Geheimbund. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213667/hammerskins-ein-militanter-geheimbund/> (22.08.2022).
- Rosa, H. (2016) *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Roßmann, R. (2016) Wenn Bilder stören. <https://www.sueddeutsche.de/politik/politiker-videos-wenn-bilder-tauschen-1.3293415> (24.08.2022).
- Sabrow, M. (2015) Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch in der geteilten deutschen Geschichtskultur. In: *Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in Ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen*. Bielefeld: Transcript: 17–41.
- Salheiser, A. (2019) *Fließende Übergänge der Demokratiegefährdung. Die "Kulturrevolution von rechts und die Rolle der AfD Thüringen*. Jena: IDZ - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Salheiser, A. (2021) Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Unter Mitarbeit von Jennifer Joyce Rieck. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Forschungsbericht_Rechtsextremismus_in_Eisenach_Institut_f%C3%BCr_Demokratie_und_Zivilgesellschaft.pdf (22.08.2022).
- Salzborn, S. (2018) *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, S. (2020) Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft. Zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung: 30–41.
- Schießler, C.; Hellweg, N.; Decker, O. (2020) Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, O.; Brähler, E.; Celik, K.; Dischereit, C.; Handke, B.; Heller, A.; Hellweg, N.; Höcker, C. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität / Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial Verlag: 283–308.
- Schwarzer, M. (2020a) Faktencheck: Starben wirklich Kinder, weil sie eine Maske trugen? <https://www.rnd.de/panorama/faktencheck-starben-wirklich-kinder-weil-sie-eine-maske-trugen-KLDHCWRACZAF5NEILU6T6EHPAA.html> (22.08.2022).
- Schwarzer, M. (2020b) „Gestorben wegen Maske“: Wie Corona-Leugner Kinder instrumentalisieren. <https://www.rnd.de/panorama/gestorben-wegen-maske-wie-corona-leugner-kinder-instrumentalisieren-UF5F2EX3URHTPABM5QM76R2R44.html> (22.08.2022).
- Spiegel Online (2020) Gesamter Thüringer AfD-Landesverband als Verdachtsfall eingestuft. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bjoern-hoeckes-thueringer-afd-landesverband-als-verdachtsfall-eingestuft-a-d6b02007-97c1-4d17-8180-975ef67828b5> (05.09.2022).

- Spiegel Online (2021) Thüringen: Die Linke kündigt Antrag auf Auflösung des Landtags an. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/thueringen-die-linke-kuendigt-antrag-auf-aufloesung-des-landtags-an-a-784cc7cb-ebdf-4ca3-b78e-a753fb6e7fed> (05.09.2022).
- Spilcker, A. (2022) Neonazis von „Knockout 51“ wollten bei Corona-Demo Polizisten „wegknüppeln“. https://www.focus.de/politik/deutschland/neo-nazi-netzwerk_id_107949255.html (22.08.2022).
- Statistisches Bundesamt (2022) Pressemitteilung Nr. 336 (Inflation und Verbraucherpreisindex). https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_336_611.html (31.08.2022).
- Steinicke, H.; Witt, E. (Hg.) (2021) *Digitalisierung und Demokratie. Stellungnahme*. Halle (Saale) u.a.: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. - Nationale Akademie der Wissenschaften; acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e.V; Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e. V.
- tagesschau.de (2020) Bundestag zu Thüringen-Wahl. "Erfurt war ein Fehler". <https://www.tagesschau.de/inland/thueringen-bundestag-kemmerich-101.html> (05.09.2022).
- tagesschau.de (2021) Thüringer Heimatpartei. Bundestagswahl 2021. <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/thueringerheimatpartei-101.html> (11.08.2022).
- taz online (2020) Nach Lindner-Besuch in Thüringen: Kemmerich tritt wieder ab. <https://taz.de/Nach-Lindner-Besuch-in-Thueringen/!5662292/> (27.07.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021a) Bevölkerung nach Altersgruppen und Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000103%7C%7C> (24.02.2022).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2021b) Pendler (30. Juni) nach Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000306&startpage=1&datcsv=&richtung=&sortiere=&vorspalte=0&SZDT=&anzahlH=2&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&felder=3&felder=4&felder=5&felder=6&zeit=2021%7C%7Cs2&anzahlZellen=168>.
- Thüringer Landtag (2019) Abschlussbericht der Enquetekommission des Thüringer Landtags. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie - Band I. In: Thüringer Landtag (Hg.) *Bericht der Enquetekommission 6/1. Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie*. Erfurt: Drucksache des Thüringer Landtags 6/7709.
- Traxler, G. (2002) Kolumne: Die Stadt der Halunken. <https://www.derstandard.at/story/920985/kolumne-die-stadt-der-halunken> (22.08.2022).
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ((2021) *Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2020*. Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ((2022) *Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2021 (Pressefassung)*. Magdeburg: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.
- Vieregge, E. (2008) Relativierung und Leugnung des Holocaust. Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus. In: Pfahl-Traughber, A. (Hg.) *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008*. Brühl: 303–341.
- Virchow, F. (2019) Freiheit. In: Gießelmann, B.; Kerst, B.; Richterich, R.; Suermann, L.; Virchow, F. (Hg.) *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*. Frankfurt am Main: Wochen-schau Verlag: 107–116.
- Vorländer, H. (2010) *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*. München: Beck.

- Wassermann, R. (1989) *Die Zuschauerdemokratie. Mit einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe*. München; Zürich: Piper.
- Wesolowski, K. (2020) Es gibt keine Belege für die Gerüchte, dass Kinder gestorben sind, weil sie Masken trugen. <https://correctiv.org/faktencheck/2020/10/08/es-gibt-keine-belege-fuer-die-geruechte-dass-kinder-gestorben-sind-weil-sie-masken-trugen/> (22.08.2022).
- Wiemann, R. (2022) „Weimar hat ein Naziproblem“. <https://taz.de/Rechte-Angriffe-auf-linkes-Cafe/!5866372/> (22.08.2022).
- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2019) Zu den Begriffen „deutsches Volk“, „Deutsche“ und „deutsche Volkszugehörigkeit“ im Grundgesetz [Aktenzeichen WD 3-3000-026/19]. Berlin. <https://www.bundestag.de/resource/blob/643190/7855da277bbd3311dcf26fb17774d711/WD-3-026-19-pdf-data.pdf> (24.08.2022).
- ZEIT Störungsmelder (2014) Rechtsrock, Hammerskins und der NSU. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/07/25/rechtsrock-hammerskins-und-der-nsu_16799 (22.08.2022).
- Zick, A.; Hövermann, A.; Krause, D. (2012) Die Abwertung von Ungleichwertigkeiten. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.) *Deutsche Zustände. Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 64–86.
- Zick, A.; Klein, A. (2014) Fragile Zustände. In: Zick, A.; Klein, A. (Hg.) *Fragile Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz: 12–23.
- Zick, A.; Küpper, B. (Hg.) (2021) *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.
- Zimmermann, F. (2022) BVerfG gibt Organstreitverfahren der AfD statt: Merkels Äußerungen zur Thüringen-Wahl 2020 verfassungswidrig. https://www.lto.de/persistent/a_id/48750/ (17.08.2022).